



universität
wien

MASTER-THESIS

Titel der Master-Thesis

**„Zu den Beziehungen zwischen der Europäischen
Union und Russland in der Zeit von 2000-2014“**

Verfasserin

Tanja Corkovic, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of European Studies (M.E.S.)

Wien, 2014

Universitätslehrgang:

Europäische Studien

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 992 959

Betreuer:

Doz. Dr. habil. Wolfgang Müller

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 01.08.2014

Tanja Corkovic

ABSTRACT

Sowohl Russland als auch Europa waren in den letzten 25 Jahren ständigen Veränderungsprozessen ausgesetzt. Die Sowjetunion war vor dem Zerfall zweifellos eine Großmacht. Diese war mit dem Warschauer Pakt der große Gegenspieler des Westens und der NATO. Durch den Zusammenbruch des Sowjetreiches blieb als *Rest* nur noch Russland übrig, jedoch immer noch mit einer riesigen Fläche von mehr als 17 Millionen Quadratkilometer und einer Einwohnerzahl von 143,6 Millionen.¹ Durch den Zerfall haben sich erhebliche Veränderungen auch in Bezug auf Europa ergeben.

Gegenstand dieser Arbeit war es, zu untersuchen, wie sich das Machtgefüge verändert hat, welches Demokratieverständnis in den jeweiligen Systemen entstanden ist und welche Beziehungen sich zueinander entwickelt haben. Zeitraum der vorliegenden Untersuchung sind die Jahre von 2000 bis 2014. Von besonderem Interesse waren die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene. Einige Partnerschaften, welche aber auch von gegenseitigem Misstrauen geprägt sind, wurden zutage gefördert. Es ist festzustellen, dass sich die ehemaligen Länder des Ostblocks dem Westen annähern und sich der EU zuwenden, weil sie sich vor der Gefahr einer russischen Ausweitung bzw. Einflussnahme fürchten. Die wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten voneinander machen sie zu Partnern, welche auch gemeinsame Interessen wie die Sicherheit und Stabilität verfolgen.

In the past 25 years, both Russia and Europe have been exposed to the constant processes of change. The Soviet Union was undoubtedly a great power and became the great opponent of the West and NATO with the Warsaw Pact. After the collapse of the Soviet Empire, a residue 'Russia' remained which covers a vast area where millions of people live. Also, considerable changes have occurred with regard to Russia's relations with Europe.

¹ Vgl. Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): Einleitung. Die Europäisierung Russlands: Anspruch und Wirklichkeit S. 9.

This paper aims to investigate how the power structure has changed, what concept of democracy has emerged in the respective systems, and what type of relations have developed between the European Union and Russia. The investigation of the current study focuses on the period from 2000 to the beginning of 2014, and examines the political, economic and military relationship between Russia and the European Union.

In addition, some partnerships between countries that had previously been characterized by mutual distrust have developed into friendly relationships. It is to mention that countries from the former Eastern Bloc try to move to the West and the European Union because the civilian populations may be afraid of Russian expansion and their influence. The resulting economic and political interdependencies make them partners who pursue common interests such as security and stability.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	8
1.1	AUFBAU DER ARBEIT.....	9
1.2	FRAGESTELLUNG UND HYPOTHESEN.....	10
1.2.1	<i>Forschungsfrage</i>	10
1.2.2	<i>Hypothesen</i>	10
2	METHODISCHE VORGEHENSWEISE.....	10
3	THEORETISCHE GRUNDLAGE: DEMOKRATIETHEORIEN.....	11
3.1	DELIBERATIVE DEMOKRATIE	13
3.2	GELENKTE DEMOKRATIE IN RUSSLAND	15
3.3	DEMOKRATIEDEFIZIT IN DER EUROPÄISCHEN UNION	19
4	POLITISCHE VERÄNDERUNGEN	21
4.1	DAS KONGLOMERAT: DIE EUROPÄISCHE UNION	21
4.1.1	<i>Aufnahmekriterien in die Europäische Union</i>	21
4.1.2	<i>Exkurs: Politische Veränderungen in Europa im Zeitraffer</i>	23
4.1.2.1	Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft.....	23
4.1.2.2	Die erste Erweiterung: Die Norderweiterung	24
4.1.2.3	Die zweite Nord- und die erste Osterweiterung	24
4.1.3	<i>Die Verträge der EU</i>	26
4.1.3.1	Vertrag von Maastricht	26
4.1.3.2	Vertrag von Amsterdam	27
4.1.3.3	Vertrag von Nizza	27
4.1.3.4	Vertrag von Lissabon	27
4.1.4	<i>Identitätsprobleme der Mitgliedsstaaten der EU</i>	28
4.2	INTERNATIONALE GEBILDE UND DEREN EINFLUSSFAKTOREN	30
4.2.1	<i>Der UN Sicherheitsrat</i>	30
4.2.2	<i>OSZE/KSZE</i>	31
4.2.3	<i>Der EUROPARAT</i>	34
4.3	RUSSLANDS POLITISCHE UMWÄLZUNGEN	35
4.3.1	<i>Der Sonderfall: Ukraine</i>	38
4.3.1.1	Der UN-Sicherheitsrat und die Ukraine	39
4.3.1.1	Die OSZE und die Ukraine	41
4.4	DIE G7, G8 BEZIEHUNGSWEISE DIE G20 STAATEN	42
5	WIRTSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN	45

5.1	DIE EUROPÄISCHE UNION UND DER BINNENMARKT	45
5.2	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN RUSSLAND	48
5.2.1	<i>Russisches Gas</i>	52
5.2.2	<i>Russisches Öl und die Oligarchen</i>	55
5.2.3	<i>Exkurs: Die WTO und Russland</i>	58
5.2.4	<i>Die Eurasische Union</i>	59
6	MILITÄRISCHE VERÄNDERUNGEN	62
6.1	MILITÄRISCHE VERÄNDERUNGEN IN EUROPA.....	62
6.1.1	<i>Die NATO</i>	62
6.1.2	<i>Die EU, die NATO und die USA</i>	63
6.2	MILITÄRISCHE VERÄNDERUNGEN IN RUSSLAND.....	66
6.2.1	<i>Der Warschauer Pakt</i>	66
6.2.2	<i>Russland und das Militär</i>	67
6.3	MILITÄRISCHE ASPEKTE: NATO, EU UND RUSSLAND	70
7	BEZIEHUNGSGEFLECHTE ZWISCHEN RUSSLAND UND DER EUROPÄISCHEN UNION	72
7.1	POLITISCHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND.....	72
7.2	WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND	75
7.2.1	<i>...zum Gegenstück der Europäischen Union</i>	77
7.2.2	<i>...zum Gegenstück der „Chinesischen Alternative“</i>	78
7.3	WIRTSCHAFTLICHE KOOPERATIONEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND	79
7.4	MILITÄRISCHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND	83
8	RESÜMEE UND AUSBLICK.....	84
8.1	BEANTWORTUNG DER HYPOTHESEN	85
8.2	BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGE	88
8.3	AUSBLICK IN DIE ZUKUNFT	89
9	QUELLENVERZEICHNISSE.....	90
9.1	LITERATURVERZEICHNIS.....	90
9.2	ONLINEVERZEICHNIS	94
9.3	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	100

1 EINLEITUNG

Grund für die Wahl des vorliegenden Themas dieser Masterthesis war vor allem persönliches Interesse, da ich selbst noch im kommunistischen System Jugoslawiens aufgewachsen bin. Während meiner Studienzeit beschäftigte ich mich auch auf wissenschaftlicher Ebene mit dem Fall des Kommunismus. Angeregt durch die mediale Präsenz der europäischen Umgestaltung in Ost und West entschied ich mich, wissenschaftlich zu erforschen, wie die Entwicklung ab dem Jahr 2000 vorangeschritten ist.

Die vorliegende Masterthesis beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation. Der Fokus dieser Arbeit liegt darin, zu untersuchen, wie sich diese Beziehungen entwickelt haben, welchen Veränderungen sie unterworfen waren und welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf das beidseitige Verständnis haben. Bei dieser Untersuchung werden die gegenseitigen Verhältnisse zwischen Russland und der Europäischen Union auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene erörtert. Um das umfassende Thema einzugrenzen, wurde der Hauptfokus auf die Zeitspanne von 2000 bis 2014 gelegt.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach der Beendigung des Kalten Krieges mussten sich die Beziehungen zwischen Ost und West neu ordnen. Es entstanden neue Partnerschaften und jeder der Partner musste sich mit den Gegebenheiten des Gegeners arrangieren. Dabei spielten Eigeninteressen aber auch gegenseitige Abhängigkeiten eine beträchtliche Rolle. Ein *Zankapfel* zwischen den beiden Parteien ist der jeweilige Einflussbereich auf die ehemaligen Sowjetrepubliken. Russland sieht dabei seine Macht schwinden und versucht diese Länder durch wirtschaftliche Anreize aber auch durch Drohungen an sich zu binden, um *die alte Stärke der Sowjetunion* als Supermacht wieder herzustellen. Die *gelenkte Demokratie* in Russland, wie sie in Russland mittlerweile vorherrscht, wird durch die *Macht von oben* manifestiert.

In der Entwicklung der Europäischen Union wurden wichtige Verträge zwischen den Mitgliedsstaaten geschlossen, um die Union stabiler, effizienter und demokratischer zu gestalten, damit der Kritik eines Demokratiedefizits in der Europäischen Union entgegengewirkt werden kann.

„Wenn wir wollen, dass alles so bleibt
wie es ist, dann ist es nötig, dass sich alles verändert.“²

1.1 AUFBAU DER ARBEIT

In dem ersten Abschnitt der vorliegenden Arbeit finden sich die Einleitung, sowie die Fragestellung und die Hypothesen. Im Kapitel zwei wird die methodische Vorgehensweise der Literaturrecherche beschrieben. Kapitel drei beschäftigt sich mit der theoretischen Grundlage der Demokratietheorie, wobei hier unter anderem auf die ‚*Deliberative Demokratie*‘ von dem Philosophen Jürgen Habermas als auch auf die ‚*Gelenkte Demokratie*‘ in Russland und auf das *Demokratiedefizit der Europäischen Union* eingegangen wird. Im vierten Kapitel wird auf die politischen Veränderungen der EU und Russland eingegangen. Dabei wird hier ein Abriss der wichtigsten historischen Ereignisse dargestellt. Des Weiteren werden sowohl die Identitätsproblematik der Staaten untereinander als auch die Konflikte, die sich durch die Zusammenarbeit innerhalb von politischen Organisationen entwickelt haben, behandelt. Das fünfte Kapitel widmet sich den wirtschaftlichen Veränderungen der EU mit ihrem Binnenmarkt wie auch von Russland mit seinen enormen Öl- und Gasressourcen. Im Kapitel sechs wird das Augenmerk auf die militärischen Veränderungen gelegt. Hier wird das Gefüge der EU mit der NATO näher beleuchtet, sowie auf die Aspekte und Probleme zum Gegenpart Russland eingegangen. Der siebte Teil dieser Arbeit untersucht die Beziehungen und Kooperationen und deren Auswirkungen zwischen der Europäischen Union und Russland auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene.

Kapitel acht schließlich beantwortet die Forschungsfrage und die dazugehörigen Hypothesen, wobei auch ein Ausblick in die Zukunft der Europäischen Union und der Russischen Föderation gewährt wird. Ab Kapitel neun finden sich Quellenverzeichnis mit Literatur-, Online- und Abbildungsverzeichnis.

² Von Tomasi di Lampedusa in Der Leopard. Palazzo, Guido (2002): Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberative Demokratie von Jürgen Habermas. S. 11.

1.2 FRAGESTELLUNG UND HYPOTHESEN

1.2.1 Forschungsfrage

Welche Auswirkungen haben die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Veränderungen in der EU und in Russland zwischen 2000 und 2014 und wie wirken sich diese auf die gegenseitigen Beziehungen aus?

1.2.2 Hypothesen

Es wird vermutet, dass aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Veränderungen mit Bezug auf die Europäischen Union und Russland gravierende Veränderungsprozesse im weltweiten **Machtgefälle** zwischen Ost und West erfolgt sind.

Es wird vermutet, dass es aufgrund eines unterschiedlichen **Demokratieverständnisses** zu Belastungen zwischen der EU und Russland gekommen ist.

Es wird vermutet, dass sich die **Beziehungen** zwischen der EU und Russland mit Bezug auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Veränderungen für die Völker dieser Länder negativ auswirken werden.

2 METHODISCHE VORGEHENSWEISE

In der vorliegenden Arbeit wurde anhand einer ersten Literaturrecherche zum Thema Demokratie recherchiert. Hierbei fanden sich zahlreiche Bücher, Artikel und Aufsätze, die für das vorliegende Thema von Relevanz waren. Nach einer Eingrenzung der gefundenen Literatur und einer gewissen Auswahl wurde mit dem Studium weiterer thematisch passender Autoren zum Thema Demokratie in der Europäischen Union und zur gelenkten Demokratie, wie sie in Russland derzeit vorherrscht, recherchiert. Der Vorteil dieser Art der Literaturrecherche besteht darin, dass aus unterschiedlichen schriftlichen Dokumenten und Büchern verschiedener Autoren genaue, wichtige und vor allem nach-

vollziehbare Informationen gewonnen werden können.³ Diese Art der Datenerhebung ermöglicht das Kennenlernen des Forschungsgebietes, der Grundlagen und des aktuellen Standes des Wissens sowie die Identifikation von relevanten Problemen. Diese konnten so in Zusammenhang mit den einleitenden Hypothesen und der Forschungsfrage gebracht, genauestens beforscht und durch weitestführende relevante Literatur ergänzt werden. Sie führten letztlich zur Beantwortung der Hypothesen und der gestellten Forschungsfrage. Inhaltlich relevant zu den einzelnen Kapiteln der hier vorliegenden Arbeit waren vor allem Fachbücher, Sammelwerke, Fachzeitschriften, tagesaktuelle Printmedien, Internetseiten und Datendokumentationen.⁴

Bei der Literaturrecherche hilfreich war auch das Schneeballverfahren, wobei durch zentral gefundene Beiträge in der ausgewählten Literatur zum Thema über die dort enthaltenen Literaturhinweise weiter recherchiert wurde.⁵

3 THEORETISCHE GRUNDLAGE: DEMOKRATIETHEORIEN

Der Begriff Demokratie leitet sich vom Griechischen ab und ist eine Wortzusammensetzung aus „demos“ Volk und „kratein“ Herrschaft. Demokratie bedeutet Volksherrschaft.⁶ *„Diese Volksherrschaft steht zunächst in Abgrenzung zu anderen Herrschaftsformen wie der Monarchie, also der Herrschaft des Einzelnen z.B. eines Königs, der Aristokratie (...) oder der Oligarchie, einer Herrschaft der Wenigen, wie sie z.B. von Militärregimen ausgeübt wird.“*⁷

Es gibt eine große Anzahl von Wissenschaftlern, die sich mit den Demokratietheorien beschäftigen und diese beschrieben haben, jedoch findet sich keine allgemeine Einheitsdefinition einer Demokratietheorie.

³ Vgl. Patzelt, Werner J. (2001): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studienbegleitende Orientierung. S. 149f.

⁴ Vgl. Harges / Uhly / Wichert. Fallstudien zur betrieblichen Erfolgsbeteiligung. Tipps zur Literaturrecherche. Universität Trier. Verfügbar unter: <http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/VWL/APO/4207ws0102/recherche.html>, [Zugriff: 31.08.2014].

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. Frevel, Bernhard (2004): Demokratie. Entwicklung-Gestaltung- Problematisierung. S. 9.

⁷ Ebd. S. 9.

„Es gibt (...) keine verbindliche und von allen Seiten getragene Theorie der Demokratie, ja nicht einmal eine Definition von Demokratie, die bei allen Demokratieforschern auf Zustimmung stossen [sic!] würde.“⁸

Wird heute von Demokratie gesprochen, hat dieser Begriff eine etwas andere Stellung als sie es noch vor hundert Jahren hatte, weil Demokratie auch mit Prozessen der Gesellschaft und ihrer Autonomie eng zusammenhängt.

„Demokratie arbeitet an der Selbstbestimmung der Menschheit, und erst, wenn diese wirklich ist, ist jene wahr. Politische Beteiligung wird dann mit Selbstbestimmung identisch sein.“⁹

Das heißt, bevor sich eine Demokratie überhaupt entwickeln kann, ist es notwendig zu hinterfragen, inwieweit die Selbstbestimmung in einem Land gewährleistet ist bzw. inwieweit die Entscheidungen und der Wille der Zivilgesellschaft direkt in das System einbezogen werden. *„Demokratie müsse als geschichtlicher Prozeß [sic!] der Verwirklichung einer Gesellschaft mündiger Menschen begriffen werden, nur so mache politische Beteiligung Sinn.“¹⁰*

Vereinfacht gesagt bedeutet Demokratie in westeuropäischen Kulturkreisen, dass alle Bürger und Bürgerinnen gleiche Rechte und Pflichten haben und kein Alleinherrscher über sie herrscht wie zum Beispiel bei einer Monarchie. In der Demokratie dürfen Menschen ihre Meinung frei äußern und Parteien bilden bzw. diese wählen, die dann die Aufgabe haben, die Meinung des Volkes zu vertreten. Um zu untersuchen, inwieweit die Bevölkerung in den Entscheidungsfindungen in der Europäischen Union aber vor allem auch in Russland eingebunden werden, wird deshalb im folgenden Unterkapitel zuerst zum besseren Verständnis der Demokratietheorien Bezug auf die Theorie der *deliberativen Demokratie* von Jürgen Habermas genommen.

⁸ Palazzo, Guido (2002): Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberative Demokratie von Jürgen Habermas. S. 14.

⁹ Habermas, Jürgen/von Friedeburg, Ludwig/Oehler, Christoph/Weltz, Friedrich: Student und Politik, zit. nach Scheyli, Martin (2000): S. 27.

¹⁰ Ebd. S. 26.

3.1 DELIBERATIVE DEMOKRATIE

Die politische Theorie des Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas beruht auf der Konzeption der Sozialstruktur, die in seiner *Theorie des kommunikativen Handelns*¹¹ begründet wird.¹² Damit eine Sozialstruktur nach Habermas überhaupt gewährleistet wird, bedarf es bestimmter Legitimationsbedingungen. Diese Verbindungsmuster hängen von drei Elementen ab. Es müssen Schnittstellen zwischen der privaten Wahrnehmung von Problemen, öffentlichen Diskursen und politischen Entscheidungen des Staates gewährleistet werden.¹³ Die *deliberative Demokratietheorie* nach Habermas besagt:

„‘*Deliberative Politik*‘ – oder ‚*deliberative Demokratie*‘ – wird in ‚*Faktizität und Geltung*‘ zum zentralen Begriff, mit welchem Habermas das anzustrebende Ziel eines diskurstheoretisch fundierten Politik- und Demokratieverständnisses bezeichnet. Die Wortschöpfung ‚*deliberative Politik*‘ hat dabei ihren Ursprung wohl in den unter der Bezeichnung ‚*deliberative democracy*‘ zusammenzufassenden Konzepte, welche von republikanisch¹⁴ inspirierten Vertreterinnen und Vertreter der nordamerikanischen Politikwissenschaft und Staatstheorie entwickelt wurden.“¹⁵

Die *deliberative Politik* wird im Englischen mit einer „beratenden Politik“ beschrieben. Das Verb *deliberate* bedeutet auch ‚sich beratschlagen‘ oder sich nach gewissen Überlegungen entscheiden.

¹¹ Anm. d. Autorin: Habermas Werk „der Theorie des kommunikativen Handelns“: Das Werk stellt den Versuch dar, jene 'neue' kritische Gesellschaftstheorie auszuarbeiten, die seit den 60er Jahren Gegenstand seines Denkens ist. Habermas bezieht sich "nicht nur auf die traditionelle Gesellschaftstheorie, sondern auch auf die analytische Sprachphilosophie, zudem baut er in seine Analyse eine hochkomplexe Rationalitäts- und Handlungstheorie ein, die an die unterschiedlichsten Theorien anknüpft." vgl. Pinzani, Alessandro (2007): Jürgen Habermas. Verlag C. H. Beck oHG, München. S. 107.

¹² Vgl. Palazzo, Guido (2002): Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberative Demokratie von Jürgen Habermas. S. 29

¹³ Vgl. ebd. S. 29.

¹⁴ Ang. d. Autorin: Republikanismus ist eine aus der Staatstheorie hervorgegangene Richtung der politischen Philosophie.

¹⁵ Scheyli, Martin (2000): Politische Öffentlichkeit und deliberative Demokratie nach Habermas. Institutionelle Gestaltung durch direktdemokratische Beteiligungsformen? S. 37.

In allgemeinsten Form beschreibt der Philosoph Joshua Cohen die *deliberative Demokratie* als einen Prozess demokratischer Entscheidungsfindungen, welcher im Idealfall auf den allgemeinen Beratungen der Bürgerinnen und Bürger beruht.¹⁶ Die *deliberative* Verständigung der Bürgerinnen und Bürger wird auch gleichzeitig als ein Prozess der gesellschaftlichen Integration verstanden, welches ermöglicht, dem Konzept einer Demokratie näher zu kommen. Unter anderem gehört für Habermas zum Kernstück des demokratischen Prozesses der öffentliche Meinungsaustausch und Debatten, damit diese Funktionen in einer Demokratie entsprechend umgesetzt oder hinterfragt werden können.¹⁷ Er unterteilt die *deliberative* Politik in zwei Stränge, die gegenseitig voneinander anhängig sind:

„Neben das ‚erste Geleise‘, welches die rechtsstaatlich verfaßten [sic!], durch demokratische Verfahren regulierten Prozesse der Meinungs- und Willensbildung umfaßt [sic!] kommt als ‚zweites Geleise‘ deliberativer Politik der Bereich der nicht institutionalisierten, informellen Meinungsbildung im Rahmen einer allgemeinen politischen Öffentlichkeit zu liegen. Im Unterschied zur institutionell geprägten politischen Willensbildung ist dieses zweite Geleise, nicht auf Beschlußfassung [sic!], sondern auf Entdeckung“¹⁸ ausgerichtet.“¹⁹

Eine weitere Komponente der deliberativen Theorie ist die Auslegung der Kultur und der Identität:

„Unsere Identität ist nicht nur etwas Übernommenes, sondern gleichzeitig unser eigenes Projekt. Wir können uns unsere Tradition nicht aussuchen (...). Aber es liegt an uns, welche Tradition wir fortsetzen wollen und welche nicht. Dem entspricht ein Prozessbegriff kollektiver Identität.“²⁰

¹⁶ Ebd. S. 37f.

¹⁷ Vgl. ebd. S. 38.

¹⁸ Habermas, Vorwort zur Neuauflage, zit. nach Scheyli, Martin (2000): S. 43f.

¹⁹ Scheyli, Martin (2000): Politische Öffentlichkeit und deliberative Demokratie nach Habermas. Verhältnis der beiden Geleise untereinander S.43f.

²⁰ Palazzo, Guido (2002): Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberative Demokratie von Jürgen Habermas. S. 35.

In diesem Zusammenhang ist auch das Bestehen einer Streitkultur in der Demokratie unvermeidbar. Habermas dazu:

*„Eine lebendige politische Kultur soll in einer Bevölkerung den diskursiven Streit und den zivilen Umgang miteinander zur Gewohnheit werden lassen. Wichtig ist dabei das gleichzeitige Nebeneinander von Streit und zivilem Umgang: Bedingung bleibt immer ein hohes Maß an Toleranz auch gegenüber dem irritierenden Verhalten derer, die sich im Zwielficht zwischen Autonomie und Innovation bewegen“.*²¹

3.2 GELENKTE DEMOKRATIE IN RUSSLAND

Der Europäischen Union ist es ein großes Anliegen, Menschenrechts- und Demokratiefragen in Russland anzusprechen und voranzutreiben. Eingangs soll das Demokratieverständnis des russischen Präsidenten zu Europa in die vorliegende Arbeit einfließen.

Wladimir Putin ist seit 7. Mai 2012 in seiner dritten Amtszeit Präsident der Russischen Föderation. Im Jahr 2000 meinte Putin:

*„Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Vereinigung unseres Kontinents erst dann in vollem Umfang verwirklichen lässt, wenn Russland als größter Staat Europas ein integraler Bestandteil des europäischen Prozesses wird. (...) Heute bauen wir einen souveränen demokratischen Staat auf und dabei teilen wir die Werte und Prinzipien der überwiegenden Mehrheit der Europäer. (...) Ein stabiles, prosperierendes und einiges Europa liegt in unserem Interesse. (...) Der Aufbau vielfältiger Beziehungen zur EU ist eine grundsätzliche Entscheidung Russlands.“*²²

²¹ Habermas, Gewaltmonopol, S. 174 zit. nach Scheyli, Martin (2000): S. 33

²² Der russische Präsident Wladimir Putin in einem Schreiben anlässlich des 50. Geburtstages der Europäischen Union am 25. März 2000 In: Die Europäische Union und Russland (2007): Ende Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 18.06.2014].

Aus der Sicht europäischer Politiker und Politikerinnen wurde von den Autoren Merkel und Puhle u.a. für Russlands Demokratiebestrebungen der Begriff ‚defekte Demokratie‘ begründet. Hier heißt es wie folgt:

„Sie sind Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik einer oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“²³

Diese Form der Demokratie wird als ‚defekt‘ bezeichnet, weil gewisse demokratische Voraussetzungen wie zum Beispiel geregelte freie Wahlen, freie Meinungsäußerungen und auch das Demonstrationsrecht grundsätzlich gegeben sind, aber diese von den Machthabern unterdrückt bzw. missbraucht werden.

Laut Merkel, Puhle u.a. ist die defekte Demokratie ein Unter-Typ von Demokratie, in der der Kernpunkt der Demokratie, nämlich die Volkssouveränität von nicht gewählten Machthabern oder Interessensgruppen, unterlaufen wird.²⁴

Mit der ersten Regierungszeit Putins (2000-2004) änderte sich das demokratische Verständnis in Russland. Nach dem Machtwechsel hatte Putin für die russische Bevölkerung als hoffnungsvoller Träger für mehr Demokratie gegolten. Doch schnell wurde klar, dass die Stärkung des Rechtsstaates, der Schutz des Privateigentums oder auch die Schaffung funktionierender Banksysteme eindeutig fehlte.²⁵ In seiner ersten Präsidentschaftszeit verwandelte sich das politische System zur sogenannten ‚gelenkten Demo-

²³ Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen u. a. (2003): Defekte Demokratie. S. 15.

²⁴ Vgl. ebd. S. 39f.

²⁵ Vgl. Haug, Roland (2001): Russland unter Putin. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Der Bürger im Staat, Baden-Württemberg, 51. Jg., Heft 2/3: S. 85-186. Verfügbar unter: http://www.buergerimstaat.de/23_01/russland_putin.pdf, [Zugriff: 11.07.2014], S. 112.

kratie‘.²⁶ Das bedeutet, dass verfassungsrechtliche demokratische Verfahren von der Staatsmacht beeinflusst und bestimmt wurden. Die Merkmale der ‚gelenkten Demokratie‘ sind eine Mischung aus Autokratie und Oligarchie.²⁷ Weil nach russischer Gesetzgebung kein Präsident eine dritte Amtszeit in Folge ausüben durfte, lenkte von 2008 bis 2012 eine Doppelspitze, nämlich Medwedew als Staatschef und Putin als Ministerpräsident, die Geschicke des Landes. Obwohl es den Anschein hatte, dass Medwedew eine liberalere Linie als Putin verfolgte, blieb die Zensur und Kontrolle über die Medien- und Parteienwelt weitgehend bestehen. Putin als Machtmensch möchte nicht die alten sowjetischen Regierungsmuster aufleben lassen, sondern er möchte Russland in der Weltordnung neu und stärker positionieren. Er hat eine andere Vorstellung von Demokratie, in der demokratische Wahlen oder Einrichtungen wie das Parlament einer strikten Kontrolle unterworfen sein müssten.

Man kann Putin jedoch zuschreiben, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach den chaotischen Privatisierungen in den 1990er Jahren, in der Ära Jelzins, dennoch eine deutliche Stabilisierung des Staates erreicht werden konnte. Zwar sind in seiner Vorstellung die Prinzipien einer westlichen Demokratie verankert, jedoch weist diese Form von Demokratie autoritäre Muster auf. Das ist auch in Putins Regierungsweise ersichtlich, weil er seine Konkurrenten schwach oder ‚klein‘ neben sich aussehen lässt. Er möchte das Land demokratisch aussehen lassen, doch hinter der Fassade der russischen Demokratie steht im Verborgenen die Kontrolle von oben. Im Westen fragt man sich, ob die Russische Föderation für eine Aufnahme der liberalen Demokratie überhaupt geeignet ist. Denn nach dem Zerfall der Sowjetunion war der Bevölkerung Russlands die Stabilität des eigenen Landes viel wichtiger als die Meinungsfreiheit und der Pluralismus.²⁸ Im Mittelpunkt dieses Machtgefüges stehen der Präsident, die Präsidial-Administration und der Sicherheitsrat.²⁹ Dem unterliegt mit einer schwachen Stellung die Bundesversammlung, die sich aus der Staatsduma und dem Föderationsrat zu-

²⁶ Vgl. Mommsen, Margareta (2012): Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Russland. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47933/einleitung>, [Zugriff: 11.07.2014].

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Vgl. Rahr, Alexander (2011): Der Kalte Freund. Behandelt der Westen Russland falsch. S. 24.

²⁹ Vgl. Meyer, Gerd (2001): Russland unter Putin. Russland – auf dem Weg zur Demokratie? In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Der Bürger im Staat, Baden-Württemberg, 51. Jg., Heft 2/3: S. 94 von 85-186. Verfügbar unter: http://www.buergerimstaat.de/23_01/russland_putin.pdf, [Zugriff: 11.07.2014].

sammensetzt, welche aber keinen starken Einfluss und keine Macht wie der Präsident selbst aufweisen.³⁰ Zudem besitzt Putin im Parlament durch seine Partei ‚Einiges Russland‘ die absolute Mehrheit. Doch als Kontrollorgan ist die Staatsduma relativ schwach, denn werden Vorschläge des Präsidenten abgelehnt oder die Staatsduma spricht Putin ein Misstrauensvotum aus, kann diese vom Präsidenten jederzeit aufgelöst werden.³¹

Auch die Religion und die Orthodoxe Kirche gelten als enge Verbündete der politischen Führung Russlands. Z.B. auch bei der feministischen Punk-Gruppe ‚Pussy Riot‘, die während der Zeit der Revolution des Arabischen Frühlings 2011 gegründet wurde, stehen eher politische und weniger religiöse Motive im Vordergrund.³² Grund war der Protest gegen Putin und sein autoritäres Regime. Drei Frauen dieser Gruppe haben in der Christ-Erlöser-Kathedrale hinter dem Altar ein Punk-Lied über Putin gesungen, noch dazu an einem Ort, der für Frauen verboten ist.³³ Aufgrund ‚Schweren Rowdytums und Anstiftung zu religiösem Hass‘ wurden die Frauen 2012 verhaftet und in ein Straflager verbracht.³⁴ In der westlichen Welt galt diese Verhaftung und Internierung als politisch motiviert. Dieser Auftritt der ‚Pussy Riot‘ in einer russischen Kathedrale zeigte ganz plastisch die tiefgreifenden Konflikte in der Gesellschaft Russlands auf. Dem widerspricht das eingangs angeführte Zitat Wladimir Putins grundlegend. Grundsätzlich sind in der Russische Föderation demokratische Muster und Züge vorhanden und erkennbar und die russische Führung versucht einen demokratischen Anschein gegenüber der EU zu vertreten. *„Demgegenüber nehmen sich Putins Bekenntnisse zum demokratischen Aufbau des Landes wenig überzeugend und widersprüchlich aus.“*³⁵ Dem Anschein nach hat Putin allgemein ein großes Misstrauen gegenüber der Demokratie im eigenen Land, weil er der Meinung ist, dass die demokratischen Prozeduren und Institutionen den Staat und die Wirtschaft schwächen würde.

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. ebd.

³² Vgl. Willems, Joachim (2013): Pussy Riots Punk-Gebet. S. 36.

³³ Vgl. Vorw. von Laurie Penny und aus dem Engl. übers. von Barbara Häusler. In: Pussy Riot (2012): Ein Punk Gebet für Freiheit. Kunst oder Politik? Nautilus Flugschrift. S. 17.

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Mommsen, Margareta / Nußberger, Angelika (2007): Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. S. 23.

3.3 DEMOKRATIEDEFIZIT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Durch die demokratischen Prozesse, die in der Europäischen Union vorherrschen, sind die Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen miteingebunden und können auch an politischen Debatten teilnehmen. Laut dem Politikwissenschaftler Hurrelmann, basiert die Einflussnahme der Bürger und Bürgerinnen auf Entscheidungen in der Demokratiefrage auf drei Kanälen:³⁶

EU Parlament:

Das Europäische Parlament wird seit 1979 alle fünf Jahre von der europäischen Zivilgesellschaft gewählt. Es ist ein Organ, welches die politische Repräsentation der EU-Bürger und Bürgerinnen gewährleistet und eine beträchtliche Rolle in Entscheidungsprozesse und Mitentscheidungsverfahren trägt. Seine Aufgaben werden in vier Hauptteile eingeteilt wie: Rechtssetzungsbefugnis, Haushaltsbefugnis, Kontrollbefugnis sowie Zustimmungsgesetz in den Außenbeziehungen.³⁷ Das EU-Parlament kann keine Rechtsakte initiieren, da das die Aufgabe der Kommission ist und es auch vom Ministerrat überstimmt werden kann. Noch dazu kann das EU-Parlament keinen direkten Einfluss auf die Nominierung der Mitglieder der Kommission nehmen.³⁸

Nationale politische Prozesse:

Der zweite Kanal verläuft über nationale Parlamente, Wahlen und nationale Regierungen hin zum Ministerrat, der bei Beschlussfassung meist mit qualifizierter Mehrheit entscheidet und machtvoller ist als das EU-Parlament.³⁹ Hier kann es zu Schwierigkeiten kommen, einerseits spielen bei nationalen Wahlen die EU-Themen keine wichtige

³⁶ Vgl. Vgl. Hurrelmann, Achim, Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Demokratie. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/31040/demokratie-in-der-europaeischen-union-eine-bestandsaufnahme?p=all>, [Zugriff: 15.07.2014].

³⁷ Vgl. Tömmel, Ingeborg (Hrsg.) (2006): Das Politische System der EU. S. 70f.

³⁸ Vgl. Hurrelmann, Achim, Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Demokratie. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/31040/demokratie-in-der-europaeischen-union-eine-bestandsaufnahme?p=all>, [Zugriff: 15.07.2014].

³⁹ Vgl. ebd.

Rolle und andererseits haben die nationalen Parlamente das Problem, die Entscheidungsverfahren auf der EU-Ebene nachzuvollziehen.⁴⁰

Einflussnahme der Zivilgesellschaft:

Neben den zwei angeführten Kanälen zählt die Einflussnahme der Zivilgesellschaft zum dritten Kanal der Einflussnahme der Demokratie dazu. Die Kommission will dabei, die Meinungen der Bürger und Bürgerinnen durch Konsultation von Lobbyisten miteinbinden, welche die Interessen und Anliegen der Zivilgesellschaft meist nicht widerspiegeln.⁴¹ Die Kommission wird von vielen Bürgern und Bürgerinnen als undemokratisch angesehen, weil sie der Meinung sind, keine Kontrolle über bestimmte Entscheidungsverfahren zu haben.

Die meisten Entscheidungen und Gesetzgebungsverfahren basiert auf einem engen Zusammenwirken der drei EU-Organen dem Rat, der Kommission und dem Parlament, wobei aber das Mitentscheidungsverfahren des EU-Parlaments nicht auf eine Stufe mit dem Rat gestellt wird, sondern wird dem Parlament die Möglichkeit gegeben, den Rechtsakt inhaltlich mitzugestalten.⁴² Es stellt sich daher die Frage, ob die Demokratie in der EU überhaupt gewährleistet ist. Obwohl durch die EU Verträge das EU-Parlament in die Entscheidungsprozesse immer mehr eingebunden wurde, besteht weiterhin Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die demokratische Qualität europäischen Regierens, sowie treten auch Verständigungsprobleme und Mitwirkungsdefizite angesichts von Entscheidungen, die von oben erlassen werden.⁴³ Im Jahr 2003 wurde ein Konvent über die Verfassung in Europa vorgelegt, wo Grundsätze der repräsentativen Demokratie, sowie die Repräsentationsebene beschlossen und definiert wurden.⁴⁴

Dieser Vertrag besagt, dass:

- Die Bürger und Bürgerinnen auf der Unionsebene im EU-Parlament vertreten sind;

⁴⁰ Vgl. ebd.

⁴¹ Vgl. ebd.

⁴² Vgl. Pollak, Johannes / Slominski, Peter (2012): Das politische System der EU. S. 139.

⁴³ Vgl. ebd. S. 174.

⁴⁴ Vgl. ebd. S. 178.

- Die Mitgliedsstaaten von jeweiligen Staats- und Regierungschefs im Rat vertreten werden, wobei diese auch gegenüber ihren Bürger und Bürgerinnen zur Verantwortung gezogen werden können bzw. verantwortlich sind;
- Die EU-Organe den Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bieten, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen, weil diese dafür zuständig sind, einen transparenten Dialog mit der Zivilgesellschaft zu pflegen;
- Eine Million Bürger die Kommission im Rahmen ihrer Befugnisse mittels Unterschriften auffordern kann, Vorschläge für Rechtsakte zu unterbreiten.⁴⁵

Vertreter des EU-Parlaments sind der Meinung, dass nur ein starkes Parlament eine Gewährleistung der Demokratie garantiert. Dies kann als *Demokratiedefizit* angesehen werden, weil nationale Parlamente die Macht entzogen wird. Der deutsche Verfassungsrechtler Grimm ist der Meinung (1995), dass ein starkes Parlament nicht unbedingt eine starke Demokratie bedeutet. Er spricht sich für die Aufwertung der nationalen Parlamente aus.⁴⁶ Der Autor Majone spricht sich gegen den Vorwurf des *Demokratiedefizits* aus und meint, dass nationale Demokratiestandards nicht auf EU-Ebene anwendbar sind, weil auf der EU-Ebene keine Subventionen oder Steuern direkt erhoben werden.⁴⁷

4 POLITISCHE VERÄNDERUNGEN

4.1 DAS KONGLOMERAT: DIE EUROPÄISCHE UNION

4.1.1 Aufnahmekriterien in die Europäische Union

Damit ein Staat überhaupt in die EU-Gemeinschaft aufgenommen werden kann und darf, muss er vorher rechtliche Erfordernisse erfüllen. Diese sind im Maastricht Vertrag der Europäischen Union in Artikel 49 festgelegt.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. ebd. S. 178.

⁴⁶ Vgl. ebd. S. 180.

⁴⁷ Vgl. ebd. S. 183.

⁴⁸ Vgl. Zaunbauer, Wolfgang (2007): Grenzenlose EU. S. 10.

„Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannte Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die Aufnahmebedingung und die durch eine Aufnahme erforderlich werdenden Anpassungen der Verträge, auf denen die Union beruht, werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.“⁴⁹

Aber damit ein Land diesen Antrag überhaupt stellen kann, muss das Land auch auf dem europäischen Kontinent liegen bzw. ein europäischer Staat sein. Der Kontinent Europa liegt geographisch nicht so eindeutig wie andere Kontinente, wie zum Beispiel Afrika oder Australien. Wo genau Europa beginnt und wo es aufhört, ist hier nicht so eindeutig.⁵⁰ Würde man sich beispielsweise auf Russland beziehen, liegen ca. 25 Prozent der Landfläche auf dem europäischen Kontinent und 75 Prozent auf dem asiatischen Landesteil.⁵¹ Nicht nur geografische Voraussetzungen sind notwendig, um überhaupt in die Europäische Union aufgenommen zu werden, sondern auch die Wertekomponente, die ein Staat erfüllen muss, um in das europäische System eingegliedert zu werden, ist unumgänglich:

„Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam.“⁵²

Wenn die Möglichkeit besteht, dass ein Land aufgrund gemeinsamer Werte, Kultur und Geschichte Mitglied der EU werden könnte, so kann dennoch auch der Anspruch einer

⁴⁹ Zaunbauer, Wolfgang (2007): Grenzenlose EU. Die Rechtlichen Grundlagen einer EU-Mitgliedschaft.

In: Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik (Hrsg.) S. 10.

⁵⁰ Vgl. ebd.

⁵¹ Vgl. ebd.

⁵² Ebd.

Mitgliedschaft verwehren werden, wenn das Land zu autokratisch oder zu autoritär regiert wird und die Grundwerte der Demokratie nicht erfüllt. Die Verwirklichung institutioneller Stabilität, die Einhaltung der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und der Schutz der Minderheiten sowie das Vertrauen und die Unterstützung der europäischen Bürger sind einer der wichtigsten europäischen Aspekte, die in den Kopenhagener Kriterien festgelegt sind, um die Voraussetzungen einer Mitgliedschaft zu erfüllen.⁵³

4.1.2 Exkurs: Politische Veränderungen in Europa im Zeitraffer

Die Europäische Union ist bisher eine der erfolgreichsten politischen Projekte, die in der modernen Geschichte Europas geschaffen wurde.

4.1.2.1 Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft

Nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich 1951 die sechs Gründungsstaaten der EU, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Deutschland, Frankreich und Italien zu einer Gemeinschaft zusammen, um in Europa eine Friedensordnung herzustellen. In diesem Jahr wurde der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet. Das heißt, zum ersten Mal wurde eine supranationale Organisation geschaffen.⁵⁴ In weiterer Folge kam es im Jahr 1957 durch die Römischen Verträge der sechs Gründerstaaten Belgien, Niederlande, Luxemburg Italien, Frankreich und Deutschland zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Diese wurde 1993 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) umbenannt und im Dezember 2009 durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon aufgelöst.⁵⁵

⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁴ Vgl. Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian (2008): Die Europäische Union. S. 23.

⁵⁵ Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung Online: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176910/europaeische-wirtschaftsgemeinschaft-ewg>, [Zugriff: 17.07.2014].

4.1.2.2 Die erste Erweiterung: Die Norderweiterung

Im Jahr 1974, als der Europäische Rat geschaffen wurde, war man zuerst skeptisch, ob man überhaupt so ein Organ der Gemeinschaft, das kein vertraglich begründetes Organ war, errichten sollte. Man begann Kamingesprächen, wo sich die Staats- und Regierungschefs zunächst halbjährlich trafen. Diese Treffen fanden mit der Zeit immer öfter statt. Im folgenden Wandlungsprozess bekam Ende der 1970er Jahre sowohl das Parlament mehr Kompetenz und durfte das erste Mal direkt gewählt werden, wie auch die Institutionalisierung des Europäischen Rats durchgeführt wurde. Im Jahr 1973 wuchs die Europäische Gemeinschaft auf neun Mitglieder an. Das wichtige neue Mitglied, Großbritannien, hatte sich in den 1950er Jahren noch geweigert, mit den sechs Gründungsmitgliedern in die Gemeinschaft einzutreten. Im Jahr 1967 stellte Großbritannien das zweite Beitrittsge such, da das erste Beitrittsge such 1961 von Frankreich abgelehnt wurde. Im Jahr 1973 wurde Großbritannien gemeinsam mit Irland und Dänemark in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen.⁵⁶ Im Laufe der siebziger Jahre konnte die politische Zusammenarbeit der EWG/EG Mitgliedsstaaten Fortschritte, wie die 1975 unterzeichnete *KSZE-Schlussakte*⁵⁷ erreichen, aber auch Rückschritte bedrohten Europa, wie die Ölkrise, welche auch wirtschaftliche Auswirkungen hatte.⁵⁸ 1981 trat Griechenland als zehntes Mitglied der Europäischen Union bei. 1986, mit dem Beitritt Spaniens und Portugals, wurde die EU im Süden des Kontinents erweitert.

4.1.2.3 Die zweite Nord- und die erste Osterweiterung

1995, mit der zweiten Norderweiterung wurden Schweden, Finnland und Österreich in die Europäische Union aufgenommen. Bei dieser Erweiterung wurde den ehemaligen Ostblockstaaten auch der Einlass gewährt, damit erhoffen sich diese Länder eine politi-

⁵⁶ Vgl. Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian (2008): Die Europäische Union. S. 45.

⁵⁷ „1. August 1975: In Helsinki unterzeichnen 35 Staaten die KSZE-Schlussakte. Mit ihr werden die Grenzen der Nachkriegsordnung akzeptiert und das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die Anerkennung der Menschenrechte verabredet. Die Akte wird zum Synonym für das Streben nach Befreiung von politischer Repression in Europa.“ Bundeszentrale für politische Bildung (2010): 35. Jahre Helsinki Schlussakte. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69039/35-jahre-helsinki-schlussakte-30-07-2010>, [Zugriff: 17.07.2014].

⁵⁸ Vgl. Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian (2008): Die Europäische Union S. 53.

sche Stabilisierung und wirtschaftliche Konsolidierung zu erreichen.⁵⁹ „Vor allem aber sollte die Aufnahme in die Union die endgültige Überwindung der Teilung Europas vollenden.“⁶⁰

2004 mit der Osterweiterung, der größten EU-Erweiterung bis dato, traten zehn neue Mitgliedsstaaten - Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern - der Europäischen Union bei. Allein in der Zeit zwischen 2000 und 2003 wurden pro Jahr 3,12 Mrd. EUR für die Beitrittskandidaten an Hilfen zur Verfügung gestellt. Doch die gestellten Verpflichtungen waren mit der Umsetzung der *Kopenhagener Kriterien*⁶¹ verknüpft.⁶² Für Länder, die schon länger bei der Europäischen Union dabei waren, war das *enlargement* nicht leicht zu verdauen, weil die Länder eine massive Arbeitnehmerwanderung der neuen Länder befürchtet hatten.

In dieser Zeit wurden auch Beitrittsverhandlungen für zwei weitere osteuropäische Länder - Rumänien und Bulgarien - aufgenommen. Diese durften sich erst 2007 zu den Mitgliedern der Europäischen Union zählen, da die wirtschaftlichen Rückstände der beiden Länder zu groß waren. Auch die politischen Defizite sowie die Korruption beider Länder machten der Union große Sorgen. Mit 1. Juli 2013 wurde Kroatien als 28. Mitglied in die Europäische Union aufgenommen. Die Europäische Union zählt heute, 2014, somit über eine halbe Milliarde Menschen.

⁵⁹ Vgl. ebd. S. 63

⁶⁰ Ebd. S. 63.

⁶¹ Anm. d. Autorin: „Kopenhagener Kriterien“ sind Beitrittskriterien die ein Land erfüllen muss, um in die Europäische Union überhaupt aufgenommen zu werden. Dazu gehört das politische Kriterium, wie die Gewährleistung von institutioneller Stabilität als Garant für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechtswahrung und Minderheitenschutz. Ein zweites Kriterium welches erfüllt werden muss, ist das wirtschaftliche Kriterium. Hier ist eine funktionsfähige Marktwirtschaft einzuhalten, sowie müssen Beitrittsstaaten dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standhalten können. Das dritte Kriterium ist Acquis Kriterium. Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschaft- und Währungsunion zu Eigen zu machen. Vgl. Europa Zusammenfassung der EU Gesetze. Glossar. Beitrittskriterien. Verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm, [Zugriff: 19.07.2014].

⁶² Vgl. Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian (2008): Die Europäische Union S. 64.

4.1.3 Die Verträge der EU

Seit der Gründung der Europäischen Union gab es immer wieder wichtige Erweiterungsverträge, die zur Verbesserung und Erleichterung von politischen Umsetzungen in der Gemeinschaft dienen. Im Folgenden werden diese aufgezählt und kurz beschrieben.

4.1.3.1 Vertrag von Maastricht

Unterzeichnung 1992; Inkrafttreten: 1993.

Ganz generell müssen alle neu abzuschließenden Verträge durch alle Mitgliedsstaaten der EU mit Einstimmigkeit angenommen werden. Bevor jedoch der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union in Kraft treten konnte, kam es zu Verzögerungen durch die Länder Frankreich, Dänemark und Irland, die den Vertrag ihren Bürger in einer Volksabstimmung vorlegen mussten.⁶³ Eine deutliche Mehrheit hatte sich in Irland für die Annahme des Vertrages entschieden, während sich in Frankreich nur eine sehr knappe Mehrheit für die Ratifikation ausgesprochen hatte. Die Dänen lehnten die Ratifikation des EU-Vertrages sogar mit 50,7 Prozent der abgegebenen Stimmen ab, wobei aufgrund einer Ausnahmeregelung im Jahr 1993 auch die dänische Bevölkerung in einem zweiten Referendum einer Ratifikation zustimmte.⁶⁴

Der Vertrag von Maastricht beruht auf drei Säulen, die als Grundpfeiler der Europäischen Union bezeichnet sind. Die erste Säule beinhaltet die drei EU Gemeinschaften (EG, Euratom und EGKS). Die zweite Säule ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die dritte Säule ist der Grundstein für die Zusammenarbeit in den Bereichen der Justiz und des Inneren. Ziel dieses Vertrages war die Vorbereitung auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens, welches dem Parlament im Entscheidungsprozess eine stärkere Stimme verleihen sollte.⁶⁵

⁶³ Vgl. Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian (2008): Die Europäische Union. S. 57

⁶⁴ Vgl. ebd. S. 57

⁶⁵ Vgl. ebd. S. 61.

4.1.3.2 Vertrag von Amsterdam

Unterzeichnung 1997; Inkrafttreten: 1999.

Beim Vertrag von Amsterdam ging es hauptsächlich um Erneuerungen und Reformierungen der EU Institutionen. Die institutionelle Struktur der Europäischen Union war für eine Gemeinschaft von sechs Mitgliedsstaaten und nicht für eine Union von 28 Staaten konstruiert worden.⁶⁶ Mit dem Vertrag von Amsterdam wurden die Verträge transparenter und auch das Mitentscheidungsverfahren der einzelnen Mitgliedsstaaten nahm an Bedeutung zu.

4.1.3.3 Vertrag von Nizza

Unterzeichnung 2001; Inkrafttreten: 2003

Bei der Amtskonferenz in Nizza im Jahr 2000, mit 15 Staats- und Regierungschefs, wurden die alten Rahmenbedingungen, die schon beim Vertrag von Amsterdam geschaffen worden waren, neu aufgerollt und es wurde verlangt, diese umzusetzen, damit der Beitritt neuer Mitgliedsländer erleichtert werden konnte. Doch die Struktur wurde nur noch mehr verkompliziert. Einerseits wurde eine qualifizierte Mehrheit verlangt, andererseits konnte die Europäische Kommission dadurch mehr an Gewicht gewinnen.⁶⁷ Durch den Vertrag von Nizza wurde eine Vertiefung und Erweiterung der europäischen Politik erreicht.

4.1.3.4 Vertrag von Lissabon

Unterzeichnung 2007; Inkrafttreten: 2009

Im Gegensatz zu den vorherigen Verträgen handelte es sich beim Vertrag von Lissabon um einen Änderungsvertrag. „Der EG-Vertrag wurde daher in ‘Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union’ umbenannt.“⁶⁸ Die Umsetzung der Stärkung der Demokratiefrage, der Erweiterung der Kompetenzen des EU Parlaments und der Wirksamkeit der EU waren von großer Bedeutung. Der Vertrag von Lissabon legte eindeutig fest, welche Zuständigkeiten die Europäische Union und welche die Europäischen Mit-

⁶⁶ Vgl. Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian (2008): Die Europäische Union. S. 66f.

⁶⁷ Vgl. ebd. S. 69.

⁶⁸ Ebd. S. 85.

gliedsstaaten übernehmen sollten.⁶⁹ Durch diesen Vertrag wurde die EU deutlich demokratischer, effizienter, transparenter und handlungsfähiger.

4.1.4 Identitätsprobleme der Mitgliedsstaaten der EU

Betrachtet man heute, im Jahr 2014, die Europäische Union, stellt man fest, dass sie sich derzeit in einer mehrdimensionalen Krise befindet. Einerseits kämpft sie damit, in einer Identitätskrise zurecht zu kommen und andererseits versucht sie, das Vertrauen der EU Bürger zurückzugewinnen, um die Wirksamkeit der gewohnten Anerkennung nicht zu verlieren.⁷⁰ Viele Bürger haben Schwierigkeiten zu verstehen, wie die Institutionen allgemein arbeiten und funktionieren. Sie sind mit der Thematik der Europäischen Union nicht vertraut.

1973 war mit der Norderweiterung - mit der Ausnahme der Schweiz, Islands und Norwegens - ganz Westeuropa in der Europäischen Union vereint. Schon kurzer Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte die Europäisierung des Ostens vorangetrieben werden. Diese Osterweiterung stand als Akt historischer Gerechtigkeit auf der Tagesordnung der europäischen Politik.⁷¹ Allen Mitgliedsstaaten in dieser Zeit sind viele Milliarden Dollar an Finanzleistungen in verschiedenen Strukturfonds zugeflossen, um die Förderung neuer Projekte und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen zu können.

Mit der großen EU-Erweiterung 2004 hatte sich *„die Mitgliederzahl der Union praktisch verdoppelt und die innere Heterogenität der Union, was wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand, das Spektrum widersprüchlicher Interessen, aber auch histori-*

⁶⁹ Vgl. Europäische Union. EU Verträge. Verfügbar unter: http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/index_de.htm, [Zugriff: 08.07.2014].

⁷⁰ Vgl. Hochleitner, Erich / Scheich, Manfred (Hrsg.) (2007): In: Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik. S. 45.

⁷¹ Vgl. Herz, Dietmar / Jetzlsperger, Christian (2008): Die Europäische Union. S. 63.

sche Prägungen betrifft“⁷², hatte sich sprunghaft erhöht. Durch diese Osterweiterung musste Europa auch mit der Divergenz einzelner Staaten zurechtkommen, weil die bisher aufgenommenen Länder von ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten ziemlich ähnlich gefestigt waren.

Diese zehn neuen Mitgliedsländer hatten nach der Sowjetdiktatur erhebliche Schwierigkeiten gehabt, die westlichen Standards anzunehmen und sich zu reformieren. Sie hatten mit zahlreichen internen Problemen zu kämpfen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind sie in einen Wandlungsprozess geraten. Daher sah die Union die Chance und den Vorteil, diese zu etablieren, ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich politisch zu stabilisieren und sich letztlich demokratisch zu entwickeln.⁷³

„Die komplizierten Übergänge von der Diktatur zu Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Blockstruktur zur nationalen Eigenständigkeit waren und sind zum Teil noch belastet durch eine Fülle ungeklärter Probleme (...).“⁷⁴

Die fünf größten Länder, die in die EU aufgenommen wurden hatten auch die leistungsfähigste Volkswirtschaft in der Union. Diese stellten nicht nur 79 Prozent der Unionsbürger sondern waren auch für 78,6 Prozent des BIP der EU verantwortlich.⁷⁵ Doch die ‚alte‘ EU hatte mit der Aufnahme dieser zehn neuen Mitglieder zu kämpfen bzw. diese zu bewältigen, denn sie sind vor allem Nettoempfänger, was für die alten Mitgliedsländer zu einer erheblichen finanziellen Belastung wurde.⁷⁶ Die große Osterweiterung wurde nicht zu genüge für die Aufnahme in die EU vorbereitet, denn auch viele Bürger konnten sich mit der wirtschaftlichen und kulturellen Heterogenität vorerst nicht identifizieren.⁷⁷ Die Gründungsstaaten der EU stellen fest, dass sie in ihrer Position immer

⁷² Vgl. Hochleitner, Erich / Scheich, Manfred (Hrsg.) (2007): In: Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik. Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union: Politische und institutionelle Grenzen S. 46.

⁷³ Vgl. 74f.

⁷⁴ Ebd. S. 76.

⁷⁵ Vgl. ebd. S. 74.

⁷⁶ Vgl. ebd. S. 77.

⁷⁷ Vgl. ebd.

mehr benachteiligt sind, in der sie sich bei steigenden monetären Kosten einem Machtverlust gegenüber konfrontiert sehen.⁷⁸

4.2 INTERNATIONALE GEBILDE UND DEREN EINFLUSSFAKTOREN

Einige der nun folgenden internationalen Gebilde, die im Folgenden kurz erläutert werden, hatten und haben erheblichen Einfluss auf die gesamteuropäische Politik. Der Warschauer Pakt und die NATO als militärische Gebilde werden weiter unten, in Kapitel 6.1f, beschrieben.

4.2.1 Der UN Sicherheitsrat

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen - kurz UN-Sicherheitsrat oder Weltsicherheitsrat - wurde am 17. Januar 1946 im Londoner Church House gegründet und ist heute einer der bedeutendsten Entscheidungsorgane der Welt.⁷⁹ Dieser Rat hat großen Einfluss auf die politischen Veränderungen und Gegebenheiten in Europa. Neben dem UN Hauptsitz in New York hat der UN Sicherheitsrat auch drei weitere Sitze, in Wien, Genf und Nairobi.

Die Charta der Vereinten Nationen⁸⁰ bestimmt im UN Sicherheitsrat fünf ständige Mitglieder des Rates, die auch zu den fünf Weltmächten zählen. Diese Vetomächte sind Frankreich, Russland, das Vereinigte Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und der Volksrepublik China. Des Weiteren setzt sich dieser Rat aus zehn nichtständigen Mitgliedern zusammen, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf die Dauer von zwei Jahre gewählt werden. Also besteht der Sicherheitsrat insgesamt aus 15 Mitgliedern. Nichtständige Mitglieder sind momentan Litauen, Chile, Australien,

⁷⁸ Vgl. ebd.

⁷⁹ Vgl. Wollgarten, Christian (2013): Der UN-Sicherheitsrat – Aufgaben und Funktion. Verfügbar unter: <http://suite101.de/article/der-un-sicherheitsrat---aufgaben-und-funktion-a116423#.U6SqOCgQPzg>, [Zugriff: 20.06.2014].

⁸⁰ Vgl. United Nations. Die Charta der Vereinten Nationen ist der Gründungsvertrag der Vereinten Nationen. Verfügbar unter: http://www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf, [Zugriff: 13.07.2014].

Korea, Tschad, Jordanien, Luxemburg, Ruanda, Argentinien und Nigeria. Nach Artikel 24 Absatz 1 ist die primäre Aufgabe des UN Sicherheitsrates die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Für alle UN-Mitgliedsstaaten sind die Beschlüsse des Sicherheitsrates bindend.⁸¹

*„The Security Council takes the lead in determining the existence of a threat to the peace or act of aggression. It calls upon the parties to a dispute to settle it by peaceful means and recommends methods of adjustment or terms of settlement. In some cases, the Security Council can resort to imposing sanctions or even authorize the use of force to maintain or restore international peace and security”.*⁸²

Jedes Land hat bei der Abstimmung nur eine Stimme und kann entweder zustimmen, sich enthalten oder ablehnen, wie das jüngst beim Referendum mit dem Fall der Ukraine war.

4.2.2 OSZE/KSZE

Eine weitere Institution, die die politische Landschaft in Europa beeinflusst, ist die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese geht zurück auf die Schlussakte von Helsinki 1975 und auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1973. Sie wurde im Zuge des Ost-West-Konfliktes gegründet und hat ihren Hauptsitz in Wien. Im Schlussakt von Helsinki bekannte sich der Osten zur Wahrung der Menschenrechte und der Westen wiederum erkannte die territoriale Souveränität der Staaten im Osten Europas erstmals an. Auf der Konferenz 1973 in Helsinki nahmen Vertreter der beiden Verteidigungsbündnisse des Warschauer Paktes im Osten und der NATO im Westen teil. Es waren aber auch Staaten, die keinem dieser Bündnisse angehörten wie zum Beispiel Österreich und Jugoslawien, vertreten.⁸³ Nach Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich die Teilnehmerstaaten zu neuen Aufgaben

⁸¹ Vgl. ebd.

⁸² The Security Council. Verfügbar unter: <http://www.un.org/en/sc/>, [Zugriff: 20.06.2014].

⁸³ Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung (2014): Die wiederbelebte OSZE: Mit Dialog zum Weltfrieden? Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/184353/die-wiederbelebte-osze>, [Zugriff: 23.06.2014].

entschlossen und diese 1990 in der *Charta von Paris*⁸⁴ besiegelt. Bevor die KSZE 1995 zu OSZE wurde, war sie im Kalten Krieg das wichtigste multilaterale Dialog- und Verhandlungsforum zwischen Ost und West.

*„Der Fall der Berliner Mauer 1989, gefolgt von der Unabhängigkeit der Republiken der ehemaligen Sowjetunion, verhieß ein ‚neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit‘.“*⁸⁵

Heute besteht die OSZE aus 57 Teilnehmerstaaten darunter auch Russland und arbeitet daran, dass alle Menschen in Frieden, Demokratie und Stabilität zusammen leben können. Sie ist keine Militärorganisation wie die NATO und ist im Bereich ‚Peace keeping‘ tätig. Zu ihren Aufgaben zählen unter anderem Feldoperationen in Krisengebieten, indem sie ihren Gastländern durch Unterstützung in den Bereichen Strafverfolgung, Minderheitenrechte, Gesetzesreform, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit behilflich sind.⁸⁶ Als bedeutendste Funktion für Frühwarnung, Konfliktprävention, Krisenmanagement und Konfliktfolgenbeseitigung hilft die OSZE, Differenzen zwischen Staaten zu überwinden und durch Zusammenarbeit Vertrauen zu schaffen.⁸⁷

Die OSZE soll heute der Ukraine, Russland, den USA und der Europäischen Union als Plattform dienen, die Auseinandersetzungen über separatistische Bestrebungen, die im Osten der Ukraine 2014 passieren, beizulegen und einen Krieg zu verhindern. Dabei funktioniert die Zusammenarbeit der Staaten so, dass die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten einmal im Jahr ein Ministerratstreffen abhalten, *„um sich erneut zur Realisierung einer ‚freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok‘ zu bekennen“*.⁸⁸

⁸⁴ Anm. d. Autorin: Die Charta von Paris ist die Schlussakte der KSZE vom 21. November 1990, die sich nach der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland, mit der grundlegenden friedlichen Ordnung Europas befasst. Vgl. Konrad Adenauer Stiftung Online: Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990. Verfügbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/71.4503/> [Zugriff: 21.06.2014].

⁸⁵ OSZE.ORG. Organization for Security and Co-operation in Europe (2013): Was ist die OSZE? Verfügbar unter: <http://www.osce.org/de/secretariat/35780?download=true>, [Zugriff: 21.06.2014].

⁸⁶ Vgl. ebd.

⁸⁷ Vgl. ebd.

⁸⁸ Ebd.

In Abbildung 1 ist der Aufbau des Sicherheitsrates ersichtlich, der sich in der Zusammenarbeit bei verschiedenen Treffen und Versammlungen der Staats- und Regierungschefs abspielen.



Abbildung 1: Aufbau der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa⁸⁹

Ein Schwerpunkt der OSZE ist, sich unter anderem mit der Verteidigungsreform, der Polizeiarbeit, der sicheren Lagerung und Vernichtung von Klein- und leichten Waffen sowie konventioneller Munition zu befassen.⁹⁰ Moskau legt großen Wert darauf, die Bedeutung der NATO für die globale und europäische Sicherheit so gering wie möglich zu halten. Es besteht darauf, die UNO und die OSZE, die bekanntlich über keinerlei Militärorganisationen verfügen, für Einsätze einzubeziehen.⁹¹ Die meisten Aufgaben sind vor Ort zu bewerkstelligen. Die Feldoperationen finden meist in Südosteuropa, Osteuropa, im Südkaukasus und auch in Ukraine statt, damit die Lage in den Krisenregionen beruhigt werden kann. Es soll den betroffenen Bevölkerungsgruppen geholfen

⁸⁹ Quelle: Abbildung 1: Aufbau der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/8726/sicherheitspolitik-ohne-waffen-osze-und-europarat>, [Zugriff: 23.06.2014].

⁹⁰ Vgl. ebd.

⁹¹ Vgl. Malek, Martin (2003): Die NATO und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation. UNO und OSZE statt NATO. S. 41.

werden, ihre Sicherheit wiederherzustellen.⁹² Diese Sicherheit ist auf Dauer erst möglich, wenn auch die Menschenrechte und Grundfreiheiten geachtet werden. Daher hilft die OSZE ihren Teilnehmerstaaten u.a. demokratische Institutionen aufzubauen, freie, transparente und faire Wahlen abzuhalten sowie die Gleichberechtigungsfrage zwischen Mann und Frau zu forcieren. Auch die Achtung von Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz sowie die Förderung von Nichtdiskriminierung sind einige Rahmenbedingungen der ‚good governance‘.⁹³ Betont werden muss, dass Russland sich in Auslandseinsätzen eher um die Zusammenarbeit mit Organisationen wie OSZE und UNO bemüht als um jene mit der NATO.

4.2.3 *Der EUROPARAT*

Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 gegründet und hat ihren Sitz in Straßburg.⁹⁴ Genauso wie die OSZE kann auch der Europarat keine Gesetze erlassen. Ziele des Europarates waren die Errichtung europäischer Organisationen und die Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen innerhalb Europas. Der Europarat ist kein Organ der EU. Er dient als Forum für Debatten, wenn es um Menschenrechtsfragen geht oder um die Förderung und Entwicklung seiner 47 Mitgliedsländer.⁹⁵ Hauptaufgaben des Europarates sind die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Wichtigste Aufgabe des Europarates heute ist die Stärkung der Demokratie und Menschenrechte. Das bedeutet, dass der Europarat bei Strafandrohungen gegen Staaten als Organisation zwar keine Sanktionen verhängen kann, aber er kann dem Mitglied das Stimmrecht entziehen, wie das zum Beispiel im Falle Russlands mit Bezug auf die Ereignisse auf der Halbinsel Krim geschah. Die Resolutionen im Europarat sind nicht bindend, dennoch gilt der Europarat als Stimmungsmesser für die politische Lage auf dem euro-

⁹² Vgl. OSZE.ORG. Organization for Security and Co-operation in Europe (2013): Was ist die OSZE? Verfügbar unter: <http://www.osce.org/de/secretariat/35780?download=true>, [Zugriff: 21.06.2014].

⁹³ Vgl. ebd.

⁹⁴ Vgl. Küstner, Kai, tagesschau.de, NDR Brüssel (2014): Europarat beschließt Strafen gegen Russland. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/russland-europarat102.html>, [Zugriff: 18.06.2014].

⁹⁵ Vgl. ebd.

päischen Kontinent. Er gibt Empfehlungen und Entschlüsse der Versammlung in Kopenhagen weiter.⁹⁶ Russlands Beitritt zum Europarat erfolgte am 28. Februar 1996.

4.3 RUSSLANDS POLITISCHE UMWÄLZUNGEN

Heute im Jahr 2014 ist laut dem Politologen Gerhard Mangott der pragmatisch russische Nationalismus das Kernelement der Außenpolitik von Putins Russland. Nach Zerfall des *äußeren Imperiums*⁹⁷ (Osteuropa) und Niedergang des *inneren Imperiums*⁹⁸ (Sowjetunion), die Beschneidung des russländischen Staatsgebietes und der Entstehung neuer unabhängiger Staaten im post-sowjetischen Raum und Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten auswärtiger Akteure wie die USA, EU aber auch Japan, China, und Pakistan, hat sich die russische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik maßgeblich verändert.⁹⁹ Die Angst vor einer militärischen Bedrohung ist nach dem Zerfall der Sowjetunion der Angst gewichen, keine Supermacht bzw. kein ‚global Player‘ mehr zu sein.

1993 war es in Russland zu einem brutalen Kampf um die Macht gekommen. Nach Zerfall der Sowjetunion versuchte der damalige Präsident Boris Jelzin das Land zu transformieren. Ausschreitungen und Spannungen jener Zeit waren heftige Divergenzen zwischen dem Parlament und dem regierenden Präsidenten. Nach dem Sieg Jelzins über die Aufständischen im Parlament wie die Kommunisten und Neoimperialisten durch die gewaltsame Auflösung des Parlaments und Beendigung der Doppelherrschaft mit Gorbatschow, ließ er die russische Verfassung ändern und eine straffe Präsidialrepublik Ende 1993 einführen.¹⁰⁰ Durch die Machtübernahme von Putin wurde Jelzin 1999/2000 abgesetzt. Der Westen pochte sehr darauf, dass Russland seine Demokratisierungsstrategie fortsetzt. Die ersten Demokratiebestrebungen haben sich bereits zur Sowjetzeit durch Gorbatschow unter dem Schlagwort *Perestrojka* und *Glasnost* vollzogen.

⁹⁶ Vgl. Küstner, Kai, tagesschau.de, NDR Brüssel (2014): Europarat beschließt Strafen gegen Russland. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/russland-europarat102.html>, [Zugriff: 18.06.2014].

⁹⁷ Mangott, Gerhard (2005): Russland Außenpolitik. Fähigkeiten und Optionen. S. 15.

⁹⁸ Ebd. S.15.

⁹⁹ Vgl. ebd.

¹⁰⁰ Vgl. Rahr, Alexander (2011): Der Kalte Freund. Warum wir Russland brauchen: Die Insider-Analyse. Carl Hanser Verlag München. S. 29.

Die politische Umgestaltung nach dem Zerfall der Sowjetunion hin zu mehr Demokratie vollzog sich in zwei Phasen. Die erste Phase, die Boris-Jelzin-Phase von 1991-1999, wo sich die Reform und die politische Umgestaltung vollzogen hatten und die Einleitung der zweiten Phase durch die Machtübernahme 1999/2000 durch Wladimir Putin, sowie die Einleitung der Konsolidierung des Regimes.¹⁰¹ Putin, ein ehemaliger KGM-Offizier aus einfachen Verhältnissen, hatte bei seiner Amtsübernahme im Jahr 2000 weder eine autoritäre Macht in der russischen Regierungswelt noch hatte er Freunde oder Verbündete unter den Oligarchen. Im Jahr 2004 gewann er zum zweiten Mal die Präsidentschaftswahlen, diesmal mit 71 Prozent der Stimmen. Erst ab diesem Zeitpunkt begann der sukzessive Abbau des Machtsystems Jelzins.¹⁰² Putin regierte als Präsident weitere vier Jahre bis er von Dimitri Medwedew abgelöst wurde. Nach der Amtseinführung Medwedews wurde Putin mit 87,1 Prozent von den Abgeordneten der Staatsduma zum Ministerpräsidenten gewählt.¹⁰³

Medwedew und Putin studierten an der Sankt Petersburger Staatsuniversität und lernten einander 1990 dort kennen. Zu dieser Zeit studierte Medwedew Rechtswissenschaften. Beide wurden enge Freunde und Putin machte Medwedew zu seinem persönlichen Berater im Außenwirtschaftskomitee der Stadtregierung von Sankt Petersburg. Sein erstes politisches Amt durfte Medwedew 1999 an Seite Putins als Premierminister bestreiten, bevor er später das Präsidentenamt übernahm.¹⁰⁴ Zu der Zeit als Medwedew zum Präsidenten gewählt wurde und Putin an seiner Seite Premierminister war, war fraglich, wer von den beiden tatsächlich das Land reagierte. Formell wurde Russland von Medwedew reagiert aber in Wirklichkeit lenkte Putin die Geschehnisse und Handlungen des Landes. Medwedew war für Putin nur ein Platzhalter, denn er durfte sich nicht gemäß der Verfassung zweimal Mal hintereinander für das Präsidentenamt zur Wahl stellen. Es sorgte beim russischen Volk für Irritation, als Putin eine Verfassungsänderung zur Verlänge-

¹⁰¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung. Russland in der Ära Jelzin. 1992-1999. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47924/russland-in-der-aea-jelzin-1992-1999>, [Zugriff: 23.06.2014].

¹⁰² Vgl. Biografie Wladimir W. Putin. Verfügbar unter: <http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/PutinWladimirW/>, [Zugriff: 25.06.2014].

¹⁰³ Vgl. ebd.

¹⁰⁴ Vgl. Rahr, Alexander (2011): Der Kalte Freund. Welchen Deal schlossen Putin und Medwedew? S. 71.

rung der präsidentialen Amtsperiode von vier auf sechs Jahre vollzog. Obwohl Putin als auch Medwedew ein präsidentiales- und nicht parlamentarisches Regierungssystem bevorzugten, unterschied sich die Politik der beiden in ihrer Idee beträchtlich.

Medwedew war liberal gesinnt und konzentrierte sich eher darauf, die Rechtsstaatlichkeit auszubauen und zu modernisieren. Er kritisierte sogar öffentlich das von Putin geschaffene System der ‚*gelenkten Demokratie*‘.¹⁰⁵ Putin scheute sich nicht auf Medwedews untergeordnete Rolle hinzuweisen und ihn auch öffentlich zu kritisieren. Putin sah sich als Nummer Eins und übte auch dementsprechend seine Macht aus. Medwedew hatte zwar offiziell als Präsident das Sagen, doch durfte er zum Beispiel nie ohne Rücksprache mit Putin Gesetze erlassen. Ihm waren die Hände gebunden, denn letztendlich hatte Putin das Sagen und die Entscheidungsgewalt. Putin wurde 2012 zum dritten Mal als Präsident der Russischen Föderation gewählt. Nach der bereits erwähnten Amtsverlängerung wird Putin bis 2018 Präsident bleiben.¹⁰⁶ Wohin sich die Zukunft Russlands entwickeln könnte, versucht der deutsche Osteuropa-Historiker und Kreml-Freund Alexander Rahr durch fünf Möglichkeiten darzustellen.

1. Russland bleibt ein postsowjetscher Raum, welcher zwischen Demokratie und autoritärer Herrschaft pendelt und das, mit einem schwachen Einfluss auf die früheren sowjetischen Teilstaaten;¹⁰⁷
2. Staaten wie die Ukraine, Weißrussland oder Moldawien werden Teil des Westens; Zentralasien fällt unter die Kontrolle Chinas; das restliche Russland beliefert weiterhin die Europäische Union mit Rohstoffen und Energie;
3. Als Energiegroßmacht kommt Russland teilweise zur alten Stärke der Sowjetunion zurück und übt wirtschaftliche Macht auf ehemalige Teilrepubliken aus;
4. Russland wird rein demokratisch, tritt der NATO und der Europäischen Union bei;
5. Oder als fünfte Möglichkeit: das Russische Imperium zerfällt in 20 Teilstaaten.¹⁰⁸

¹⁰⁵ Vgl. ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Kunze, Thomas / Bohnet, Henri (2006): Wladimir Putin – Dritte Amtszeit möglich. Verfügbar unter: <http://www.kas.de/ru-moskau/de/publications/9342/>, [Zugriff: 25.06.2014].

¹⁰⁷ Vgl. Rahr, Alexander (2011): Der Kalte Freund. Wird Russland wieder ein Imperium? S. 221f.

¹⁰⁸ Vgl. ebd.

Die höchste Wahrscheinlichkeit für die Realisierung hat vermutlich Szenario eins. Diese Feststellung ist auch am naheliegenden einzutreten, weil die ehemaligen Ostblockländer eher europäische Werte anstreben und sich den Großmachtbestrebungen Russlands eher abneigend verhalten. Szenario zwei ist eher für die nahe Zukunft unwahrscheinlich, da sich diese Länder noch immer relativ stark unter russischer Vormundschaft befinden und es mit großen Anstrengungen verbunden wäre, sich zu verselbstständigen und zu emanzipieren. Durch die derzeitigen Bestrebungen Russlands zu einer Etablierung der Eurasischen Union, könnte Russland dem Szenario drei etwas näher kommen. Bei den letzten beiden Szenarien hätten die Großmachtbestrebungen der russischen Führung komplett versagt und sind aus heutiger Sicht völlig unrealistisch.

4.3.1 Der Sonderfall: Ukraine

Die Orangene Revolution von 2004 in der Ukraine ist mit den Protesten am Maidan-Platz in Kiew Anfang 2014 nicht vergleichbar. Die Proteste im Jahr 2004 hingen mit den Präsidentschaftswahlen der beiden Kontrahenten Janukowytsch und Juschtschenko zusammen. Der Hauptgrund der Ausschreitungen am Beginn des Jahres 2014 ist das vom ukrainischen Ex-Präsidenten Wiktor Janukowytsch ausgehandelte, aber nicht unterzeichnete, Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Die Menschen in Ukraine kämpfen heute für eine bessere Zukunft ihres Landes.¹⁰⁹ Die Ukraine gilt für Russland als Schlüsselstaat. Sie ist immer noch von Russlands Öl- und Gasimporten abhängig. Nicht nur ihre Sprache sondern auch ihre Kultur und ihre Mentalität sind ähnlich. Die Europäische Union hält der Ukraine noch immer die Tür offen, doch Putin will nicht zulassen, dass die Ukraine sich in Richtung Europa bewegt, sich modernisiert und sich womöglich von alten Mustern löst.¹¹⁰ Das hätte für den russischen Einfluss auf die Ukraine erhebliche negative Folgen.

¹⁰⁹ Vgl. Gnauck, Gerhard. Die Welt (2010): Führt die Wahl zur neuen „oranen Revolution“? Verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article6278715/Fuehrt-die-Wahl-zur-neuen-orangen-Revolution.html>, [Zugriff: 25.06.2014].

¹¹⁰ Vgl. Komorowski, Bronislaw (2014): Frankfurter Allgemeine. Politik. „EU muss die Tür für die Ukraine offen halten“. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/bronislaw-komorowski-im-gespraech-eu-muss-die-tuer-fuer-die-ukraine-offen-halten-12686013.html>, [Zugriff: 18.07.2014].

Im Juni 2013 wurde in der Ukraine eine Umfrage der Bevölkerung gestartet, wie pro-europäisch sich die Bevölkerung sieht. Bezugnehmend auf diese Umfrage fühlen sich 55 Prozent der Menschen in der Ukraine Europa nicht zugehörig. Jedoch 34 Prozent, besonders junge Menschen und Studenten, sind der EU nicht abgeneigt, da sie für die Ukraine durch die EU viele Möglichkeiten sehen, ihr Land zu modernisieren.¹¹¹ Zudem wurde im November 2012 das Ukrainische Referendumsgesetz rechtswirksam, wodurch das Volk zu mehr Demokratie gelangen sollte:

„Das allukrainische Referendum ist eine Form der unmittelbaren Demokratie in der Ukraine, eine Art der Machtausübung unmittelbar durch das ukrainische Volk, sie besteht in der Annahme (Bestätigung) von Entscheidungen in Fragen von gesamtstaatlicher Bedeutung durch die Bürger der Ukraine.“¹¹²

4.3.1.1 Der UN-Sicherheitsrat und die Ukraine

Am 16. März 2014 kam es auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim zu einem Referendum, wo die meisten Bürger für den Anschluss an Russland gestimmt haben. Doch das geführte Referendum ist nach mehrfacher Auffassung umstritten, da das Referendum unter Kontrolle von prorussischen Milizen war.¹¹³ Aufgrund der darauf folgenden Intervention des russischen Militärs auf der Krim wird diese vom Westen als völkerrechtswidriges Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine angesehen, da sich laut der UN-Charta

¹¹¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Ukraine-Analyse. Chronik: Vom 25. Juni bis 24. September 2013. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/169635/chronik-vom-25-juni-bis-24-september-2013>, [Zugriff: 01.07.2014].

¹¹² Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Analyse: Demokratie durch Referendum? Das neue Referendumsgesetz der Ukraine. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/170306/analyse-demokratie-durch-referendum-das-neue-referendumsgesetz-der-ukraine>, [Zugriff: 01.07.2014].

¹¹³ Vgl. Rothenberg, Christian, n-tv. Heute noch Ukraine, morgen Russland. Acht Fakten zum heiklen Krim-Referendum. Verfügbar unter: <http://www.n-tv.de/politik/Acht-Fakten-zum-heiklen-Krim-Referendum-article12464341.html>, [Zugriff: 30.07.2014].

alle Staaten verpflichtet haben, die territoriale Integrität andere zu achten und sich nicht in die Belangen anderer Staaten einzumischen.¹¹⁴

Von 15 Mitgliedern des UN Sicherheitsrates haben sich 13 gegen dieses Referendum ausgesprochen, wobei sich China der Stimme enthielt und Russland ein Veto eingelegte. Es hat sich somit für das Referendum ausgesprochen. „*The resolution would have reaffirmed Ukraine's "sovereignty, independence, unity and territorial integrity"*”¹¹⁵. Es war aber auch eindeutig, dass Russland sich gegen die Resolution stemmte, weil:

„*Moscow would respect the decision of the Crimeans but could not accept the basic assumption of the draft resolution which aimed 'to declare illegal the planned March 16 referendum where residents of the Republic of Crimea should decide on their future'*”.¹¹⁶

Die ständigen Vertreter der Vereinten Staaten von Amerika erklärten auch, dass fast alle Mitglieder angestrebt sind, eine friedliche Lösung gemeinsam zu finden. Jedoch: „*Russia has the power to veto a Security Council resolution, 'but it does not have the power to veto the truth'*”.¹¹⁷ In dem Zusammenhang ist es auch erwähnenswert, dass das Vetorecht eingeführt wurde, um die Interessen der Großmächte nicht durch Entscheidungen der Vereinten Nationen zu beschädigen.¹¹⁸ Glaubt man den internationalen Medienberichterstattungen, hat Moskau im UN-Sicherheitsrat überraschend einen Plan für ein Ende der Gewalt für die Ostukraine im UN-Sicherheitsrat präsentiert. In dem Papier wird neben einer stabilen und verlässlichen Waffenruhe auch die Schaffung von humanitären Korridoren verlangt, die es den Zivilisten ermöglicht, die Kampfgebiete zu verlassen.¹¹⁹ Doch die Anregung wird nicht von allen Staaten positiv aufgefasst, besonders nicht von den Vereinten Staaten von Amerika.

¹¹⁴ Vgl. ebd.

¹¹⁵ UN News Centre. UN Security Council action on Crimea referendum blocked. Security Council meeting on the situation in Ukraine. Verfügbar unter: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=47362#.U6S3XCgQPzg>, [Zugriff: 20.06.2014].

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Vgl. ebd.

¹¹⁹ Vgl. Ogirenko, Valentyn. Zeit Online. Poitik (2014): Russland legt Entwurf zur Waffenruhe vor. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/2014-06/Russland-Ukraine-Resolution>, [Zugriff: 20.06.2014].

„Es sei heuchlerisch, wenn Russland eine Waffenruhe und Hilfe für Zivilisten in der Ostukraine fordere, jedoch zugleich nichts tue, um Separatisten an Attacken und Geiselnahmen internationaler Beobacherteams zu hindern“¹²⁰

Es wird vermutet, dass Russland mit dieser Initiative vordergründig auf Deeskalation und Frieden aus ist, aber im Hintergrund durch die Weiterführung der Krise für ihren politischen Vorteil nützen möchte. Weder Russland noch Ukraine sind Mitglieder der Europäischen Union oder der NATO, doch beide Staaten sind im UN Sicherheitsrat vertreten, in dem Russland von seinem Vetorecht im Fall der Ukraine-Resolution Gebrauch gemacht hat.

4.3.1.1 Die OSZE und die Ukraine

Seit Mai 2014 sind in der Ostukraine OSZE Mitarbeiter verschleppt worden. Sie werden gefangen gehalten, um auf die übrigen OSZE Beobachter, die noch vor Ort sind und für die Sicherheit sorgen sollen, Druck auszuüben. Immer wieder kommt es in den ostukrainischen Gebieten zu Unruhen mit Waffengewalt. Pro-russische Separatisten hingegen werfen den ukrainischen Soldaten vor, dass sich diese nicht an Waffenstillstandsvereinbarungen halten. Der russische Präsident Putin hat neben der einseitigen Ausrufung der Waffenruhe von der ukrainischen Regierung einen 15-Punkte-Friedensplan für den Osten des Landes vorgelegt und fordert unter anderem, sich mit den pro-russischen Separatisten auf einen politischen Dialog zu einigen.¹²¹

Der 15-Punkte Friedensplan sollte zu der Verbesserung der Situation in Ukraine beitragen und beinhaltet in den vorgelegten 15 Punkten unter anderem die Maßnahme für Einhaltung der Sicherheit aller Teilnehmer, Freilassung von Gefangenen und auch Entwaffnung auf beiden Seiten.¹²²

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Vgl. Druzhinin, Alexei. Zeit online (2014): Putin befürwortet den Friedensplan unter Bedingungen. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/2014-06/ukraine-putin-friedensplan-poroschenko>, [Zugriff: 23.06.2014]

¹²² Vgl. Wirtschaftsblatt. Friedensplan für Ukraine die 15 Punkte: Verfügbar unter: http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa_ee/3829148/Friedensplan-fur-die-Ukraine-Die-15-Punkte, [Zugriff: 30.06.2014].

4.4 DIE G7, G8 BEZIEHUNGSWEISE DIE G20 STAATEN

Die erste Gipfelkonferenz der 6 stärksten Industriestaaten fand in Frankreich im Jahr 1975 statt, und ein Jahr später konnte Kanada zu G7 dazugezählt werden.¹²³

Die G7 ist eine selbst erschaffene Gruppe der Regierungen von Industriestaaten, wobei im Zentrum des Treffens das "*Global Governance*"¹²⁴ steht.

Auf den Gipfeltreffen werden wichtige Entscheidungen von globalen, politischen und ökonomischen Angelegenheiten besprochen und ausgehandelt. Nach dem Ende des Kalten Krieges waren Länder wirtschaftlich und sicherheitspolitisch sehr voneinander abhängig, sodass die Zusammenarbeit der G7 Staaten immer immanenter wurde. Themen wie Menschenrechte, Sicherheit und Demokratie spielten eine bedeutende Rolle auf den jährlichen Gipfeln. In den 90er Jahre bemühten sich die G7 Staaten aber auch, verstärkt mit Themen wie Beschäftigung, Geldwäsche, Weltarmut und Terrorismus zu befassen.¹²⁵

Die Dekade der 1990er Jahre teilt sich in drei Phasen ein:

- 1. Phase: 1989 – 1993, globale Interdependenz unter den Staaten;
- 2. Phase: 1994 – 1997, Kooperation mit den internationalen Organisationen (IWF, OECD, UN oder Weltbank) nach Beendigung des Ost-West-Konflikts;
- 3. Phase: 1998-2002, Ausbau der Weltwirtschaftsgipfel;¹²⁶

¹²³ Vgl. Kommission. (2001) Memo/01/265: G7 / G8 in Genua: Verfügbar unter: europa.eu/rapid/press-release_MEMO-01-265_de.pdf, [Zugriff 31.08.2014].

¹²⁴ Vgl. Rosenau (1995): S. 17, zit. nach Gstöhl, Sieglinde (Hrsg.) (2003): S. 11. Rosenau konzipiert Global Governance empirisch-analytisch als Kontroll- oder Steuerungsmechanismen, die entweder von Staaten geschaffen werden oder in einem evolutionären bottom-up-Prozess der Selbstorganisation entstehen. Solche Governance-Strukturen umfassen beispielsweise NGOs, soziale Bewegungen, transnationale Konzerne, internationale Organisationen, problemspezifische Regime, transnationale kriminelle Vereinigungen, Städte und Regionen sowie grenzüberschreitende Netzwerke. In diesem Sinne ist auch die G7/G8 ein Global Governance-Mechanismus.

¹²⁵ Vgl. Gstöhl, Sieglinde (Hrsg.) (2003): Global Governance und die G8. Gipfelimpulse für Weltwirtschaft und Weltpolitik S. 45.

¹²⁶ Vgl. ebd.

Der Umgang mit Russland und die Frage der Erweiterung der NATO war ein wiederholendes Thema bei den G7-Gipfeln. Im Jahr 1994 wurde eine gemeinsame Erklärung der G7 mit Russland veröffentlicht, nachdem drei Jahre lang hintereinander die Gastgeber der Gipfel eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem russischen Präsidenten abhielten, sodass auch Russland 1997 als Mitglied angeschlossen und als achtes Mitglied integriert wurde.¹²⁷ Somit gehören ab 1997 zu den G8 die Staaten Frankreich, Großbritannien, Russland, Deutschland, Italien, USA, Kanada und Japan. Die Europäische Kommission hat dabei eine Beobachterposition.¹²⁸

Obwohl China seit dem Jahr 2007 zur drittgrößten Volkswirtschaft hinter den USA und Japan gehört, ist es dennoch kein Mitglied des G8 Gipfels, weil es noch zu den Schwellenländern zählt. Wie bereits erwähnt, treffen sich die G8 jährlich zu einer Konferenz bzw. zum Meinungsaustausch, um über globale Fragen des internationalen Terrorismus, über Ungerechtigkeit bzw. Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie, Energiesicherheit, Klimawandel sowie die Senkung der weltweit festgesetzten Emissionen zu diskutieren. Ein weiteres beliebtes Thema, welches auf den jährlichen Gipfeltreffen unter den Staats- und Regierungschefs besprochen wird, ist die Frage der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik.

In der Agenda 2007 wurde auch über globale Ungleichgewichtsfragen wie die Kluft zwischen Arm und Reich diskutiert. Diese Frage ist heute aktueller denn je.¹²⁹ Vergleicht man Einkommen und Besitz zwischen den armen und reichen Menschen der Welt, so sieht man, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch größer und bedeutender geworden ist.

„Gemäß ‚World Wealth Report‘ von Merrill Lynch und Capgemini gab es 2005 weltweit 8,7 Mio. Personen, die über mehr als eine Mio.

¹²⁷ Vgl. ebd. S. 47.

¹²⁸ Vgl. Gstöhl, Sieglinde (Hrsg.) (2003): Global Governance und die G8. Gipfelimpulse für Weltwirtschaft und Weltpolitik. S. 14f.

¹²⁹ Vgl. Altvater, Elmar (2007): Der Abbau globaler Ungleichheit findet nicht statt. Arm und Reichtum in der Welt. S. 12. In: Melber, Henning / Wilß, Cornelia (Hrsg.): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird.

*US-Dollar an liquiden Finanzvermögen (ohne Berücksichtigung von Immobilienbesitz) verfügten“.*¹³⁰

Z.B. werden in Europa knapp 2,6 Mio. – in den USA 2,7 Mio. - Dollarmillionäre gezählt, wobei die zehn reichsten Personen auf der Welt ein Vermögen haben, welches so groß ist, wie das der 37 Millionen Tansanier zusammen.¹³¹ Es ist zwar in den letzten Jahren zu mehr Wohlstand in vielen verschiedenen Ländern gekommen, aber die Ungleichheit und die Armut haben sich auch beträchtlich vergrößert. Armut hemmt Entwicklung. Sind Menschen arm, können sie nicht sparen und somit auch keine Investitionen tätigen.¹³² Der Wissenschaftler Roy Harrod meint, dass es sich beim westlichen Wohlstandsmodell um ein oligarchisches Gut handelt, zudem nur bestimmte Menschen in der Gesellschaft Zugang haben.¹³³

Doch der deutsche Politikwissenschaftler Franz Nuscheler ist der Meinung, dass der Club der G8 ein Auslaufmodell ist.¹³⁴

„Die G8 wird in erster Linie als der maßgebliche Akteur in neoliberal geprägten ‚Global Governance‘¹³⁵, die öffentliche Institutionen, zivil-

¹³⁰ Ebd. S. 13.

¹³¹ Vgl. ebd.

¹³² Vgl. ebd. S. 16.

¹³³ Vgl. ebd. S. 17.

¹³⁴ Vgl. ebd. Nuschler, Franz (2007): Club-Governance durch G7/G8 – Warum die Club-Hegemonie der G8 ein Auslaufmodell ist. S. 58. In : In: Melber, Henning / Wilß Cornelia (Hrsg.): G8 Macht Politik.

¹³⁵ Der Fachausdruck ‚Global Governance‘ geht zurück auf eine Initiative von Willy Brand 1990 und heißt Regierbarkeit der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges und bedeutet mehr als Vertretung der Eigeninteresse: *„Ordnungspolitik (...) die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehene werden.“* Vgl. Gsthöhl, Siegelinde (Hrsg.) (2003): Global Governance und die G8. Gipfelimpulse für Weltwirtschaft und Weltpolitik. S. 12.

gesellschaftliche Organisationen und ökonomische Akteure einschließt, wahrgenommen.“¹³⁶

1999 wurde eine Initiative gestartet, zu den G7 weitere 13 Länder, die sogenannten Schwellenländer, mit einzubeziehen. Die G20 ist seit 1999 ein informeller Zusammenschluss der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie der Europäischen Union. Sie *„repräsentieren rund 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP), 80 Prozent des Welthandels und rund zwei Drittel der Weltbevölkerung.“*¹³⁷

Aufgrund der neuerlichen Ukraine-Krise und der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 kam es zum Ausschluss Russlands vom Club der G8.¹³⁸ Daher spricht man heute wieder vom Gipfel der G7 Staaten.

5 WIRTSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN

5.1 DIE EUROPÄISCHE UNION UND DER BINNENMARKT

Im Jahr 2012 feierte der ‚Europäische Binnenmarkt‘ sein 20-jähriges Jubiläum. Dieser hat sowohl Europa als auch die Europäische Union beträchtlich verändert und ist zu einer der wichtigsten Säulen beziehungsweise Errungenschaften seit der Gründung der Europäischen Union geworden. Als Europäer kann man sich heute innerhalb der Binnengrenzen frei bewegen, arbeiten, reisen, leben und studieren. Zum Binnenmarkt des gemeinsamen Wirtschaftsraums innerhalb der EU Grenzen zählen die sogenannten ‚vier Freiheiten‘, der freie Warenverkehr, die Personenfreizügigkeit, die Dienstleistungsfreiheit und der freie Kapital- und Zahlungsverkehr.

¹³⁶ Melber, Henning / Wilß, Cornelia (2007): Vorwort. S. 7. In: Melber, Henning / Wilß, Cornelia (Hrsg.): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird.

¹³⁷ Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gruppe der 20 (G20). Verfügbar unter: <http://www.bmz.de/de/service/glossar/G/g20.html>, [Zugriff: 12.07.2014].

¹³⁸ Vgl. Deutsche Welle (2014): Merkel verteidigt Ausschluss Russlands aus G8. Verfügbar unter: <http://www.dw.de/merkel-verteidigt-ausschluss-russlands-aus-g8/a-17681649> [Zugriff: 12.07.2014].

Die Warenverkehrsfreiheit:

Der Binnenmarkt gewährleistet einen freien Warenaustausch über die Grenzen der einzelnen Mitgliedsstaaten hinaus. Die Erzeugnisse, die in einem Land rechtmäßig produziert werden, können in allen anderen Staaten, die zum Binnenmarkt dazugehören, auch dann frei vermarktet werden, wenn in dem Land andere Vorschriften gelten.¹³⁹

Die Personenverkehrsfreiheit:

1993 mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Unionsbürgerschaft eingeführt, die jedem EU Bürger das Recht gewährt, sich in allen EU Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.¹⁴⁰

Die Dienstleistungsfreiheit:

Selbstständige, Kaufleute und Unternehmer dürfen im ganzen Binnenmarkt der Europäischen Union grenzüberschreitend Dienstleistungen erzielen, ohne in den anderen Mitgliedsstaaten Zweigstellen oder Niederlassungen gründen zu müssen.¹⁴¹

Die Kapitalverkehrsfreiheit:

Die vierte Freiheit ermöglicht allen natürlichen und juristischen Personen, die ihren Wohnsitz in der Europäischen Union haben, jegliche Art von Investitionen zu tätigen. Auch ermöglicht sie den Kauf von Grund und Boden in einem anderen europäischen Land.¹⁴²

In der EU ist jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV¹⁴³ verboten.¹⁴⁴ Das heißt, dass ausländische Güter innerhalb des Binnenmarktes nicht schlechter gestellt werden dürfen als inländische Produkte. Wird jedoch Ware aus

¹³⁹ Vgl. Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Lichtenstein. (2012): 20 Jahre EU-Binnenmarkt: eine Erfolgsgeschichte. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/switzerland/press_corner/focus/focus_items/20121015_de.htm, [Zugriff: 02.07.2014].

¹⁴⁰ Vgl. ebd.

¹⁴¹ Vgl. ebd.

¹⁴² Vgl. ebd.

¹⁴³ AUEV = Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, siehe: Verfügbar unter: <http://www.aev.de/> [Zugriff: 03.07.2014].

¹⁴⁴ Vgl. Grupp, Claus D. (2012): „aktion europa“, Binnenmarkt, Das Diskriminierungsverbot. Verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_05/start.html, [Zugriff: 03.07.2014].

einem Drittstaat importiert, wird ein einheitlicher gemeinsamer Außenzoll erhoben. Es ist jedoch eine gemeinsame politische Entscheidung, auf wieviel Prozent dieser festzulegen ist.¹⁴⁵ Im Gegensatz zu Freihandelszone ist die Zollunion eine höhere Form der Wirtschaftsintegration. In Europa profitieren davon mehr als eine halbe Milliarde Menschen.

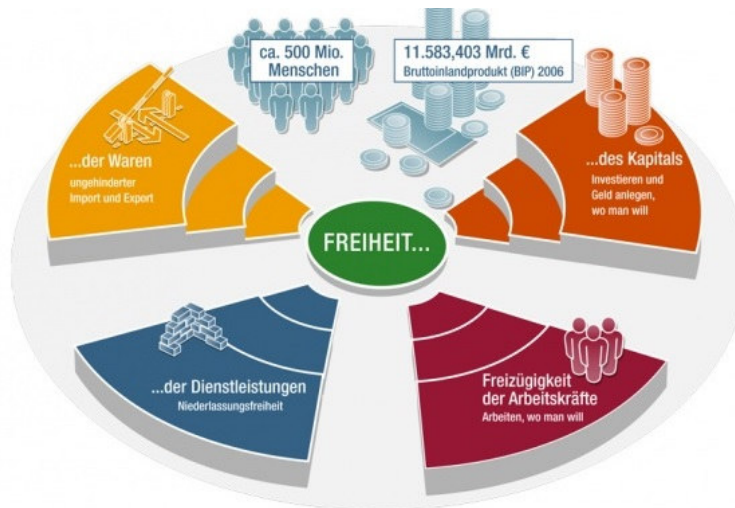


Abbildung 2: Der europäische Binnenmarkt¹⁴⁶

Erst mit dem Vertrag von Luxemburg – die Einheitliche Europäische Akte 1986 wurde die Grundlage für einen Raum ohne Grenzen innerhalb der EU/EG geschaffen. Zwischen 1986 und 1992 wurden Vorschriften und rechtliche Rahmen geschaffen und optimiert. Erst mit dem Vertrag von Maastricht vom 01. Januar 1993 fielen schließlich die internen Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten.¹⁴⁷ Mit diesem Vertrag kamen diverse Neuerungen hinzu. Einerseits wurde die Unionsbürgerschaft eingeführt, andererseits bekam das Europäische Parlament mehr Kompetenz. Auch die Nominierung der Kommissionsmitglieder konnte bis dahin nur wirksam werden, wenn das Europäische Parlament sie bejaht hatte.¹⁴⁸ Der Binnenmarkt hat nicht nur beträchtlich zur Wohl-

¹⁴⁵ Vgl. ebd.

¹⁴⁶ Quelle: Abbildung 2: Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Der Europäische Binnenmarkt und seine vier Freiheiten. Verfügbar unter: http://www.bpb.de/themen/ZHSXH9.0.0.Der_Europ%EAische_Binnenmarkt.html, [Zugriff: 07.07.2014].

¹⁴⁷ Vgl. Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Lichtenstein. (2012): 20 Jahre EU-Binnenmarkt: eine Erfolgsgeschichte. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/switzerland/press_corner/focus/focus_items/20121015_de.htm, [Zugriff: 02.07.2014].

¹⁴⁸ Vgl. ebd.

standssteigerung innerhalb der Europäischen Staaten beigetragen, sondern auch der zwischenstaatliche Handel hat sich seit 1992 mehr als verdreifacht.¹⁴⁹ Geschätzt wird, dass in der EU durch den Binnenmarkt ein Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent erzielt werden konnte. Auch 2,8 Millionen neuer Arbeitsplätze sind seit der Errichtung des Europäischen Binnenmarktes geschaffen worden.¹⁵⁰ Seit der Schengen-Vertrag¹⁵¹ 1985 bzw. 1990 in Kraft getreten ist, ist es Personen möglich, die Binnengrenzen ohne Personenkontrolle zu überqueren. Nachdem die Grenzkontrollen innerhalb der EU aufgehoben wurden, ist es viel schwieriger geworden, zum Beispiel illegale Einwanderung und Schmuggel zu kontrollieren. Auch nach 22 Jahren ist das ‚Projekt Binnenmarkt‘ nicht vollendet, denn es gibt immer noch unbegrenzte Möglichkeiten, Europa im Bereich der Dienstleistungen, Innovation und Wirtschaft noch wettbewerbsfähiger zu machen.¹⁵²

5.2 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN RUSSLAND

Die russischen industriellen Zentren befinden sich vor allem im Westen und Süden. Aber auch im Osten ist der Rohstoff Steinkohle weit verbreitet zu finden. Auch andere wertvolle Energieressourcen wie Gas, Erdöl, Kohle, Stahl und Uran liefert Russland in benachbarte Länder bzw. Staaten. Bis ins Jahr 2000 wurde Russland für restliche Welt nicht als attraktiver Handels- und Investitionspartner wahrgenommen. Nach dem Fall der Sowjetunion ist das BIP in Russland in der Ära Jelzin fortschreitend bergab gegangen. Gründe für den anfänglich starken Rückgang des BIP waren einerseits die Nichtnutzung von Produktionskapazitäten und den daraus folgenden starken Importen und

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

¹⁵⁰ Vgl. ebd.

¹⁵¹ Anm. d. Autorin: Schengen-Vertrag „In der kleinen Stadt Schengen in Luxemburg wurden 1985 und 1990 Abkommen unterzeichnet, die den freien Personenverkehr und den Abbau von Grenzkontrollen im europäischen Binnenmarkt zum Ziel haben.“ Siehe auch: Das Schengener Abkommen. Verfügbar unter: <http://www.zukunfteuropa.at/site/5880/default.aspx>, [Zugriff: 02.07.2014].

¹⁵² Vgl. Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Lichtenstein. (2012): 20 Jahre EU-Binnenmarkt: eine Erfolgsgeschichte. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/switzerland/press_corner/focus/focus_items/20121015_de.htm, [Zugriff: 02.07.2014].

andererseits die rückständige Infrastruktur sowie fehlende Investitionen.¹⁵³ Wie Abbildung 3 zeigt, ist das BIP nach der Jahrtausendwende erstmals wieder gestiegen. In der Ära Medwedew im Jahr 2008 erreichte das BIP verglichen mit dem Jahr 1990 hundert-zehn Prozent.

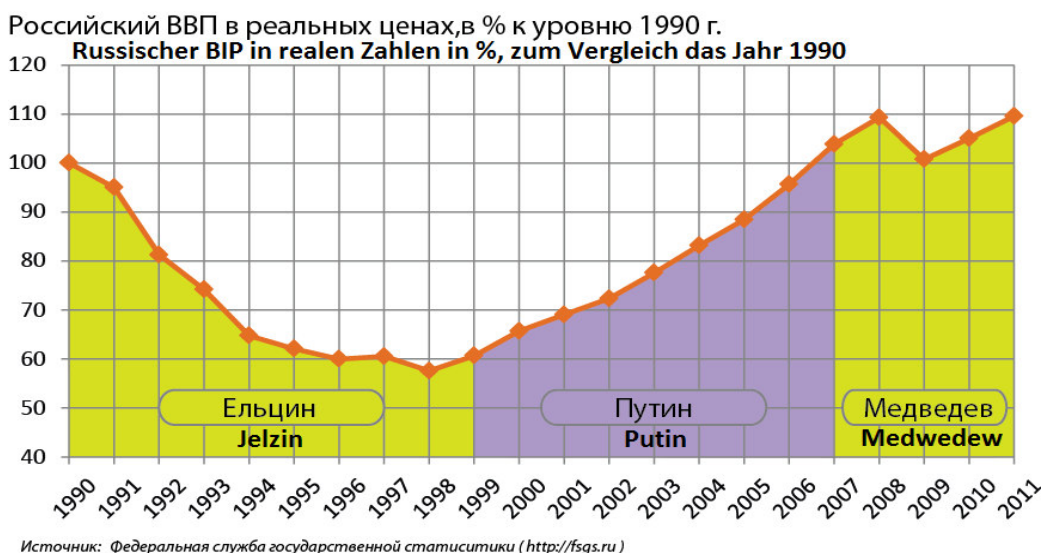


Abbildung 3: Russischer BIP in realen Zahlen in %, zum Vergl. das Jahr 1990¹⁵⁴

Das russische Handelsvolumen im Außenhandel erzielte im Jahr 2004 ein Überschuss an Produktion und lag bei 278 Milliarden USD, wobei die Exporte bei 183,2 Milliarden USD und die Importe 94,8 Milliarden USD betrugen. Somit lag der Handelsüberschuss bei 88,4 Milliarden USD.¹⁵⁵ Laut der aktuellen Handelsbilanzstatistik betrug im Jahr 2013 der Handelsbilanzüberschuss in Russland rund 179 Milliarden US-Dollar.¹⁵⁶

Im Jahr 2003 war die EU der wichtigste Handelspartner für die Russische Föderation. Mehr als die Hälfte der russischen Exporte wurden in die EU geliefert. Etwa 45,5 Pro-

¹⁵³ Vgl. Mangott, Gerhard (2005): Russlands Rückkehr, Außenpolitik unter Vladimir Putin. ökonomische Dimension. S. 23

¹⁵⁴ Quelle: Abbildung 3: Russischer BIP in realen Zahlen in %, zum Vergl. das Jahr 1990. Hatte Putin wirklich Glück mit hohen Ölpreisen? Verfügbar unter: <http://www.seewald.ru/hatte-putin-wirklich-nur-glueck-mit-hohen-oelpreisen/>, [Zugriff: 25.06.2014].

¹⁵⁵ Vgl. Mangott, Gerhard (2005): Russlands Rückkehr, Außenpolitik unter Vladimir Putin. ökonomische Dimension. S. 27

¹⁵⁶ Vgl. Statista. Das Statistik-Portal. Russland: Handelsbilanzsaldo von 2003 bis 2013 (in Milliarden US-Dollar). Verfügbar unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15645/umfrage/handelsbilanz-von-russland/>, [Zugriff: 30.07.2014].

zent der russischen Importe wurden aus den EU-Mitgliedsstaaten eingeführt.¹⁵⁷ Dennoch benötigt Russland auch heute noch Modernisierung im Telekommunikations- und Transportsektor. Das Verhältnis von Energieaufwand zur BIP-Leistungskraft war im Jahr 2004 zwei Mal höher als im internationalen Vergleich und lag bei 300 Prozent über dem EU-Wert.¹⁵⁸ Um Modernisierungshilfe zu erreichen, braucht Russland Direktinvestitionen aus anderen Ländern, denn diese fallen noch immer sehr gering in Russland aus.¹⁵⁹ Das heißt, dass sich dieser Überschuss in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt hat. Um als Großmacht wieder wahrgenommen zu werden, versucht Russland seine Energiepolitik global als ‚Waffe‘ einzusetzen. Heute strebt Russland nach anfänglichen Privatisierungen in den 1990er Jahren wieder an, seine Energiekonzerne unter staatliche Kontrolle zu bringen. Wegen politischer Diskrepanzen versuchen westliche Staaten zum Beispiel durch den Ausbau erneuerbarer Energie, unabhängiger von russischen Energielieferungen zu werden. Besonders wichtig ist Russland, die Erneuerung der veralteten zum Teil aus Sowjetzeit stammenden Pipelines, Rohre und Infrastruktur. Auch hat Russland das Bestreben, den asiatischen Markt vorwiegend mit Gas und Öl zu beliefern. Jedoch fehlen bis heute die dafür notwendigen Gas- und Ölpipelines. Die wirtschaftlichen Veränderungen in Russland sind eng mit dem Umgang seines Öl- und Erdgasreichtums verbunden. Über diesen Reichtum an Öl- und Gasreserven sollen der russische Staat, keinesfalls aber private Konzerne und schon gar keine ausländischen Investoren verfügen. Denn diese Erdöl- und Erdgasexporte machen mehr als 50 Prozent der Export- und Steuereinnahmen Russlands aus. Diese Einnahmen sind von essentieller Bedeutung für die Stabilität des russischen Staates. Auf russischem Staatsgebiet sind die größten und bedeutendsten Ölreserven der Welt vorhanden.¹⁶⁰

„Heute ist die russische Ölproduktion mit ca. 9,7 mbd die zweitgrößte der Welt, die Reserven reichen bei gegenwärtiger Förderkapazität allerdings nur noch 22 Jahre.“¹⁶¹

¹⁵⁷ Vgl. Mangott, Gerhard (2005): Russlands Rückkehr, Außenpolitik unter Vladimir Putin. ökonomische Dimension. S. 27f.

¹⁵⁸ Vgl. ebd. S. 29.

¹⁵⁹ Vgl. ebd. 29.

¹⁶⁰ Vgl. Rippert, Sebastian (2009): Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000 – 2007: Reich an Gas und Öl – Die Aufgaben für eine russische Energiepolitik. S. 97.

¹⁶¹ Ebd. S. 98.

Ab der Jahrtausendwende bis 2006 konnte Russland seine Ölförderung um die Hälfte steigern.¹⁶² Der Großteil der Ölreserven ist im nördlichen Westsibirien zu finden. Davon entfallen ca. 20 Prozent auf den Kontinentalsockel, vierzehn Prozent befinden sich in Ostsibirien, der Rest im fernen Osten und in Nordeuropa.¹⁶³

Laut Putin braucht Russland weiterhin ein starkes Wirtschaftswachstum, um das 2003 von ihm festgelegte Ziel einer Verdoppelung des BIP innerhalb von 10 Jahren zu erreichen, neue Technologien anzuziehen, die Produktion von hochwertigen und wissensintensiven Waren und Dienstleistungen auszubauen, damit die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Staaten erreicht werden kann.¹⁶⁴ Wenn es am Markt um die Wettbewerbsfähigkeit für russische Investoren geht, ist es jedoch nicht immer einfach, sich an die europäischen Normen und Standards anzupassen, weil diese mit großen Schwierigkeiten verbunden sein können. Europäische Unternehmen, die in Russland investieren wollen, werden oft von rechtlichen und bürokratischen Hindernissen und von den hohen Zöllen abgeschreckt. Solche Hindernisse verringern auch die gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit.¹⁶⁵ Heute bemüht sich sowohl die EU als auch Russland solche Probleme gemeinsam zu lösen und Hindernisse, wie das Problem der langen Wartezeit an den Grenzen, zu verringern und dem entgegenzuwirken.¹⁶⁶ Die weit verbreitete und ausufernde Korruption auf privaten und öffentlichen Ebenen ist ein zusätzliches Problem in Russland, welches bekämpft werden muss, um wirtschaftliche Investitionen anzukurbeln. Eine weitere Abschreckung für ausländische Investoren aber auch für russische Unternehmer ist die große Einflussnahme des russischen Staatsapparates auf wirtschaftliche Geschäfte.¹⁶⁷

¹⁶² Vgl. ebd.

¹⁶³ Vgl. ebd. 99.

¹⁶⁴ Vgl. Die Europäische Union und Russland (2007): Ende Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 18.06.2014]. Seite 8 von 31.

¹⁶⁵ Vgl. ebd.

¹⁶⁶ Vgl. ebd.

¹⁶⁷ Vgl. Frank, Johan (2007): Die Beziehungen zwischen Russland und EU. Eine Bestandsanalyse. Verfügbar unter: http://www.bmlv.at/pdf_pool/publikationen/02_eu-ru_frank_2007.pdf, [Zugriff: 17.06.2014]. Seite 3 von 12.

5.2.1 Russisches Gas

Betrachtet man die Europäische Union geopolitisch, so liegt diese am optimalsten zu den erdgasexportierenden Ländern, die sie umgeben und profitiert maßgeblich davon. Russland ist noch immer für die Länder der Europäischen Union der größte Öl- und Gaslieferant. Im Jahr 2006 sind rund 24 Prozent des Erdgases und 27 Prozent des Erdölbedarfs der EU durch Importe aus Russland bezogen worden, wobei angesichts der abnehmenden europäischen Gasvorräte von einem Importanstieg auf bis zu 50 Prozent ausgegangen wird.¹⁶⁸ Im Jänner 2006 machte Russland der Ukraine deutlich, dass die energiepolitische Abhängigkeit von Moskau nicht zu vergessen ist. Dieser Umstand hat sich bis heute nicht geändert. Es ist zu vermerken, dass der Anteil Russlands an Erdgasmarkt innerhalb der EU von 2006 bis 2014 von rund 24 Prozent auf 33 Prozent gestiegen ist. Auch Anfang des Jahres 2014 drohte Russland der Ukraine erneuert den Gashahn abzdrehen und die Gaslieferungen zu stoppen, doch die Europäische Union hatte in der Gaskrise 2014 erklärt, der Ukraine zur Seite zu stehen. Der EU-Energiekommissar Günther Oettinger hatte der Kommission einen Vorschlag unterbreitet, der Ukraine eine sofortige Hilfszahlung in der Höhe von 500 Millionen Euro zu übermitteln.¹⁶⁹ Jedoch Russland war mit dem Vorschlag der Europäischen Union nicht einverstanden.

Der Transport des Rohstoffs Erdgas wird über Pipelines zum Kunden übertragen. Da dieser immer aufwendiger und anfälliger wird und über weite Strecken passiert, sollen Gaspipelines eine maximale Reichweite von 4.000 km nicht übersteigen.¹⁷⁰ Das Bauen der Pipelines ist sehr kostspielig und teuer. Wenn die Röhre gebaut sind, können diese nicht so einfach wie die Öltanks verlegt werden. Deshalb benötigt Russland dringend Investitionen vom Ausland, damit diese effizient modernisiert werden können. Neben dem Monopol der Gazprom über die Gaspipelines hält der russische Staat auch das Monopol der Ölpipelines, welches sich über 45.000 Kilometer von Osteuropa bis nach Asien erstreckt.¹⁷¹ Erwähnenswert ist auch, dass nicht nur die sowjetischen Staaten seiner-

¹⁶⁸ Vgl. ebd.

¹⁶⁹ Vgl. Europäischen Kommission (2014): EU führt mit Russland und Ukraine Gespräche zur Energiesicherheit. Verfügbar unter: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12439_de.htm, Guske, Claudia. [Zugriff: 18.06.2014].

¹⁷⁰ Vgl. Müller-Kraenner, Sacha (2007): Energiesicherheit. Alternative Erdgas. S. 23.

¹⁷¹ Vgl. ebd. Politik mit Pipelines. S. 76.

zeit von russischen Energieimporten abhängig waren, sondern auch heute noch die baltischen Staaten und ebenso auch Polen an den russischen Pipelines hängen. Die EU würde das Monopol von Gazprom als alleiniger Exporteur von russischem Gas aufbrechen, da sie russische Pipelines als Transitleitung für Gas aus Asien nützen möchte. Dies ist leider nicht möglich, da Russland die Energiecharta bis heute noch nicht unterzeichnet hat und somit das Transitprotokoll, welches ein Teil der Energiecharta ist, nicht wirksam ist.¹⁷² Viele russische Pipelines führen über die Nachbarländer Ukraine und Weißrussland in Richtung Westen. Andere Transitpipelines wiederum führen durch Ungarn zur Adria und unter dem Schwarzen Meer in die Türkei.¹⁷³ Um das Netzwerk der wichtigsten Gaspipelines zu veranschaulichen, lohnt sich ein Blick auf die ‚Ost-West-Gaspipeline‘ in der anschließenden Abbildung 4.

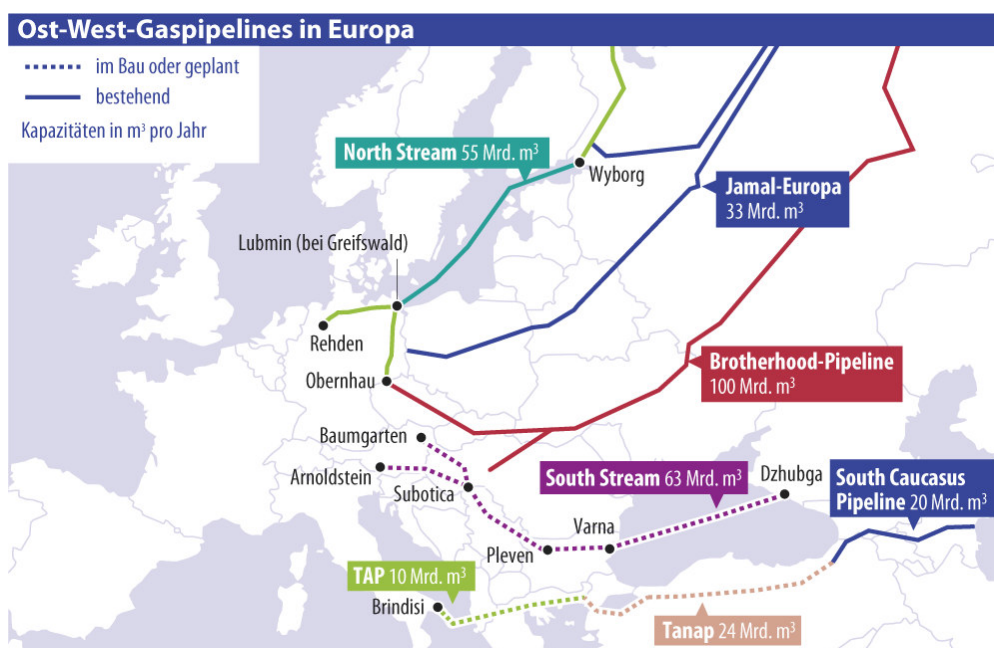


Abbildung 4: Ost-West-Gaspipelines in Europa¹⁷⁴

Dieses ‚Spinnennetz‘ wird von Gazprom kontrolliert. Schon seit 2011 besteht die ‚Nord-Stream-Pipeline‘, die sich über die Ostsee erstreckt und russisches Gas von der

¹⁷² Vgl. ebd. Europäische Energiecharta. S. 127.

¹⁷³ Vgl. ebd. Politik mit Pipelines. S. 78.

¹⁷⁴ Quelle: Abbildung 4: Gollmer, Martin (2013): Finanz und Wirtschaft. Zu wenig Gas für zu viele Pipelines? Verfügbar unter: <http://www.fuw.ch/article/zu-wenig-gas-fur-zu-viele-pipelines/>, [Zugriff: 27.06.2014].

Halbinsel Jamal sowie vom Gasfeld Schtokman in der Barentssee durch die Ostsee nach Europa liefert.¹⁷⁵ Nicht nur diese Pipeline, sondern auch die Brotherhood Pipeline, die seit 1967 in Betrieb ist und die 1996 gebaute Pipeline Jamal sind für den Transit des Gases in den Westen wichtig.¹⁷⁶

Mit dem Bau der Pipeline wird weiterhin planvoll Außenpolitik betrieben. Dies zeigt auch die im Juni 2014 erfolgte Blitzvisite des russischen Präsidenten Putin in Österreich. Putin war erstmals seit dem Ausbruch der Ukraine-Krise Anfang 2014 nicht wegen der Friedensbemühungen in ein westliches Land gereist, sondern um einen Milliarden-Deal abzuwickeln. Unter anderem wurde der Vertrag über die neue Gas Pipeline, die sogenannte ‚South-Stream‘, welche von Russland über Bulgarien, Subotica (SRB) und Ungarn nach Österreich gebaut werden soll, unterzeichnet. Planmäßig soll die Kapazität im Endausbau 63 Milliarden Kubikmeter pro Jahr betragen.¹⁷⁷ Schon Anfang 2016 sollte die Pipeline fertiggestellt sein. Russisches Gas soll dann unter Umgehung der Ukraine bis nach Österreich fließen. Die Kosten werden sich schätzungsweise auf acht bis 25 Milliarden Euro belaufen.¹⁷⁸



Abbildung 5: Erdgas-Pipeline South Stream¹⁷⁹

¹⁷⁵ Vgl. Matzen, Nea, tagesschau.de. (2014): Pipeline-Projekte und der Krim-Konflikt. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/pipelines110.html>, [Zugriff: 27.06.2014].

¹⁷⁶ Vgl. Gollmer, Martin, Finanz und Wirtschaft (2013): Zu wenig Gas für zu viele Pipelines? Verfügbar unter: <http://www.fuw.ch/article/zu-wenig-gas-fur-zu-viele-pipelines/>, [Zugriff: 27.06.2014].

¹⁷⁷ Vgl. tagesschau.de (2012): Projekt Erdgas-Pipeline South Stream. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/pipeline120.html>, [Zugriff: 27.06.2014].

¹⁷⁸ Vgl.ebd.

¹⁷⁹ Quelle: Abbildung 5: tagesschau.de (2012): Projekt Erdgas-Pipeline South Stream. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/pipeline120.html>, [Zugriff: 27.06.2014].

Drei Viertel der russischen Gasexporte wird über Transit-Pipelines in die Europäische Union geliefert. Momentan fließt der Großteil der Exporte über die Ukraine. Ein kleiner Teil fließt zudem über Weißrussland.¹⁸⁰

Nicht nur die Europäischen Länder und ihre Gebiete sind für die Wettbewerbsfähigkeit Russlands von großer Bedeutung, sondern auch Länder wie die USA gewinnen für die Russische Föderation immer mehr an Bedeutung. Müller-Kraenner ist der Meinung, dass zukünftig statt Saudi-Arabien die Russische Föderation die Reservekapazität auf dem Weltmarkt kontrollieren wird und stellt 2007 fest: „*Wenn der Bau von Russlands ersten Flüssiggasanlagen in den westsibirischen Ölhäfen und auf Sachalin abgeschlossen ist, kann auch der Erdgasexport in die USA aufgenommen werden*“.¹⁸¹ Bisher steht dem ertragreichen Export in die USA die begrenzte Reichweite des Netzes der Gaspipeline entgegen.¹⁸²

Viele glauben, dass Putin nach seiner Amtszeit das Konzern Gazprom übernehmen könnte. Damit die enge Verknüpfung von Staat und Wirtschaft bestehen bleibt, ist es realistischer, dass Putin nach seiner Amtsperiode weiterhin im Hintergrund die Fäden zieht.¹⁸³

5.2.2 Russisches Öl und die Oligarchen

Viele im Westen zweifeln nicht mehr an der Legitimität des Besitzerwerbes der Oligarchen.¹⁸⁴ In den 90er Jahre gehörte Russland den Oligarchen, heute müssen sich die Oligarchen strikt an die Anweisungen des Kremls halten und sind verpflichtet, strategische Investitionen in Absprache mit der russischen Regierung zu tätigen. Sie dürfen jedoch ihre Tätigkeiten nicht für private Bestrebungen missbrauchen, sondern sind verpflichtet,

¹⁸⁰ Vgl. ebd.

¹⁸¹ Müller-Kraenner, Sacha (2007): Energiesicherheit. Politik mit Pipelines. S. 80.

¹⁸² Vgl. ebd.

¹⁸³ Vgl. ebd. 75.

¹⁸⁴ Vgl. Rahr, Alexander (2011): Der Kalte Freund. Warum wir Russland brauchen: Die Insider-Analyse. Carl Hanser Verlag München. S. 29.

ausschließlich zur Lösung strategischer nationaler Aufgaben zu wirtschaften.¹⁸⁵ Noch vor 20 Jahren, in der Ära Jelzins, waren die großen russischen Ölkonzerne in privater Hand. Die Oligarchen, denen Konzerne wie Yukos, Lukoil oder Sibnetr gehörten, waren durch zahlreiche Privatisierungen sehr reich geworden.¹⁸⁶

„Gazprom, hervorgegangen aus dem ehemaligen sowjetischen Öl- und Erdgasministerium, ist nicht nur der fünftgrößte Wirtschaftskonzern der Welt, sondern ein Staat im Staat.“¹⁸⁷

Heute ist Gazprom ein globaler Großkonzern geworden, wobei dieser wieder zu 51 Prozent dem russischen Staat angehört. Alle Schritte des Konzerns werden 2014 über den Kreml kontrolliert. Die restlichen 49 Prozent sind weiterhin in Privatbesitz unbekannter Unternehmer.¹⁸⁸ Auch eine andere Ölgesellschaft, die Sibneft, die früher dem ehemaligen Oligarchen und jetzigen FC Chelsea Fußballklubbesitzer Roman Abramowitsch gehörte, ist privatisiert worden und funktioniert nach dem Modell der Gazprom.¹⁸⁹ Noch immer gehört das privatgeführte Ölonternehmen Lukoil zum größten Ölkonzern Russlands.¹⁹⁰

Viele glauben, dass Putin mit seiner Politik das alte Imperium der Sowjetunion zurück erobern möchte. Putin hat sich aber nach seinem Aufstieg auch persönliche Netzwerke unter seinen Freunden geschaffen. Diese Netzwerke spielen eine besondere Rolle und sind treibende Kraft, wenn es um wirtschaftliche und politische Angelegenheiten geht. Früher, in der Ära Jelzins, betrieben das ‚Geschäft‘ ausschließlich die Oligarchen, heute wird die Macht dieser Geschäfte von einer Gruppen von Beauftragten, die mit Präsident Putin im Auslandsgeheimdienst der KGB tätig waren, bewerkstelligt. Einer der berühmtesten Fälle, der durch die Medien gegangen ist, ist die Inhaftierung des Gründers der

¹⁸⁵ Vgl. ebd. S. 29.

¹⁸⁶ Vgl. Müller-Kraenner, Sacha (2007): Energiesicherheit, Modell Gazprom. S. 63.

¹⁸⁷ Müller-Kraenner, Sacha (2007): Energiesicherheit, Modell Gazprom. S. 64.

¹⁸⁸ Vgl. ebd. S. 65.

¹⁸⁹ Vgl. ebd. S. 69.

¹⁹⁰ Vgl. ebd.

Ölfirma Yukos, Michail Chodorkowski.¹⁹¹ Als Vorsitzender des Unternehmens hatte er dominierende Macht unter den Industriellen Russlands inne. Chodorkowski hatte versucht, das Unternehmen an amerikanische Konzerne zu verkaufen und den Firmensitz des Ölkonzerns nach London zu verlegen, was ihm im Endeffekt aber nicht gelungen ist.¹⁹² Chodorkowski hatte dies geplant, ohne es mit dem Kreml abzusprechen und so kam er in Konflikt mit Putins Interessen. Er hatte Putin herausgefordert und prahlte, dass er annähernd 20 Prozent der Abgeordneten der Duma gekauft habe und dass er so jedes Gesetz verhindern könne.¹⁹³ Chodorkowski wurde jedoch in etliche Korruptionsvorfälle verwickelt. Mitte des Jahres 2003 hatte man letztlich mit der Zerschlagung des Yuko-Konzerns begonnen. Zum Zeitpunkt seiner Inhaftierung hatte Chodorkowski ein Vermögen von acht Milliarden Dollar erwirtschaftet. Das Unternehmen war noch während der Privatisierung Mitte der 1990er-Jahre nur mehr knappe 34 Milliarden Dollar wert gewesen. Später wurde es vom Kreml in den Bankrott getrieben.¹⁹⁴

Im Jahr 2003, während seiner Verurteilung wegen Steuerhinterziehung und Betruges, hatte Chodorkowskis Putin vorgeworfen, für die wachsende Korruption im Lande verantwortlich zu sein. Nach einem Jahrzehnt hinter den Gittern wurde Chodorkowskis durch Putin Ende 2013 begnadigt. Er vertritt noch immer die Meinung, dass das, was 2014 gerade in Ukraine passiert, ein persönlicher Affront für Putin ist und die Parallelen zwischen dem korrupten Janukowitsch und dem, was derzeit in Russland vor sich geht, allzu offensichtlich ist.¹⁹⁵ Es entsteht der Eindruck, dass es trotz der angeführten Probleme und der Unzufriedenheit der Bevölkerung, die in Russland besteht, erneuert zur Herrschaft der Oligarchen und die Schaffung eines Staates im Staat kommt.

¹⁹¹ Vgl. ebd. S. 70.

¹⁹² Vgl. ebd.

¹⁹³ Vgl. Schulze, W. Peter. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 52.

¹⁹⁴ Vgl. Von Neef, Christian / Schepp Matthias. Der Spiegel.1/2014. Russland. Nach dem Gnadenakt. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-124188095.html>, [Zugriff: 25.06.2014].

¹⁹⁵ Vgl. Der Tagesspiegel (2014): Chodorkowski wirft Putin persönliche Rache gegenüber Ukraine vor. Verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/kreml-kritiker-spricht-in-kiew-chodorkowski-wirft-putin-persoenliche-rache-gegenueber-ukraine-vor/9803630.html>, [Zugriff: 25.06.2014].

5.2.3 Exkurs: Die WTO und Russland

Russland war vor 2012 die größte Volkswirtschaft der Welt, die nicht der Welthandelsorganisation (WTO)¹⁹⁶ angehörte. Nach 18-jährigen Verhandlungen trat Russland am 22. August 2012 als 156. Mitglied der WTO bei.¹⁹⁷ Sowohl für Russland als auch für die EU ist die russische Mitgliedschaft ein erheblicher Schritt in die richtige Richtung, denn beide profitieren von der Marköffnung. Dadurch entstehen nicht nur neue Geschäftsmöglichkeiten sondern auch Investition und Modernisierung werden in den jeweiligen Staaten vorangetrieben. Durch diesen Beitritt wurden die Einfuhrzölle in die EU gesenkt, Ausfuhrzölle begrenzt und Dienstleistern aus der Europäischen Union werden in Zukunft bessere Marktzugänge gewährt.¹⁹⁸

Beispielsweise wurden laut Pressemitteilung der Europäischen Kommission im Jahr 2011 aus der EU Waren im Wert von 108,4 Mrd. EUR nach Russland exportiert. Fast 200 Mrd. EUR wurden aus Russland in die EU importiert. Hauptsächlich führte die EU nach Russland Kraftfahrzeuge, Arzneimittel, Autoteile, Bauteile und Zugmaschinen aus, wobei Rohstoffe wie Öl oder Gas aus Russland in die EU eingeführt wurden.¹⁹⁹ Der WTO-Beitritt Russlands gilt als die wichtigste Veränderung und Verbesserung für den Marktzugang zu Handelserzeugnissen sowohl für Russland, als auch für die EU und andere internationale Handelspartner. Seit dem Beitritt Russlands zur WTO unterliegt das Land allen notwendigen WTO Vorschriften und Mechanismen, welche auch vorschriftsmäßig eingehalten werden müssen. Sowohl die EU als auch andere internationale Partner sorgen dafür, dass das Land alle notwendigen Schritte, Maßnahmen und technischen Normen für einen rechtmäßigen Handelsverlauf umsetzen. Diese Regeln einzu-

¹⁹⁶ Die Welthandelsorganisation (WTO) wurde nach siebenjähriger Verhandlungszeit im April 1994 aus dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) in der Uruguay-Runde mit 76 Mitgliedsländern gegründet und hat seit 1. Januar 1995 ihren Hauptsitz in Genf. Mit der WTO wurde eine neue Epoche multilateraler Handelszusammenarbeit auf rechtlicher Grundlage geschaffen. Vgl. Benedek, Wolfgang (1998): Die Welthandelsorganisation (WTO). Die Entstehungsgeschichte WTO und GATT. S. 1.

¹⁹⁷ Vgl. Europäische Kommission. (2012): Pressemitteilung. EU begrüßt WTO-Beitritt Russlands nach 18-jährigen Verhandlungen. Verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-906_de.htm?locale=en, [Zugriff: 04.07.2014].

¹⁹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹⁹ Vgl. ebd.

halten ist das Schlüsselement der langfristigen Verbesserung und Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den Partnern, damit durch Kooperation weitere Fortschritte erreicht werden können.

5.2.4 Die Eurasische Union

Die Ausbreitung der Integration im ehemaligen sowjetischen Raum ist keine neue oder einmalige Idee. Bereits im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion kam die Idee auf, mit den damals zwölf Mitgliedern der GUS ähnlich dem EU-Binnenmarkt eine Wirtschaftsunion zu schaffen, deren primäres Ziel es sein sollte, eine multilaterale Freihandelszone, eine Zoll- und Währungsunion sowie einen gemeinsamen Markt mit freiem Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit zu schaffen.²⁰⁰ Diese sollte dazu führen, dass zwischen den Staaten, die dieser Zollunion beitreten, eine Freihandelszone mit gemeinsamem Außenzoll und freiem Verkehr von Kapital, Arbeit und Dienstleistungen ohne Handelsbeschränkungen möglich wird, um auch wettbewerbsfähig zu bleiben. Aufgrund der problematischen Implementierung konnte das Projekt zunächst nicht realisiert werden. Erst am 1. Jänner 2010 schlossen sich Russland, Kasachstan und Weißrussland in der Eurasischen Zollunion zusammen, um einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu etablieren.²⁰¹ Dies sollte einerseits als ein Versuch gesehen werden, die Staaten der damaligen Sowjetunion stärker an die Russische Föderation zu binden und andererseits die Intensivierung der Beziehungen mit dem Westen verstärken.

„Ausgangspunkt der Eurasischen Union ist die 2010 in Kraft getretene Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan, die drei Viertel des postsowjetischen Raumes mit etwa 170 Millionen Menschen und 80 Prozent der ehemaligen sowjetischen Wirtschaftsleistung umfasst.“²⁰²

²⁰⁰ Vgl. Polownikow, Alexander (2012): Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland - Motive, Entwicklungen und Perspektiven. Verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/arbapap_FG5_polownikow_zollunion.pdf, [Zugriff: 05.07.2014]. S. 3.

²⁰¹ Vgl. Halbach, Uwe. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 217.

²⁰² Halbach, Uwe. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 217.

Am 18. November 2011 ratifizierten die drei Staatshäupter das Abkommen zur Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion.²⁰³ Drei Jahre später, am 29. Mai 2014, wurde der Vertrag über die ‚Eurasische Union‘ vom kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, vom Kreml-Chef Wladimir Putin und vom weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko unterzeichnet. Dieser Vertrag wird am 01. Jänner 2015 in Kraft treten.²⁰⁴

Durch die Eurasische Union möchte Putin unter anderem einen soziokulturellen Informationsraum schaffen, der dem russischen Volk wirtschaftliche Integration, Modernisierung der Wirtschaft wie zum Beispiel Verbesserung der Lebensqualität, gerechte Ressourcenverteilung oder bessere Etablierung der Rechtsstaatlichkeit ermöglicht.²⁰⁵

Viele Politiker in der westlichen Welt sind der Meinung, dass Putin durch die Schaffung der Eurasischen Union eine ‚Wiederauferstehung‘ der Sowjetunion nach westlichem Paradigma errichten möchte.²⁰⁶ Langfristig strebt Putin an, einen eurasischen Raum zu schaffen, der Ähnlichkeiten zur Europäischen Union zum Ausdruck bringt und enge Beziehungen zur EU schafft. Sowohl von der EU als auch von Russland wird darauf Wert gelegt, dass man die guten Beziehungen aufrechterhält. Es bleibt offen, ob Putins Eurasische Union so kompromissbereit ist, dass sie sowohl mit der Europäischen Union als auch mit China auf Augenhöhe zusammenarbeiten kann.

Es stellt sich die Frage, was die vorherrschenden Ziele der Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland sind? In Anbetracht seiner wirtschaftlichen Leistung ist Russland das stärkste Land in dieser Zollunion. Trotzdem ist der Handel zwischen diesen drei Ländern nicht so stark und maßgebend, wie die In- und Exporte Russlands in die EU, nach China und in die Ukraine.²⁰⁷ Den größten Erfolg durch die Etablierung des

²⁰³ Vgl. Polownikow, Alexander (2012): Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland - Motive, Entwicklungen und Perspektiven. Verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/arbapap_FG5_polownikow_zollunion.pdf, [Zugriff: 05.07.2014]. S. 8.

²⁰⁴ Vgl. Dus, Sergej. Radio. Stimme Russlands (2014): EAWU als Basis für Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen in der Region. Verfügbar unter: http://german.ruvr.ru/2014_05_27/Die-EAWU-als-Basis-fur-die-Wiederherstellung-der-Wirtschaftsbeziehungen-in-der-Region-8844/, [Zugriff: 05.07.2014].

²⁰⁵ Vgl. Halbach, Uwe. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 214.

²⁰⁶ Vgl. ebd. S. 215.

²⁰⁷ Vgl. Polownikow, Alexander (2012): Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland - Motive, Entwicklungen und Perspektiven. Verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/arbapap_FG5_polownikow_zollunion.pdf, [Zugriff: 05.07.2014]. S. 10.

einheitlichen Wirtschaftsraumes erhält Weißrussland. Es lässt sich errechnen, dass der Binnenhandel mit Kasachstan und Russland bis zum Jahr 2030 ca. 35 Prozent des weißrussischen BIPs ausmacht.²⁰⁸

Diese Zollunion bringt für alle drei Länder ein positives Ergebnis. Mittels genauer Analyse lässt sich erkennen, dass Weißrussland am Anfang einen erheblichen Schub durch die wirtschaftliche Integration erhalten hat, doch dieser ist mit der Zeit abgeklungen. Während Russland die wirtschaftliche Integration im Jahr 2010 im Vergleich zu den allgemeinen Außenhandelsumsätzen keinerlei messbare Vorteile brachte, näherten sich die Wachstumsraten in jüngster Zeit zumindest an.²⁰⁹

*„Das höchste Wachstum verzeichnete im Jahr 2012 der gegenseitige Handel zwischen Kasachstan und Weißrussland, der um 15,1% relativ zum Vorjahr anstieg und 0,9 Mrd. USD ausmachte“.*²¹⁰

Kasachstan hat nicht nur zu Russland und Weißrussland gute Beziehungen sondern es teilt auch die Landesgrenze mit China. Kasachstan ist daher ein wichtiger außenpolitischer Partner und Akteur im Großraum Eurasien. Mit der Schaffung der Eurasischen Union möchte Putin nicht nur die territoriale und politische Expansion Russlands vorantreiben, sondern er möchte auch gleichzeitig an die russische Politik des GUS-Raumes in den letzten Jahrzehnten anknüpfen. Er möchte dadurch einerseits seinen Einflussbereich in Osteuropa ausweiten beziehungsweise stärken und andererseits auf der Weltbühne neben den USA, der Europäischen Union und China auf gleicher Augenhöhe wirtschaftlich agieren.

Doch durch die Etablierung der Eurasischen Union mit einem geschätzten BIP von ca. 2,7 Trillionen Dollar, wäre es kein starker Kontrahent gegenüber der EU mit 15,6 Trillionen

²⁰⁸ Vgl. ebd. S. 14.

²⁰⁹ Vgl. ebd. S. 17.

²¹⁰ Hones, Olga / Pohlitz, Patrick. Handel und Investition in der Praxis. Die Zollunion zwischen Weißrussland, Kasachstan und Russland – Entwicklung und Perspektiven. Verfügbar unter:

http://www.roedl.com/fileadmin/user_upload/Roedl_Russia/Aufsaeetze/deutsch/JB-AuWi-2014_Roedl.pdf, [Zugriff: 06.07.2014], S. 108 von 111.

Dollar und China mit 11,2 Trillionen Dollar.²¹¹ Die wirtschaftspolitische Entwicklung in Russland ist schwer vorhersehbar und hängt von Faktoren wie der Energie, der Modernisierung im Land und den derzeitigen bzw. zukünftigen Konfliktgebieten wie der Ukraine und Tschetschenien ab. Die angeführten Faktoren haben auch auf Entwicklung Chinas Einfluss darauf, inwieweit Russland mit China eine Kooperation eingeht sowie inwieweit Russland ein Bündnis mit der EU suchen wird.

6 MILITÄRISCHE VERÄNDERUNGEN

Mit Bezug auf die militärischen Veränderungen in Russland und Europa ist es notwendig, zuerst die beiden Seiten des West- Ost Konfliktes und deren Bündnisse zu betrachten.

6.1 MILITÄRISCHE VERÄNDERUNGEN IN EUROPA

6.1.1 Die NATO

Die NATO - die North Atlantic Treaty Organization - 1949 unter Führung der USA und anderer demokratischer Staaten gegründet, war nach dem Zweiten Weltkrieg eine gemeinsame Reaktion der westlichen Alliierten auf die steigende Bedrohung durch die Sowjetunion. Damals war der Kalte Krieg schon voll im Gange. Hauptziel des Nordatlantikpaktes war die Abschreckung, welche durch militärische Stärke und Präsenz vor allem in Westdeutschland erzielt werden sollte. Größte Verantwortung der NATO war es, die Staaten des Westens vor Angriffen aus dem Osten zu schützen und zu verteidigen. Artikel 5 aus dem Grundvertrag der NATO besagt:

²¹¹ Vgl. Polownikow, Alexander (2012): Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland - Motive, Entwicklungen und Perspektiven. Verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/arbapap_FG5_polownikow_zollunion.pdf, [Zugriff: 05.07.2014]. S. 19.

„Die Parteien vereinbaren, daß [sic!] ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird.“²¹²

Nach dem Zerfall der Sowjetunion in den 1990er Jahren traten 1999 drei osteuropäische Länder, Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, der NATO bei. 2004 kamen drei baltische Ostblock-Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien hinzu. 2009 traten auch Kroatien und Albanien der NATO bei.²¹³

6.1.2 Die EU, die NATO und die USA

Die militärischen Veränderungen in Europa und in der EU sind hauptsächlich durch die Erweiterungen bzw. Veränderungen in der NATO hervorgerufen worden. Die USA als Führungsmitglied der NATO hat erheblichen Einfluss auf die militärischen Geschehnisse und Entscheidungen in Europa. Dieser Umstand brachte den Amerikanern Kritik aus Russland aber auch aus europäischen Staaten ein, da diese sich zu sehr in europäische Angelegenheiten einmischen würden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 und der nicht mehr vorhandenen Bedrohung im Osten hat auch die Bedeutung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa spürbar abgenommen.²¹⁴ Das Bestreben der Europäer ist es, sich von den Amerikanern mit eigenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Bündnissen wie zum Beispiel im Rahmen der EU zu emanzipieren.²¹⁵ Seit einigen Jahren wird in der EU die Aufstellung einer gemeinsamen schnellen Eingreiftruppe diskutiert. So sollen gewisse Verteidigungsaufgaben der NATO der EU übertragen werden. Diesem Umstand begegnen die Amerikaner mit Vorsicht, weil sie die Rolle der NATO als Verteidigungsbündnis bzw. militärisch-politische Organisation nicht verlieren möchten und dadurch ihre eigenen Interessen in Gefahr sein könnten.

²¹² NATO: Tatsachen und Dokumente, Brüssel 1971, S. 25, zit. nach Ziolkowski, Andrzej (1999): S. 30.

²¹³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2006): Verteidigungsbündnis im Wandel – die NATO. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/8731/verteidigungsbuendnis-im-wandel-die-nato>, [Zugriff: 28.06.2014].

²¹⁴ Vgl. Varwick, Johannes (2008): Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? Die Europäisierung der Allianz und die Beziehung zwischen NATO und EU. S. 119.

²¹⁵ Vgl. ebd. S. 119.

Durch die Entwicklungen, die zwischen der NATO und der EU entstanden sind, werden die Beziehungen zwischen Europa und den USA bestimmt. Beide pflegen seit längerem eine enge Zusammenarbeit und des Öfteren finden politische Dialoge und Gespräche statt, die in der sogenannten *NATO-EU Capibility Group*²¹⁶ ihren Ausdruck finden.²¹⁷

Das Verhältnis zwischen EU und NATO wirkt auf den ersten Blick unproblematisch, allerdings gibt es auch von offizieller Seite Kritik an dem Stand der Beziehungen zwischen EU und NATO, weil sie einander zum Teil als Konkurrenz ansehen.²¹⁸ Obwohl die Amerikaner und die Europäer durch ihre gemeinsamen Interessen und Ziele verbunden sind, kommen immer wieder Unstimmigkeiten in ihren politischen und militärischen Vorgehensweisen vor. Ein Beispiel dafür ist der Irak Krieg, den die Amerikaner wollten, gegen den sich aber die Europäer sträubten. Unterschiede in den Strategien zeigen sich vor allem bei der Bereitschaft zum Einsatz von militärischer Waffengewalt. Zwar gibt es eine große Gemeinsamkeit, die Thematiken der Bedrohung zu erkennen und zu begegnen, jedoch gibt es große Unterschiede an der Herangehensweise von Lösung bei Problemen in Krisengebieten oder Krisenstaaten. Zur Aufrechterhaltung der Weltordnung haben sich innerhalb der NATO Staaten drei wesentliche Streitpunkte herauskristallisiert:

- Die Bedeutung multilateraler Institutionen und völkerrechtlicher Arrangements;
- Der Stellenwert von Demokratie und Menschenrechten und deren Durchsetzungsweise;

²¹⁶ The „NATO-EU Capability Group’s meetings are often said by officials to consist of largely formulaic information exchange.(...) Today, formal coordination on capability development takes place in the aforementioned NATO-EU Capability Group, which meets approximately every 4 to 6 weeks alternating between NATO HQ and the Council Justus Lipsius building in Brussels. Membership of the group comprises NATO Allies and Non-NATO EU Member States that have a security agreement with NATO.” Sturm, Paul (2010): NATO and the EU cooperation? Verfügbar unter: http://www.isis-europe.eu/sites/default/files/programmes-downloads/2010_artrel_445_eu-nato-capabilities.pdf, [Zugriff: 19.07.2014].

²¹⁷ Vgl. Varwick, Johannes (2008): Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? Die Europäisierung der Allianz und die Beziehung zwischen NATO und EU S. 120.

²¹⁸ Vgl. ebd. S. 120.

- Die Umgangsweise mit neuartigen Sicherheitsbedrohungen und Einsatzmittel militärischer Art;²¹⁹

Die Europäische Union will mit Vorbildwirkung, Demokratisierung, Stabilisierung sowie wirtschaftlicher Stärkung auf Krisengebiete Einfluss nehmen, damit diese keine politischen oder militärischen Bedrohungen für die EU darstellen.²²⁰ Die EU bemüht sich, Konflikte in osteuropäischen Ländern durch Förderung und Vermittlung von Demokratie zu lösen. Dies beruht auf europäischer Seite hauptsächlich auf dem Respekt, der Souveränität und Integrität anderer Staaten. Man kann daher behaupten, dass die europäische Sicherheitspolitik auf einer sogenannten ‚soft power‘ beruht.²²¹

*„Dies bedeutet, dass die Europäische Union auf diese Art und Weise ihre Interessen in politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereichen durchsetzen will anstatt auf militärischen Druck zu setzen“.*²²²

Der Unterschied im Umgang und Einsatz des Militärs zwischen der USA und der EU zeigt sich auch in den jährlichen Verteidigungsausgaben. Diese betrugen im Jahr 2008/2009 auf amerikanischer Seite mehr als 500 Milliarden Dollar und auf europäischer Seite 240 Milliarden Dollar.²²³ Für die Zukunft stellt sich die Frage, inwieweit die USA auf die europäische Sicherheitspolitik Einfluss nimmt bzw. inwieweit sie als ‚Weltpolizei‘ wahrgenommen wird. Weiteres ist von großer Bedeutung, inwiefern die einzelnen EU Staaten in außen- sicherheitspolitischen Streitfragen und Angelegenheiten einheitlich auftreten bzw. ob die Europäische Union auch als Einheit auch von anderen globalen Akteuren wahrgenommen wird. Wichtig ist zu erwähnen, dass militärische Sicherheit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten gewährleistet ist, und dass Waffengewalt

²¹⁹ Vgl. Varwick, Johannes (2008): Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? Die Europäisierung der Sicherheitspolitik als transatlantischer Streitpunkt. S. 122.

²²⁰ Vgl. Corkovic, Tanja, Kommentar (2013): Dimensionen der EU-Erweiterung und EU-Nachbarschaftspolitik, WeSe 2013, bei der Fr. Mag. Dr. Karin Liebhart, S.1

²²¹ Vgl. ebd. S. 1.

²²² Ebd. S. 1.

²²³ Vgl. Varwick, Johannes (2008): Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? Die Europäisierung der Sicherheitspolitik als transatlantischer Streitpunkt. S. 123.

trotz kleinerer politischer Streitigkeiten und Konflikte zwischen ihnen nicht mehr ausbrechen könnte.

Durch den Vertrag von Maastricht, der 1993 in Kraft getreten ist, wurde die Grundlage für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU geschaffen. Einerseits geht es dabei um Friedenserhaltung, Demokratie und Menschenrechte und andererseits um sicherheitspolitische Fragen der Abrüstung, Europäischen Verteidigung und Sicherheit. Der Vertrag von Nizza (2003) enthält, neue GASP-Bestimmungen zur Stärkung des politischen und sicherheitspolitischen Komitees bei Krisenbewältigungsoperationen.²²⁴

Seit 2009 ist die britische Politikerin Catherine Ashton die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Sie ist auch Vizepräsident der Kommission in Brüssel. Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) wurde die Option einer ‚Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SZZ)‘ der EU geschaffen.²²⁵ Dadurch soll die militärische Handlungsfähigkeit der EU Mitgliedsstaaten durch Effizienz und Flexibilität gewährleistet werden.²²⁶ Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik basiert auf intergouvernementaler Ebene, das heißt, dass die Angelegenheiten durch Kooperation zwischen den einzelnen Regierungen stattfinden.

6.2 MILITÄRISCHE VERÄNDERUNGEN IN RUSSLAND

6.2.1 Der Warschauer Pakt

Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) – in weiterer Folge als Warschauer Pakt bekannt – war zwischen 1955 bis 1991 im ‚Kalten Krieg‘ ein militärisches Verteidigungsbündnis der kommunistischen Staaten in Europa und stand unter der Führung von Sowjetunion. Der Warschauer Pakt war als Gegenstück zum Nordatlantikpakt, der

²²⁴ Vgl. Demokratiezentrum Wien (2013): Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Verfügbar unter: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/gemeinsame-aussen-und-sicherheitspolitik-gasp.html>, [Zugriff: 29.06.2014].

²²⁵ Vgl. ebd.

²²⁶ Vgl. ebd.

NATO, entstanden, denn diese war für die Sowjetunion eine Bedrohung. Nach dem Ende des Kommunismus in Osteuropa forderten die osteuropäischen Staaten die Auflösung des Warschauer Paktes. In Artikel 4 des Vertrages hieß es:

*„Im Falle eines bewaffneten Überfalles in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich erscheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt erweisen [...]“.*²²⁷

6.2.2 Russland und das Militär

Die militärische Macht Russlands hat sich seit dem Zerfall der Sowjetunion drastisch verringert. Gründe dafür liegen vor allem am ständig zu geringen Verteidigungsbudget, an der hohen Inkompetenz und Korruption in hohen Militärkreisen, in der Ineffizienz der Streitkräfte und an den nicht durchzuführenden notwendigen Reformen.²²⁸ Neben den Streitkräften, die für die Landesverteidigung zuständig sind, gibt es in Russland bis zu 14 andere Militär-Teilorganisationen bzw. Organe, die den verschiedenen staatlichen Institutionen wie zum Beispiel dem Verteidigungsministerium oder den Geheimdiensten unterstellt sind. Die militärische Stärke wurde im Jahr 2005 auf ca. 1,59 Millionen Soldaten geschätzt.²²⁹

Soldaten, die der Armee angehören, sind mit verschiedensten Problemen konfrontiert. Dazu zählen oft unzureichender Nachschub von Lebensmitteln, Ausrüstung sowie mangelnder militärischer Infrastruktur. Dies führt unter den Militärangehörigen zu man-

²²⁷ Warschauer Pakt. Vertrag. Verfügbar unter: <http://www.documentarchiv.de/ddr/1955/warschauer-pakt.html>, [Zugriff: 28.06.2014].

²²⁸ Vgl. Mangott, Gerhard (2005): Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin. Die militärische Dimension. S. 56.

²²⁹ Vgl. ebd. S. 57

gelnder Disziplin, zur Fahnenflucht und psychischem Druck unter den Rekruten. Weiters ist die militärische Führung mit Todesopfern konfrontiert, welche harte Ausbildungsmaßnahmen und Misshandlung zu verantworten haben.²³⁰ „Die misshandelten Rekruten laufen Amok in alkoholisiertem Zustand, desertieren aus den Rängen der Streitkräfte oder flüchten in den Freitod“.²³¹ Eine weitere große Belastung für Wehrpflichtige bei den russischen Streitkräften ist deren Einsatz in Tschetschenien. Viele kehrten mit großen psychischen Störungen aus dem Kriegseinsatz zurück. All diese Gründe können als Ursache für die rückläufige Anzahl an einrückenden Wehrpflichtigen herangezogen werden.

Das russische Militär muss mit eher wenig gebildeten Soldaten auskommen, da die meisten Soldaten aus unteren, nicht gebildeten Schichten, stammen. Um diesen Problemen entgegenzutreten, versucht die russische Führung das Militär in mehreren Etappen durch Personalsenkung, ein Mischsystem aus Vertrags- und Wehrpflichtigen Soldaten und den Umstieg zu einer Berufsarmee, durch Wehrdienstverkürzung sowie durch kleinere Armeeinheiten mit effizienter Ausrüstung etc. zu erneuern.²³² Um seine Einnahmequelle aufzubessern, verkaufte Russland im Jahr 2005 Rüstungsgüter an 59 Staaten, wobei diese Rüstungsgüter ihre hauptsächlichen Abnehmer in der Volksrepublik China und in Indien fanden.²³³ Auch für die Erneuerung der veralteten Waffentechnik, die zum Teil noch aus der Sowjetzeit stammt, fehlt das nötige Geld. Für den laufenden Betrieb und die Ausbildung der Militäreinheiten ist zu wenig Budget im Staatshaushalt vorhanden. So müssen sich Kampffetpiloten oft nur mit einigen wenigen Flugstunden im Monat begnügen, da für die Kampffjets der nötige Treibstoff fehlt. Der größte Anteil des Verteidigungsbudgets fließt in die Personalkosten. Im Gegenzug dazu werden die Ausgaben für Forschung, Entwicklung gering gehalten.²³⁴ Für das Rüstungsprogramm 2002-2012 waren massive Erhöhungen geplant. Tatsächlich konnte vom Jahr 1999 bis

²³⁰ Vgl. ebd.

²³¹ Ebd. S. 58.

²³² Vgl. ebd. S. 64f.

²³³ Vgl. ebd. S. 70.

²³⁴ Vgl. ebd. S. 60.

2012 ein Zuwachs der Militärausgaben um 16 Prozent realisiert werden.²³⁵ Das Haushaltsbudget bis 2015 sieht eine weitere Zunahme bis 40 Prozent vor. Grund für den Anstieg des Haushaltsbudgets ist das geplante Rüstungsprogramm sowie die Reformierung der Armee.²³⁶

Ein weiteres Ziel Russlands ist es, die nukleare Schlagkraft vor allem gegenüber der USA zu erhalten. Die Russen setzen dabei auf landgestützte wie auch auf seegestützte Abschusseinrichtungen für Interkontinentalraketen.

Die seegestützten Atomraketen werden vor allem von Atom-U-Booten abgeschossen. Da diese nukleare Arsenale für Russland schwer zu finanzieren sind, sind diese auf Abrüstungsverträge mit den Amerikanern angewiesen. Auf der einen Seite werden ältere Modelle abgerüstet doch andererseits werden moderne Atomraketen getestet und angeschafft.²³⁷ So verfügten z.B. die strategischen Streitkräfte im Jahr 2005 über 14 Atom U-Boote des Typs Typhoon-Klasse, Delta IV und Delta III, welche 1990 zu Sowjetzeiten noch aus 62 Stück bestanden hatten.²³⁸ Für den ständigen Betrieb dieser strategischen Abschussrampen fehlt weiterhin das nötige Geld, sodass diese Atom U-Boote nur selten in den Weltmeeren kreuzen können. Russland verfügte mit 01. Jänner 2004 über 613 landgestützte Interkontinentalraketen und 232 seegestützte Interkontinentalraketen, das waren einschließlich der strategischen Bomber 7.803 nukleare Sprengköpfe.²³⁹ Laut dem Sipri Yearbook mit Stand 2013, besitzt Russland 1.800 einsetzbare Sprengköpfe und 6.700 andere Sprengköpfe, was ein Gesamtinventar von 8.500 Sprengköpfen ergibt.²⁴⁰

²³⁵ Vgl. SIPRI Yearbook (2013): Armaments, Disarmament and International Security. Friedrich Ebert Stiftung. Verfügbar unter: <http://www.sipri.org/yearbook/2013/2013/files/sipri-yearbook-2013-kurzfassung-auf-deutsch>, [Zugriff: 31.07.2014]. Seite 7.

²³⁶ Vgl. ebd.

²³⁷ Vgl. Mangott, Gerhard (2005): Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin. Die militärische Dimension. S 62

²³⁸ Vgl. ebd. S. 63.

²³⁹ Vgl. SIPRI Yearbook 2004. Armaments, Disarmament and International Security. S. 634, zit. nach Mangott, Gerhard (2005): S. 63.

²⁴⁰ SIPRI Yearbook (2013): Armaments, Disarmament and International Security. Friedrich Ebert Stiftung. Verfügbar unter: <http://www.sipri.org/yearbook/2013/2013/files/sipri-yearbook-2013-kurzfassung-auf-deutsch>, [Zugriff: 31.07.2014]. Seite 12.

6.3 MILITÄRISCHE ASPEKTE: NATO, EU UND RUSSLAND

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes stellte sich die Frage, inwieweit die Europäische Union die bisherigen Aufgaben der NATO in Anbetracht der Beziehungen zwischen der EU und Russland eigenständig übernehmen konnte und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden könnten. Lange Zeit waren die Beziehungen zwischen der NATO und der EU von Konkurrenz geprägt, weil die USA eine dominierende Rolle innerhalb der NATO spielte und dem Projekt einer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU eher abgeneigt war.²⁴¹ Für eine erfolgreiche sicherheitspolitische Entwicklung und Verteidigung für Europa sind die NATO und Russland als die zwei wichtigsten Militärmächte der Welt nicht weg zu denken. Doch in Russland forderte man immer wieder, seit der Auflösung des Warschauer Paktes auch die Auflösung der NATO. Da die wichtigsten Mitgliedsstaaten der EU gleichzeitig Mitglieder der NATO sind, decken sich Interessen in militärischen Aufgaben und Inhalten. Mit dem NATO-Russland-Rat (NRR) wurde 2002 ein Werkzeug erstellt, das dafür da ist, einerseits sowohl NATO als auch Russland als gleichwertig anzusehen und andererseits sollte in diesem Rat die gegenseitige Zusammenarbeit gefördert werden.²⁴² Wichtigste Aspekte sind die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Kontrolle und Beschränkung von konventionellen Waffen.²⁴³

Die derzeitige und zukünftige strategische Ausrichtung der NATO beruht zwar auf einer ‚gewisse(n)‘ Partnerschaft mit Russland durch gemeinsame Sicherheitsinteressen. Aber prinzipiell wird diese Partnerschaft noch immer mit einem gegenseitigen Misstrauen avisiert. Deshalb verengt sich die russische Wahrnehmung der EU lieber auf wirtschaftliche Aspekte als auf militärische.²⁴⁴ Trotz der gespaltenen Verhältnisse zwischen EU und Russland und in Anbetracht der Irakkriege bemüht sich Russland allerdings in bilateralen Beziehungen die Zusammenarbeit mit der EU zu vertiefen. Wenn es um verteidigungs- und sicherheitspolitische Fragen geht, beruht die Zusammenarbeit der EU und

²⁴¹ Vgl. Varwick, Johannes (2008): Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? S. 119

²⁴² Vgl. Dieter, Hans-Heinrich (2013): NATO Russland Rat. Verfügbar unter: <http://www.hansheinrich-dieter.de/html/nato-russland-rat.html>, [Zugriff: 12.07.2014].

²⁴³ Vgl. ebd.

²⁴⁴ Vgl. Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 177.

der NATO auf gegenseitigem Vertrauen und der Eingliederung funktionierender Sicherheit beider Seiten. Die meisten EU Staaten sehen keine militärischen Bedrohungsszenarien gegenüber Russland außer Polen und die baltischen Staaten, welche auf die Russische Föderation konflikträchtiger reagieren.²⁴⁵ Dennoch ist es bemerkenswert zu beobachten, dass in den 90er Jahren eine NATO-Mitgliedschaft Russlands offenbar eher in Betracht gezogen wurde als Russlands Mitgliedschaft in der Europäischen Union.²⁴⁶

Es gibt jedoch eine enge Zusammenarbeit und Absprachen zwischen der russischen Militärführung und den EU Staaten, welche auch der NATO angehören. Es werden gemeinsame Militär- und Seemanöver durchgeführt, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken und zu zeigen. Dies soll die Missverständnisse zwischen der Europäischen Union und Russland verhindern, dass es zu keinen militärischen Auseinandersetzungen kommt. Daher gibt es auch sogenannte militärische Attachés bzw. Bevollmächtigten von beiden Seiten, die jeweils beim anderen für Informationen und Beratungen zuständig sind.

Russland sieht die NATO immer noch als seinen größten Kontrahenten, wenn es um die Sicherheit geht. Dennoch haben die Russen auch andere Konfliktbereiche erkannt und passen sich militärisch dem an. Besonders stark konnte man die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland aber auch den USA in der Frage von Sanktionen gegenüber dem Iran aufgrund seines Atomprogramms erkennen, deshalb hat Russland von bestimmten Waffenlieferungen an den Iran abgesehen.²⁴⁷ Bei einem Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter von Frankreich, Deutschland und Russland im Jahr 2010, wurde über die Zukunft der europäischen Sicherheit verhandelt. Dabei wurde die Rolle der EU als militärischer Partner zur NATO und zu Russland aufgewertet.²⁴⁸ Dennoch, das zögerliche Verhalten der EU in dieser Frage könnte Russland veranlassen, sich wieder verstärkt Partner aus ehemaligen Ostblockstaaten zu suchen, welches sich in der Entstehung einer Eurasischen Union begründet. Dies würde Russland dazu verleiten, die Eu-

²⁴⁵ Vgl. ebd.

²⁴⁶ Vgl. Niedobitek, Matthias (1997): Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland. Wirtschaftliche Zusammenarbeit. S. 55.

²⁴⁷ Vgl. Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 182.

²⁴⁸ Vgl. ebd. S. 184.

ropäische Union wieder verstärkt als Rivalen anzusehen. „Eine widersprüchliche Ambivalenz zwischen Partnerschaft und Konkurrenz dürfte auch in Zukunft die russische Politik gegenüber der EU bestimmen.“²⁴⁹

Für die Europäische Union ist es auf jeden Fall von großer Bedeutung, dass Russland als Partner ein stabiler Staat ist. Dabei ist es für die EU wichtiger, dass in Russland eher die Rechtsstaatlichkeit gestärkt wird als Demokratisierungsbestrebungen, denn für eine gute Zusammenarbeit braucht man einen stabilen und berechenbaren Partner.²⁵⁰

7 BEZIEHUNGSGEFLECHTE ZWISCHEN RUSSLAND UND DER EUROPÄISCHEN UNION

Anfang der 1990er Jahre befanden sich sowohl Osteuropa als auch Russland in einem Umwandlungsprozess um ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen zu transformieren.

7.1 POLITISCHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND

Nicht nur positive politische Beziehungen zwischen zwei Staaten bringen Vorteile für eine gemeinsame Weiterentwicklung, sondern auch Differenzen und Meinungsverschiedenheiten können einen Impuls für neue Ideen und Lösungsansätze hervorrufen. Nichtsdestotrotz stellte sich in Anbetracht der Osterweiterung 2004 die Frage, ob diese für Russland eine Belastung war. Weil Russland einigen Beitrittsländern gegenüber skeptisch war, bemühte es sich auch nicht, mit den neuen Mitgliedsstaaten das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)²⁵¹ auszudehnen, somit wurde auch die gemeinsame Zusammenarbeit erschwert.²⁵² Auch auf der Seite der EU kam es zu Reformprozessen. Einerseits musste die Europäische Union 2004 in Frankreich und dann in den

²⁴⁹ Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 187.

²⁵⁰ Vgl. Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 188.

²⁵¹ Anm. d. Autorin: Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist die Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen der EU und Russland.

²⁵² Vgl. Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 157.

Niederlanden eine negative Volksabstimmung verzeichnen. Weiterfolgend kam es daher wiederum zum Scheitern des europäischen Verfassungsvertrages, der im Jahr 2009 als der Vertrag von Lissabon doch noch ratifiziert werden konnte.²⁵³ Während dieser Zeit hatte die EU auch begonnen, mit Hilfe der Nachbarschaftspolitik und mit Integrationsinstrumenten - mit Ländern ohne Beitrittsperspektiven - wechselseitige Kooperationen auf bilateraler Ebene zu intensivieren. Jedoch weigerte sich Russland an der Nachbarschaftspolitik teilzunehmen.²⁵⁴ Stattdessen wurde 2003 auf dem EU-Russland-Gipfel in Stankt Petersburg entschieden, den gemeinsamen Wirtschaftsraum durch weitere gemeinsame Räume für Freiheit, Sicherheit und Recht, internationale Sicherheit sowie Bildung und Forschung zu erweitern²⁵⁵ sodass im Rahmen dieser gemeinsamen Räume mehrere hundert Projekte ausgearbeitet werden konnten. Obwohl die Verwirklichung dieser Projekte meist zaghafte war und auch Auseinandersetzungen über die *Orangene Revolution* im Raum standen, wurde die Kooperation zwischen der EU und Russland gefestigt.²⁵⁶ Weiterhin ist eine gemeinsame Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und Russland genauso schwierig durchzusetzen, wie die 2010 vereinbarte Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan. Gründe dafür liegen im Krisenmanagement der russischen Führung während der Rezession im Jahr 2008/2009 sowie in der als Konkurrenz angesehenen Integration der osteuropäischen Staaten in die EU. Diese Fakten sind einerseits auch Gründe dafür, warum sich Russland schwer getan hat, der WTO beizutreten und andererseits erschwerte es die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen zu den einzelnen europäischen Staaten.²⁵⁷ In Putins zweiter Amtsperiode als Präsident war ihm seine eigene Festigung an der Machtspitze wichtiger, als notwendige Reformen in seinem Land durchzusetzen. Sowohl Russland als auch in der EU ist es wichtig, die eigene Position von Werten und Interessen durchzusetzen. Für Russland spielte auch die Beziehung zu einzelnen europäischen Staaten wie z.B. zu Deutschland eine sehr große Bedeutung.²⁵⁸

²⁵³ Vgl. ebd. S. 157.

²⁵⁴ Vgl. ebd.

²⁵⁵ Vgl. ebd. S. 158.

²⁵⁶ Vgl. ebd.

²⁵⁷ Vgl. ebd. S. 158 f.

²⁵⁸ Vgl. ebd. 159.

*„Ein Beispiel dafür war der Bau der Nord-Stream-Pipeline zwischen Deutschland und Russland, der den damaligen polnischen Verteidigungsminister Sikorski zu einem Vergleich mit dem Hitler-Stalin-Pakt und Präsident Kaczynski zum Vorschlag für eine Energie-Nato veranlasste“.*²⁵⁹

Nicht so gute Beziehungen hat Russland zu den ehemaligen sowjetischen Blockstaaten Estland, Lettland und Litauen. Auch eine Debatte zwischen Russland und Polen 2005 über das Verhängen des Fleischimportverbots polnischer Waren verschlimmerte nicht nur die Auseinandersetzung zwischen Warschau und Moskau, sondern führte letztlich zum Schlagabtausch mit der europäischen Kommission. Hintergrund dieser Debatte war der angesprochene bilaterale Handelsstreit zwischen Russland und Polen, der sich schon ein Jahr hingezogen hatte. Als offizieller Grund für dieses Fleischimportverbot war die angebliche Nichteinhaltung hygienischen Richtlinien von polnischer Seite.²⁶⁰ Als Hintergrund für dieses Vorgehen kann politische Erpressung vermutet werden. Somit wurde das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Russland und Polen unterbrochen. Aufgrund dieser Prämisse waren auch die Beziehungen zur Europäischen Union seitens Russlands etwas ins Stocken geraten.

Der Beitritt Russlands zur WTO war eine essentielle Bedingung, wobei beide Kooperationspartner versuchten, ihre individuellen Ziele in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Russland war jedoch in der Frage der Energieversorgung eher auf eine andere Verhandlungsstrategie fokussiert als die EU. Eine weitere Kontroverse zwischen Russland und der EU betraf *„das Ziel der Visafreiheit, das Russland baldmöglichst und auch unabhängig vom endgültigen Abschluss eines Nachfolgeabkommens zum PKA“*²⁶¹ *erreichen möchte.*²⁶²

²⁵⁹ Dombey, Kaczynski (2006), zit. nach Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012) S. 159

²⁶⁰ Vgl. Lang, Kai-Olaf, Jahrbuch der Europäischen Integration (2007): Die Europapolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Verfügbar unter: http://wissen-europa.de/fileadmin/user_upload/website/Artikel/2007/Polen.pdf, [Zugriff: 01.07.2014], S. 1-6. S. 372.

²⁶¹ *„Die Europäische Union (EU) hat mit Russland, den Staaten in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien zehn Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PAK) geschlossen, mit denen in diesen*

Eine Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland war von 2008 bis 2012 in der Ära Medwedews als Präsident von Russland zu spüren. Hier war nicht nur die Versorgung der Energiefrage wichtig, sondern Medwedew bemühte sich auch, Reformen der Modernisierung in Russland durchzusetzen. Dennoch war er mit seiner offenen und zugänglichen Art und Weise bei dem Großteil der Bevölkerung nicht so beliebt wie Putin. Auch bei den Beziehungen der angesprochenen Modernisierung zeigte sich die russische Agenda konkreter als Agenda der EU. Die europäische Agenda möchte möglichst eine breite Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft sowie Investitionen und Innovationen in Russland erreichen. Sie legt aber auch besonderen Wert auf die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Der EU ist es besonders wichtig, diese in Russland zu stärken und durchzusetzen. Medwedew legte sowohl einen sehr großen Wert auf die ausländischen Direktinvestitionen als auch die Intensivierung internationaler Vernetzungen von Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft sowie die Effizienz der Telekommunikation, Medien, Weltraumtechnik. Er wollte aber auch die Energievorhaben intensivieren bzw. innovieren.²⁶³

7.2 WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND

Geht es um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen EU und Russland betreffen diese zwei wesentlichen Bereiche, einerseits die Frage der Deregulierung des Gasmarktes der EU und andererseits wird an den europäischen Grenzen und weit über diese hinaus neue Gasleitungen gebaut, was zu neuen Kooperation der beiden Partner führt.

Ländern die Demokratie konsolidiert und die Wirtschaft entwickelt werden soll. Dazu sind eine Zusammenarbeit in vielen Bereichen und ein politischer Dialog vorgesehen. Ferner wird mit den Abkommen ein Kooperationsrat eingerichtet, der über ihre Umsetzung wachen soll.“ Europa. Zusammenfassung der EU Gesetzgebung. Partnerschaft- und Kooperationsabkommen (PKA): Russland, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien. Verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm, [Zugriff: 20.07.2014].

²⁶² Harter (2011);, zit. nach. Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 160.

²⁶³ Vgl. Sieg, Hans Martin. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): Von der EU-Erweiterung 2004 bis zur Modernisierungspartnerschaft, S. 162.

Die Kommission hat 2007 einen Vorschlag zur Entwicklung eines Energiepakets unterbreitet „Third Legislative Package“, welches im Jahr 2011 in Kraft getreten ist.²⁶⁴ Bei diesem Package, geht es um die Regelung der Eigentümerentflechtung von Energievertriebsnetzen, wobei festgelegt wird, dass die Energieproduzenten nicht auch Eigentümer von überregionalen Vertriebsnetzen sein dürfen, weil auch die gegenwärtigen Netze für dritte Anbieter ohne diskriminiert, zugänglich sein müssen.²⁶⁵ Von dieser Entwicklung ist auch der wichtigste russische Konzern Gazprom betroffen und die Angelegenheit wird von der russischen Seite nicht akzeptiert. Gazprom und die russische Regierung kritisieren auch Versuche der Europäischen Kommission, in den Lieferverträgen, die Gazprom mit Unternehmen aus EU-Staaten abgeschlossen hat, Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht der EU festzustellen.²⁶⁶ Durch diese Verträge sollte die reibungslose Zusammenarbeit beider Partner abgesichert bzw. gewährleistet werden. Unter diesen Verträgen wird auch eine sogenannte „take-or-pay“-Regelung (ToP) vereinbart, wo der Konzern und Konsument eine bestimmte vereinbarte Menge jährlicher Lieferung auch dann bezahlt werden muss, wenn das Liefervolumen nicht gerade benötigt wird.²⁶⁷ Beidseitige Abhängigkeiten und Zusammenarbeit der beiden Staaten, heißt jedoch nicht immer dauerhafte Harmonie. Zum Beispiel kommt es immer wieder zu Divergenzen. Üblicherweise wird das russische Gas an die Abnehmer durch die Pipelines bestimmter Transitländer geliefert. Ukraine übernimmt hier die Schlüsselrolle mit der es Schwierigkeiten gab und bis heute noch diese Schwierigkeiten bestehen. Moskau sucht eine Lösung über zwei Flankengasleitungen, die Kiew umgehen soll und das Gas durch die North-Stream-Pipeline und das South-Stream-Projekt über Belgrad, Serbien und Ungarn nach Norditalien transportiert werden soll.²⁶⁸

Schaut man auf das Wirtschaftswachstum in Bezug auf die Nachfrage der Energie- und Rohstoffquellen hatte diese im Jahr 2000 ein BIP in der Höhe von 10 Prozent verzeichnet. Im Zeitraum von 2001 bis 2009 ist auch die russische Außenverschuldung zurückgegangen wobei sie noch 2001 bei über 22 Prozent lag, fiel sie bis zum Jahr 2009 auf

²⁶⁴ Vgl. ebd. S. 196

²⁶⁵ Vgl. Mangott, Gerhard. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012), S. 196.

²⁶⁶ Vgl. ebd.

²⁶⁷ Vgl. ebd.

²⁶⁸ Vgl. Erler, Gernot / Schulze E. Peter (Hrsg.) (2012): S. 24.

2,3 Prozent des BIP.²⁶⁹ Auch Russland blieb von der Weltwirtschaftskrise nicht verschont. Während der Rezession im Jahr 2007 bis 2010 musste Russland auf die Reserven zurückgreifen um die Zahlungsausfälle in den etlichen Firmen zu unterbinden. In dieser Zeit sind seit dem Jahr 2000 sowohl Investitionen als auch der wirtschaftliche Wachstum zurückgegangen und musste mit einem Minus abschließen. Zwar hat sich Russland von der Rezession schnell erholen können, denn die Außenverschuldung gemessen am BIP schwankt noch immer im Bereich der Maastricht-Kriterien. Das heißt um die 30 Prozent, wobei bei konstanter Finanzpolitik sich auch in Zukunft wenig ändern wird.²⁷⁰

7.2.1 ...zum Gegenstück der Europäischen Union

Putin sieht die Europäische Union als ein Integrationsmuster für die Eurasische Union. Doch für ihn wird das Konzept der Europäischen Union fragwürdig, insbesondere mit Bezug auf die Freiheit, die Demokratiefrage und Marktwirtschaft.²⁷¹ Bemerkte werden muss zudem, dass sowohl Russland, als auch Weißrussland und Kasachstan im westlichen Sinne gewisse defekte, teilweise nicht funktionierende Demokratie haben. Das primäre Ziel Putins ist es jedoch eine Eurasische Union in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, um USA und China auf gleicher Augenhöhe zu begegnen.²⁷² Putin meinte anlässlich der Etablierung der Eurasischen Union folgendes:

„Ich kann einfach nicht sehen, wie die Völker, die in diesem Kulturraum [zwischen Lissabon und Wladiwostok] leben, ein respektiertes Zentrum der internationalen Politik und Macht bleiben können, ohne ihre Energie zum Nutzen künftiger Generationen zusammenzuschließen. Entweder bündeln wir unsere Kräfte, oder wir werden nach und nach die internationale Bühne verlassen und Platz für andere machen.“²⁷³

²⁶⁹ Vgl. Schulze, W. Peter, In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 56 f.

²⁷⁰ Vgl. ebd. S. 59

²⁷¹ Vgl. Halbach, Uwe. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 225.

²⁷² Vgl. Wipperfürth, Christian. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 245.

²⁷³ Putin 2011 b, A new integration project for Eurasia, The future in the making, in Iswestijaa, 4.10.2011, zit. nach Wipperfürth, Christian. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 245

Sollte das Wirtschaftswachstum in Russland in dem kommenden Jahrzehnt deutlich anwachsen, kann es trotzdem niemals auf den weltweiten BIP kommen. Wipperfürth meint, dass es sich bei Russland um eine „Swing Power“ handelt, wobei sich Russland die Option offen hält, zwischen Westen und China zu lavieren.²⁷⁴ Wie sich die europäisch-russische Beziehung in der Zukunft entwickeln wird, ist noch nicht klar ersichtlich.

7.2.2 ...zum Gegenstück der „Chinesischen Alternative“

In den 1960er Jahren hatte Russland eine schwere Krise mit der Volksrepublik China, bis diese brenzlige Situation zwanzig Jahre später entschärft werden konnte.

*„China ist seit 1992 der wichtigste Abnehmer der russischen Rüstungsindustrie, die ohne diese Lieferungen kaum hätte überleben können.“*²⁷⁵ In den folgenden Jahren wurden der Kontakt und die enge Zusammenarbeit immer intensiver. Es entwickelte sich jedoch eine Freundschaft zwischen Putin und dem chinesischen Präsidenten.²⁷⁶ 2004 verstärkte Putin die Kooperation, indem er beschloss, eine Pipeline zu einem fernöstlichen Hafen Russlands zu bauen, um Rohstoffe wie Gas und Öl auch nach China zu verfrachten. Der Handelsaustausch zwischen China und Russland hat sich zwischen den Jahren 2000 bis 2011 verzehnfacht. Es wird angenommen, dass der Handelsaustausch bis 2020 auf 200 Milliarden US Dollar anwachsen wird.²⁷⁷ Nichtsdestotrotz ist China nicht nur ein bedeutender Partner Russlands geworden, sondern das Land hat sich auch zu einem Konkurrenten Russlands entwickelt, denn Chinas Wirtschaft ist zwischenzeitlich etwa viermal so stark als die russische Wirtschaft.

*„Die wachsende Macht Chinas dürfte sowohl in Russland als auch in der euroatlantischen Welt zu einem Aufbrechen dieser Sichtweise führen. Dies könnte im dritten oder vierten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zu einer Eurasischen Union von Lissabon bis Wladiwostok mit ‚europäischem Antlitz‘ führen.“*²⁷⁸

²⁷⁴ Vgl. S. 249.

²⁷⁵ Wipperfürth, Christian. In: Erler, Gernot / Schulze W. Peter (2012): S. 236

²⁷⁶ Vgl. ebd. S. 237.

²⁷⁷ Vgl. ebd. S. 242.

²⁷⁸ Ebd. S. 253.

7.3 WIRTSCHAFTLICHE KOOPERATIONEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND

„Die tiefe und umfassende wirtschaftliche Integration zwischen der EU und Russland wird uns in die Lage versetzen, das Potenzial unserer Partnerschaft voll auszuschöpfen.“²⁷⁹

Die Europäische Union ist für Russland einer der wichtigsten Wirtschafts- und Modernisierungspartner, denn bereits 50 Prozent der Handelswirtschaft und Investitionen werden aus der Europäischen Union bezogen. Russland betrachtet die Europäische Union als wichtigsten Handelspartner, von dem es auch Kapital in Form von Krediten bezieht. Gleichmaßen ist Russland für die EU ein wichtiger Energielieferant.²⁸⁰ Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Russland beruht auf mehreren Zielen. Die Ziele und Grundsätze des Abkommens werden im Art. 6 PKA aus dem Jahr 1997 beschrieben und beruhen auf der:²⁸¹

- Festigung wirtschaftlicher Reformen;
- Einbindung Russlands in die Weltwirtschaft;
- Förderung der Regionalen Zusammenarbeit;
- Stärkung der Demokratie und des Wirtschaftswachstums und Hebung des Lebensstandards in Russland;
- Zusammenarbeit in Fragen Demokratie und Menschenrechte;
- Förderung des internationalen Frieden und der Sicherheit;
- Begünstigung der Marktwirtschaft;

²⁷⁹ Die Europäische Kommission. (2007). Die Europäische Union und Russland. Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf dem EU-Russland-Gipfel in Helsinki am 24. November 2006. Verfügbar unter:

http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 19.6.2014], S. 9.

²⁸⁰ Vgl. Frank, Johan (2007): Die Beziehungen zwischen Russland und EU. Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Verfügbar unter: http://www.bmlv.at/pdf_pool/publikationen/02_eu-ru_frank_2007.pdf, [Zugriff: 17.06.2014].

²⁸¹ Vgl. Niedobitek, Matthias (1997): Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland. Die neue Ostpolitik der Europäischen Union. S. 26f.

- Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und
- Förderung von Handel und Investitionen;²⁸²

Da in den EU Ländern die Öl- und Gasvorkommen nicht den Verbrauch abdecken, ist Russland wegen seiner geografischen Lage und ertragreicher Energieressourcen ein wichtiger Partner der EU.²⁸³ Beide, sowohl Russland als auch EU, sind an einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen interessiert. Mit der Osterweiterung 2004 wurden nicht nur gemeinsame Außengrenzen in Richtung Weißrussland geschaffen, sondern durch die baltischen Staaten wurde eine russischsprachige Bevölkerungsgruppe in Kaliningrad an der Ostsee zwischen Litauen und Polen *als Exklave von Unionsterritorium umschlossen*.²⁸⁴ Zudem ist erwähnenswert, dass in den ehemaligen sowjetischen Staaten noch immer autoritäre Ordnungsmuster herrschen und der Prozess zum Übergang der demokratischen Werte ein noch lang andauernder ist. Doch die Abwicklung der Vertragsbeziehungen zwischen der EU und Russland sollte sich an den gemeinsamen demokratischen Werten orientieren. In Anbetracht der Demokratiefrage nehmen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien gegenüber Russland eher eine neutrale Haltung ein. Eine viel wichtigere Rolle für diese Länder spielen eher die wirtschaftlichen Interessen in der Energieversorgung.

Aufgrund der historischen Vergangenheit und ihrer Entfaltung betrachten Länder wie Polen oder das Baltikum die Russische Föderation und die ehemaligen Sowjetstaaten eher sicherheitsbedrohender als andere EU Mitgliedsstaaten.²⁸⁵ Die erwähnten verschiedenartigen Fassungen sind nicht nur auf ihre unterschiedlichen historischen Erkenntnisse zurückzuführen, sondern sie beruhen auch auf den differierenden Abhängigkeitsgrad

²⁸² Vgl. ebd.

²⁸³ Vgl. Auswärtiges Amt, Die Europäische Union und Russland. Verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Russland/Russland-und-EU_node.html, [Zugriff: 11.06.2014].

²⁸⁴ Mangott, Gerhard (2005): Russlands Rückkehr, Außenpolitik unter Vladimir Putin. ökonomische Dimension. S. 112

²⁸⁵ Vgl. Rippert, Sebastian (2009): Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000-2007. S. 144 f.

dieser EU Staaten. Wenn es z.B. um die Energiefragen Russlands geht, werden genau diese Fragen meist in politische Dialoge auf den verschiedenen Gipfel besprochen.²⁸⁶

Zur Förderung der energiepolitischen Beziehungen einigten sich Brüssel und Moskau im Oktober 2000 darauf, den Energiecharta-Vertrag (ECV)²⁸⁷ zu ratifizieren.²⁸⁸ Dieser Vertrag wurde von Russland bis heute noch nicht ratifiziert. Es handelt sich um ein Vertragswerk mit rechtlich bindendem Charakter, der im Energiesektor den Handel mit Energieträgern und deren Transit zwischen den Förder-, Transit- und Verbraucherstaaten regelt und alle wichtigen Punkte über Energiefragen behandelt.²⁸⁹ Das Agreement wurde bis 2006 mittlerweile von 51 Staaten unterzeichnet, doch weist dieser Vertrag Lücken auf, denn weder Norwegen, Russland noch Weißrussland haben den Vertrag ratifiziert, weil sie glauben dass durch die Unterzeichnung des Vertrags Wettbewerbsnachteile entstehen könnten.²⁹⁰

Bei den Gaslieferungen ist die EU zwar sehr von Russland abhängig aber bei den Ölimporten ist sie nicht so auf Russland angewiesen, weil das meiste Öl aus anderen Staaten bezogen wird. Daher ist Russland stärker von den Ölexporten in die EU abhängig. Geht es um *bilaterale Abkommen*²⁹¹, gelten diese als das wichtigste Instrument der Außenpolitik der EU. Es ist das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit in energiepolitischen Angelegenheiten, welches am 24. Juni 1994 von der EG und Russland in Korfu paraphiert und von allen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft und Russland ratifiziert wurde.²⁹² Dieses Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit Russland und

²⁸⁶ Vgl. ebd. S. 145.

²⁸⁷ Anm. d. Autorin: Der ECV ist ein Vertrag der nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden ist. „*Dieser Vertrag schafft den rechtlichen Rahmen für die Förderung langfristiger Zusammenarbeit im Energiebereich auf der Grundlage der gegenseitigen Ergänzung und des gegenseitigen Nutzens im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta*“. Der Vertrag über die Energiecharta. Verfügbar unter: http://www.encharter.org/fileadmin/user_upload/Publications/GE.pdf, [Zugriff: 19.07.2014].

²⁸⁸ Vgl. Rippert, Sebastian (2009): Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000-2007. S. 147.

²⁸⁹ Vgl. ebd. S. 76.

²⁹⁰ Vgl. James Chalker: Der Energiecharta-Vertrag. Normen, Regeln, Implementierungen in Osteuropa S. 55-67, S. 55-56; Konopylanit / Wälde: Energy Charta Treaty S. 525, zit. nach Rippert, Sebastian (2009): S. 76.

²⁹¹ Niedobitek, Matthias (1997): Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland. Die neue Ostpolitik der Europäischen Union. S. 23.

²⁹² Vgl. ebd. S. 9

anderen osteuropäischen Staaten sowie mit der Europäischen Union, welches am 1. Dezember 1997 in Kraft getreten ist, ist die Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen der EU und Russland. Nach Ablauf der Laufzeit von zehn Jahren ab dem Jahr 2007 wird es jedes Jahr automatisch verlängert.²⁹³ Dieses Abkommen ist bis heute ein fester Bestandteil, wenn es um die Demokratiefrage oder auch um die Frage der Stabilisierung und Entwicklung der Wirtschaft des Landes und gemeinsame Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Technik geht. Die Europäische Union ist sehr daran interessiert, eine enge Kooperation mit Russland einzugehen und wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität zu gewährleisten. Verhandlungen über das neue Abkommen zwischen Russland und der EU begannen wieder im Jahr 2008, nachdem das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgelaufen war. Die Verhandlungen wurden nach zwei Jahren gestoppt, weil diese keine Fortschritte in Bezug auf Handelsbeziehungen und Investitionen beider Partner bringen konnten. In dieser Zeit begannen verstärkte Verhandlungsprozesse des Beitritts Russlands zur WTO, bis der Beitritt Russlands am 22. August 2012 in die Tat umgesetzt wurde.²⁹⁴

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland basieren auf ‚*völkerrechtlichen Abkommen*‘²⁹⁵. Im Falle des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens standen für die Europäische Union zwei Gruppen als Vertragspartner zur Verfügung. Einerseits standen als Vertragspartner der PKA die damaligen drei europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG und Euroatom) und auf der anderen Seite kamen als Vertragspartner die EU Mitgliedsstaaten in Frage. Die Gemeinschaft ist durch den Kommissionspräsidenten vertreten und die Mitgliedsstaaten sind selbst nicht am politischen Dialog beteiligt, sondern diese werden von Vorsitzenden des Rates der Europäischen Union vertreten.²⁹⁶ Bei den regulären Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Russland findet der Austausch auf bilateraler Ebene statt. Beide Parlamente, sowohl Russland als auch die EU, treffen sich im Rahmen des Parlamen-

²⁹³ Vgl. Europäische Kommission (2007): Die Europäische Union und Russland: Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA). Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 18.06.2014]. S. 4.

²⁹⁴ Vgl. Europäische Kommission. (2012): Pressemitteilung. EU begrüßt WTO-Beitritt Russlands nach 18-jährigen Verhandlungen. Verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-906_de.htm?locale=en, [Zugriff: 04.07.2014].

²⁹⁵ Vgl. Niedobitek, Matthias (1997): Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland. Die neue Ostpolitik der Europäischen Union. S. 8

²⁹⁶ Vgl. ebd. S. 23

tarischen Kooperationsausschusses EU-Russland regelmäßig zum Meinungsaustausch über aktuelle Themen.²⁹⁷ Hier wurden spezifische Fragen besprochen und weitere Kooperationen vertieft. Auf dem Gipfel vom Mai 2003 in St. Petersburg, wo sich die Europäische Union mit Russland geeinigt hatte, wurde langfristig ein gemeinsamer Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts geschaffen und im vereinbarten Fahrplan der ‚Road Map‘ schrittweise die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele auf der Grundlage des Partnerschaft- und Kooperationsabkommens festgelegt.²⁹⁸

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass sowohl Russland als auch die EU unterschiedliche Interessen und meist andere Ziele verfolgen. Oft kommt es zu keiner Einigung und zu keinem Erfolgsabschluss. Nichtsdestotrotz müssen Russland und die EU trotz der derzeitigen Krise, die an den EU-Außengrenzen stattfindet, ihre Zusammenarbeit fortführen, um neuen Bedrohungen wie dem Terrorismus, der Kriminalität, der illegalen Migration, dem Menschenhandel und der Bekämpfung des Drogenhandels entgegenzuwirken.²⁹⁹ Die Achtung der Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte ist der zentralste Bestandteil des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Russland.

7.4 MILITÄRISCHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND

Sowohl auf EU-Ebene als auch auf russischer Seite ist der Bereich der äußeren Sicherheit von großer Bedeutung. Auch wenn es von verschiedenen Standpunkten gesehen wird, so ist die Sicherheit und Stabilität in Europa von beiden Parteien von essentieller Bedeutung. Gemeinsame Ziele und wichtige Bereiche der Zusammenarbeit sind wie schon erwähnt die Terrorismusbekämpfung, der Zivilschutz, das Krisenmanagement, die Stärkung des Dialogs und die Abrüstung.³⁰⁰

²⁹⁷ Vgl. Europäische Kommission (2007): Die Europäische Union und Russland: Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 18.06.2014]. S. 5.

²⁹⁸ Europäische Kommission (2007): Die Europäische Union und Russland: Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 18.06.2014]. S. 9.

²⁹⁹ Vgl. ebd. 14.

³⁰⁰ Vgl. ebd. Seite 16 von 31.

„Die EU und Russland arbeiten darauf hin, die Rolle der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarats[sic!] beim Aufbau einer auf einem wirksamen Multilateralismus beruhenden Weltordnung zu stärken.“³⁰¹

Großes Interesse seitens der EU besteht, die Krisengebiete, die an die Europäische Union grenzen, zu stabilisieren. Durch Instrumente der UN, OSZE und des Europarates soll ein gemeinsames Ziel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus gefunden werden. Ein zentrales Anliegen der Russen und der EU ist die Einhaltung der *„Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“*³⁰². Weiteres versucht die EU Russland dazu zu überreden, den Beitritt aller EU-Mitglieder zum *„Raketentechnologie-Kontrollregime“*³⁰³ zu ermöglichen. In der EU werden erheblich Geldmittel in die Hand genommen bzw. zugesagt, um im Rahmen der globalen Partnerschaft der G8 die Ziele der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Abrüstung zu erreichen.³⁰⁴ Es finden regelmäßige Gipfeltreffen zwischen dem Generalstabschef der Russischen Föderation und dem Vorsitzenden des EU-Militärausschusses statt. Darüber hinaus findet im Bereich Zivilschutz eine Förderung des Informationsaustausches zwischen den verschiedenen Katastrophenschutzzentralen statt.³⁰⁵

8 RESÜMEE UND AUSBLICK

Im Folgenden wird versucht, in Form einer allgemeinen Zusammenfassung in der Beantwortung der Hypothesen auch zur Beantwortung der Forschungsfrage zu gelangen. Im Ausblick am Ende dieses Kapitels wird versucht, mögliche Szenarien für die Zukunft darzulegen.

³⁰¹ Ebd. S. 16 von 31.

³⁰² Europäische Kommission (2007): Die Europäische Union und Russland: Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 29.06.2014]. Seite 16 von 31.

³⁰³ Ebd. S. 17 von 31.

³⁰⁴ Vgl. ebd. S. 16 von 31.

³⁰⁵ Vgl. ebd. 16 von 31.

8.1 BEANTWORTUNG DER HYPOTHESEN

Es wird vermutet, dass aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Veränderungen mit Bezug auf die Europäischen Union und Russland gravierende Veränderungsprozesse im weltweiten Machtgefälle zwischen Ost und West erfolgt sind.

Diese These kann mit Bezug auf die in Kapitel 7 angeführten Beziehungsgeflechte sowohl auf politischer als auch auf militärischer Ebene im veränderten Machtgefälle zwischen Russland und der Europäischen Union bestätigt werden. Gründe für die politischen Veränderungsprozesse sind vor allem die vom Westen als undemokratisch geltenden Bestrebungen Putins in Russland, weil Putins Demokratiebegriff, wie eingangs in Kapitel 3.2 festgestellt wurde, nicht dem europäischen Demokratiemodell entspricht.

Militärisch versucht Putin, weiterhin das Land umzugestalten und die „alte“ sowjetische Militärmacht wieder zu implementieren. Dies zeigt sich u.a. auch in Putins kürzlich stattgefundenen Auslandsreise nach Kuba im Juli 2014. Gerade Kuba hatte ja schon im Kalten Krieg eine zentrale militärische Rolle im Ost-West-Konflikt gespielt, man denke hier nur an die Kuba-Krise in den 1960er Jahren, die fast zu einem Atomkrieg der Supermächte USA und Russland geführt hätte. Andererseits versucht Putin, in seiner Politik auch mit China durch seine Besuche dorthin militärische Abkommen zu erzielen und so militärische Stärke zurückzugewinnen. Die Europäische Union ihrerseits versucht durch Bestrebungen eines einheitlichen europäischen Militärs machtpolitisch Einfluss auf die *neuen* Kräfteverhältnisse zwischen der EU, USA und Russland zu nehmen. Die wirtschaftlichen Veränderungsprozesse spielen im weltweiten Machtgefälle keine so große Rolle. Zwar ist Europa derzeit noch auf Rohstoffe aus Russland – wie z.B. Öl und Gas – angewiesen, zeitgleich versucht die EU jedoch auch gemeinsam mit der USA, über die Beziehungen mit der Türkei und die Arabischen Emirate zu den arabischen Ölvorkommen zu gelangen, um sich so von den russischen Rohstoffen abzukoppeln.

Es wird vermutet, dass es aufgrund eines unterschiedlichen Demokratieverständnisses zu Belastungen zwischen der EU und Russland gekommen ist.

“Democracy is the worst form of government – except for all those other forms, that have been tried from time to time”³⁰⁶

Diese These kann wie folgt beantwortet werden. Ja, es gibt ein unterschiedliches Demokratieverständnis zwischen der EU und Russland, das zu Belastungssituationen zwischen den beiden Kontrahenten führt. Während die Europäische Union Demokratie weiterhin als wichtigsten politischen Ansatz seiner Politik versteht und zumindest nach außen hin demokratische Wahlen abhält, zeigen sich auch hier verstärkte Tendenzen von Überstaatlichkeit und Zentralismus, die Kontrolle über die Mitgliedsstaaten auszuüben versucht. Hier wird die Demokratie sozusagen scheinbarweise beschnitten, denkt man z.B. auch an politische Entscheidungen bei den Wahlen des Vorsitzenden des Europäischen Parlaments und dergleichen.

Unter Putins Russland wird der Demokratiebegriff ebenfalls nicht einheitlich verstanden. Trotz mancher politischer Äußerungen über *sein demokratisches Russland*, versucht Putin nach wie vor mit aller Macht die Kontrolle *in seinem Reich* zu halten und zu vermehren. Maßnahmen wie die Verhaftung der Punk-Gruppe Pussy Riot stehen in Russland nach wie vor für Kontrolle und autoritäre Führung des Staates. Auch Putins Amtswechsel mit Präsident Medwedew, den er kurzfristig für seine Pläne bis zu seiner gesetzlich wieder möglichen Wiederwahl einsetzte, war eine gute Strategie, um seine politische Macht nicht zu verlieren. Belastungen zwischen der EU und Russland finden sich gerade im sensiblen Bereich der Menschenrechte wieder. Zwar hat Russland die UN-Charta der Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet, dennoch tritt sie diese – wie viele Beispiele in der Vergangenheit zeigen – oftmals mit Füßen. Auch politische Zurechtweisungen durch den UN-Sicherheitsrat oder die EU – denkt man z.B. an die Besetzung der Krim durch Russland und den gesamten Ukraine-Konflikt – erzielen diese im internationalen Kontext nur wenig Wirkung.

³⁰⁶ Anm. d. Autorin: Winston Churchills Rede im Unterhaus am 11. November 1947. Vgl. 2. Weltkrieg „facts and films“ (2008): Winston Churchill. Verfügbar unter: <http://weltkrieg2.wordpress.com/2008/01/30/winston-churchill/>, [Zugriff: 31.08.2014].

Es wird vermutet, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland mit Bezug auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Veränderungen für die Völker dieser Länder negativ auswirken werden.

Politisch gesehen kann nach Recherchen der vorliegenden Arbeit mit Bezug auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland nicht von negativen Auswirkungen für die Völker der betroffenen Länder ausgegangen werden. Zwar wurde Russland nach den Vorfällen in der Ukraine aus den G8 Staaten wieder ausgeschlossen, jedoch hatte es den Anschein, dass Putin seinerseits dieses Faktum eher gelassen nahm, wenn auch hier angemerkt werden muss, dass sein körperlicher Ausdruck und Mimik dabei das Gegenteil darstellte.

Wirtschaftlich gesehen profitiert Russland von den Importen aus der Eurozone mehr, wie in Kapitel 5.2 dargestellt, als die Europäische Union umgekehrt aus den wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland. Daher versucht die EU auch mit Bezug auf Gas- und Ölvorkommen, diese aus anderen Staaten wie den arabischen Emiraten zu bekommen. Es konnte allerdings nicht festgestellt werden, dass sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der Beziehungen zwischen dem Euroraum und Russland negativ auf die Völker der betroffenen Länder auswirken.

Militärisch gesehen, konnte festgestellt werden, dass sich nach dem Fall der Sowjetunion der Warschauer Pakt aufgelöst hat. Russland selbst versucht mit aller Macht, Bestrebungen voranzutreiben, dass sein Counterpart die NATO ebenfalls aufgelöst wird. Die Europäische Union und auch die USA hingegen stärken zum Ärgernis Russlands den Militärpakt der NATO durch die Aufnahme der ehemaligen Sowjet-Teilrepubliken, die nicht nur in die Europäische Union sondern in weiterer Folge auch in die NATO aufgenommen wurden.

Dennoch kann gesagt werden, dass sich diese militärischen Veränderungen der Bündnisse keinesfalls negativ, sondern im Gegenteil positiv auf das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West ausgewirkt haben, da ein dritter Weltkrieg wie sich dies in den 1960er Jahren im Kräfteverhältnis zwischen Ost und West abzuzeichnen begann, bisher ausgeblieben ist. Russland seinerseits versucht, wie bereits in Kapitel 5.2.4 erwähnt, Bündnispartner außerhalb der Europäischen Union zu gewinnen und mit seinem Konzept der Eurasischen Union auch militärische Stärke zurückzugewinnen.

8.2 BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGE

Welche Auswirkungen haben die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Veränderungen in der EU und in Russland zwischen 2000 und 2014 und wie wirken sich diese auf die gegenseitigen Beziehungen aus?

Politische Auswirkungen zwischen Russland und der EU sind vor allem in der Ausweitung der Europäischen Union in Richtung Osten und Süden festzustellen, wie bereits in Kapitel 4.1.2.3 dargestellt. Die Europäische Union wurde durch die Aufnahme ehemaliger Ostblockstaaten in die Union auf der politischen Weltbühne geographisch gesehen zwar gestärkt, dennoch zeigte sich hier eine ganze Reihe von Schwierigkeiten wie im Kapitel 4.1.4 dargestellt. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die politischen Interessen der Europäischen Union im Hinblick auf die Ukraine und deren gesamten Konflikt, die zur Sowjetzeit der wichtigste Lieferant von Agrarprodukten für die Sowjetunion war. Wirtschaftlich gesehen ist die Europäische Union durch die Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten und auch durch die Weltwirtschaftskrise ab 2008 kurzzeitig geschwächt worden. Besonders erwähnenswert sind hier vor allem die Netto-Zahlungen der alten europäischen Mitgliedsstaaten der EU an die neuen, wie dies u.a. in Kapitel 4.1.4 beschrieben wurde.

Die Europäische Union stellt seit längeren Überlegungen auf, ein gesamteuropäisches Militär aufzustellen. Doch die Auswirkungen dieser Bestrebungen sind noch nicht abzuschätzen. Dieser Prozess ist erst in seiner Anfangsphase. Russland hingegen ist – wie in Kapitel 7.2.2 bereits erwähnt – sehr an Kooperationen außereuropäischer Staaten interessiert, um seine militärische Macht auszuweiten. Der Abbau des Atomwaffenarsenals in Russland wird von Putin nicht proaktiv unterstützt sondern das Gegenteil ist der Fall. Putin spielt hier ein zweifaches Spiel, indem er nach wie vor sein Atomarsenal aufrüstet aber andererseits Kooperationsverträge der Abrüstungen mit unterzeichnet. Auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen der EU und Russland haben die militärischen Bestrebungen der heimlichen Aufrüstung und der Modernisierung des russischen Militärs eher negative beziehungsweise besorgniserregende Auswirkungen.

8.3 AUSBLICK IN DIE ZUKUNFT

Die Beschäftigung mit dem Thema der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland haben auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ebene ganz unterschiedliche Resultate erzielt. Es kann hier nur festgestellt werden, dass dieser Prozess auf den unterschiedlichsten dargestellten Ebenen der Beziehungen noch nicht abgeschlossen ist. Dennoch zeigten sich gewisse Tendenzen positiver als auch negativer gegenseitiger Beeinflussung sowohl auf europäischer als auch auf russischer Seite. Spannend wird vor allem die Frage sein, inwieweit die Europäische Union ihre innereuropäischen wirtschaftlichen Probleme bewältigen kann. Das Konglomerat der EU wirft die Frage auf, welchen weltpolitischen Einfluss diese in Zukunft einnehmen wird beziehungsweise auch, inwieweit die Idee der Eurasischen Union umgesetzt werden kann und wird.

Die USA, der ja bis zum Ende des Kalten Krieges eine besondere weltpolitische Rolle im Ost-West Konflikt spielte, stand mit dem Zusammenbruch des Kommunismus quasi als einzige *Weltmacht* da. Europa war daran interessiert, eine einheitliche militärische, politische und wirtschaftliche Union aufzubauen, um sich gegenüber der *Weltmacht* USA behaupten zu können. Andererseits kann auch festgestellt werden, dass auch die asiatischen Länder – besonders die Schwellenländer aber auch die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südkorea sowohl an politischer als auch an wirtschaftlicher Macht gewonnen haben. Es bleibt also im weltweiten Kräftemessen durchaus weiterhin spannend. Wohin sich Russland nun tatsächlich machtpolitisch bewegt, ist nach wie vor offen. Es bleibt abzuwarten, wie und ob sich die Verflechtungen der Europäischen Union auf der politischen Weltbühne behaupten können. Ebenfalls bleibt offen, inwieweit sich die Mitgliedsstaaten der EU demokratisch etwa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika zu den Vereinten Staaten von Europa zusammenschließen können, beziehungsweise auch, welche Staaten innerhalb der EU letztlich die wirtschaftlichen Herausforderungen tatsächlich meistern können.

9 QUELLENVERZEICHNISSE

9.1 LITERATURVERZEICHNIS

ALTVATER, Elmar (2007): Der Abbau globaler Ungleichheit findet nicht statt. In: Melber, Henning / Wilß Cornelia (Hrsg.): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird. Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1. Auflage. S 12-20.

BENEDEK, Wolfgang (Hrsg.) (1998): Die Welthandelsorganisation (WTO). Alle Text einschließlich GATT (1994), GATS und TRIPS. Verlag C.H.Beck, München. 597. S.

CORKOVIC, Tanja, Kommentar (2013): Dimensionen der EU-Erweiterung und EU-Nachbarschaftspolitik. WeSe 2013, bei Mag. Dr. Karin Liebhart, 3. S.

ERLER, Gernot / **SCHULZE. W**, Peter (Hrsg.) (2012): Die Europäisierung Russlands. *Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle*. Campus Verlag Frankfurt / New York. 282. S.

FREVEL, Bernhard (2004): Demokratie. Entwicklung – Gestaltung – Problematisierung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 157. S.

GSTÖHL, Sieglinde (Hrsg.) (2003): Global Governance und die G8. *Gipfelimpulse für Weltwirtschaft und Weltpolitik*. Lit Verlag Münster – Hamburg – London, 348 S.

HALBACH, Uwe (2012): Russland Ambitionen einer Eurasischen Union. In: Erler, Gernot / Schulze. W, Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. *Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle*. Campus Verlag Frankfurt / New York. S. 214-228.

HERZ, Dietmar / **JETZLSPERGER** Christian (Hrsg.) (2008): Die Europäische Union. 2. Auflage. Verlag C.H.Beck oHG, München. 144. S.

HOCHLEITNER, Erich / **SCHECH**, Manfred (2007): Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union: Politische und institutionelle Grenzen. In: Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik (Hrsg.): Grenzenlose EU, Austria: Forschung und Wissenschaft. Politikwissenschaft, Band 2. LIT Verlag GmbH & Co. KG Wien. S. 45-94.

MALEK, Martin (2003): Die NATO und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation. Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 3/2003. In: Reiter, Erich / Schittenhelm, Raimund (Hrsg.): Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie. Studien und Berichte zu Sicherheit. Druck und Kopierstelle Landesverteidigungsakademie. 81 S.

MANGOTT, Gerhard / **DMITRIJ**, Trenin / **SENN**, Martin / **TIMMERMANN**, Heinz (2005): Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin. 1 Auflage. Bomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. S. 15-121.

MANGOTT, Gerhard (2012): Gestörte Leitungen: Russland und die Gasversorgung der EU. Interessenskonflikte zwischen der EU und Russland im Erdgassektor. In: Erler, Gernot / Schulze, W., Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. *Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle*. Campus Verlag Frankfurt / New York S. 196-213.

MELBER, Henning / **WILB**, Cornelia (Hrsg.) (2007): G8 Macht Politik. *Wie die Welt beherrscht wird*. 1. Auflage. Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt am Main. 192 S.

MERKEL, Wolfgang / **PUHLE**, Hans-Jürgen u. a. (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen: Leske + Budrich. 336 S.

MOMMSEN, Margareta / **NUßBERGER**, Angelika (2007): Das System Putin. Geleitete Demokratie und politische Justiz in Russland. Verlag C.H. Beck. 215 S.

MÜLLER-KRAENNER, Sascha (2007): Energiesicherheit. Die neue Vermessung der Welt. Antje Kunstmann GmbH, München. 238.S.

NIEDOBITEK, Matthias (1997): Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland. Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. 84 S.

NUSCHELER, Franz (2007): Club-Governance durch G7/G8 – Warum die Club-Hegemonie der G8 ein Auslaufmodell ist. In: Melber, Henning / Wilß Cornelia (Hrsg.): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird. Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1. Auflage. S 58-64.

Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik (Hrsg.) (2007): Grenzenlose EU. Die Türkei und die Aushöhlung der Politischen Union. Austria: Forschung und Wissenschaft. Politikwissenschaft, Band 2. LIT Verlag GmbH & Co. KG Wien. 369 S.

PALAZZO, Guido (2002): Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberative Demokratie von Jürgen Habermas. 1. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. 260 S.

PATZELT, Werner J. (2001): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung. 4., überarb. u. wesentl. erweiterte Auflage, Wissenschaftsverlag Richard Rothe. 540 S.

PINZANI, Alessandro (2007): Jürgen Habermas. Verlag C. H. Beck oHG, München. 232 S.

POLLAK, Johannes / **SLOMINSKI**, Peter (2012): Das politische System der EU. 2006 Facultas Verlags- und Buchhandels AG, 2., Auflage. 263. S.

RAHR, Alexander (2011): Der Kalte Freund. Warum wir Russland brauchen: Die Insider-Analyse. Carl Hanser Verlag München. 298. S.

RIPPERT Sebastian (2009): Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000 - 2007 : Europäische und russische Interessen im Spannungsfeld zwischen Annäherung und Entspannung, Bouvier Verlag Bonn, 215. S.

SCHEYLI, Martin (2000): Politische Öffentlichkeit und deliberative Demokratie nach Habermas. Institutionelle Gestaltung durch demokratische Beteiligungsformen? 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden. 209. S.

SIEG, Hans Martin (2012): Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz: Die Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen. Von der EU-Erweiterung 2004 bis zur Modernisierungspartnerschaft. In: Erler, Gernot / Schulze, W, Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. *Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle*. Campus Verlag Frankfurt / New York. S. 157-163.

TÖMMEL, Ingeborg (Hrsg.) (2006): Das Politische System der EU. Oldenburg Wissenschaftsverlag GmbH, 2. Auflage. 294. S.

VARWICK, Johannes (2008): Die NATO : vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? Verlag C.H. Beck oHG, München. 198. S.

WILLEMS, Joachim (2013): Pussy Riots Punk-Gebet. Religion, Recht und Politik in Russland. Erste Auflage , Berlin University Press. 166. S.

WIPPERFÜRTH, Christian (2012): Eurasien: Option oder Illusion? In: Erler, Gernot / Schulze, W, Peter (Hrsg.): Die Europäisierung Russlands. *Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle*. Campus Verlag Frankfurt / New York. S. 229-253.

ZAUNBAUER, Wolfgang (2007): Die Rechtlichen Grundlagen einer EU-Mitgliedschaft. In: Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik (Hrsg.): Grenzenlose EU, Austria: Forschung und Wissenschaft. Politikwissenschaft, Band 2. LIT Verlag GmbH & Co. KG Wien. S. 9-44.

ZIOLKOWSKI, Andrzej (1999): Die NATO: Instrument der US-Politik in Europa, Agenda Verlag Münster. 167. S.

9.2 ONLINEVERZEICHNIS

Auswärtiges Amt Deutschland. Die Europäische Union und Russland. Verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Russland/Russland-und-EU_node.html, [Zugriff: 11.06.2014].

Biografie Wladimir W. Putin. Verfügbar unter: http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/Putin_WladimirW/, [Zugriff: 25.06.2014].

Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gruppe der 20 (G20). Verfügbar unter: <http://www.bmz.de/de/service/glossar/G/g20.html>, [Zugriff: 12.07.2014].

Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Die wiederbelebte OSZE: Mit Dialog zum Weltfrieden? Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/184353/die-wiederbelebte-osze>, [Zugriff: 23.06.2014].

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Analyse: Demokratie durch Referendum? Das neue Referendumsgesetz der Ukraine. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/170306/analyse-demokratie-durch-referendum-das-neue-referendumsgesetz-der-ukraine>, [Zugriff: 01.07.2014].

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Ukraine-Analyse. Chronik: Vom 25. Juni bis 24. September 2013. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/169635/chronik-vom-25-juni-bis-24-september-2013>, [Zugriff: 01.07.2014].

Bundeszentrale für politische Bildung. (2006): Verteidigungsbündnis im Wandel – die NATO. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/8731/verteidigungsbuendnis-im-wandel-die-nato>, [Zugriff: 28.06.2014].

Bundeszentrale für politische Bildung. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176910/europaeische-wirtschaftsgemeinschaft-ewg> [Zugriff: 17.07.2014].

Bundeszentrale für politische Bildung. Russland in der Ära Jelzin. 1992-1999. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47924/russland-in-der-aea-jelzin-1992-1999>, [Zugriff: 23.06.2014].

Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Lichtenstein. (2012): 20 Jahre EU-Binnenmarkt: eine Erfolgsgeschichte. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/switzerland/presscorner/focus/focus_items/20121015_de.htm, [Zugriff: 02.07.2014].

Demokratiezentrum Wien (2013): Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Verfügbar unter: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/gemeinsame-aussen-und-sicherheitspolitik-gasp.html>, [Zugriff: 29.06.2014].

Der Tagesspiegel (2014): Chodorkowski wirft Putin persönliche Rache gegenüber Ukraine vor. Verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/kreml-kritiker-spricht-in-kiew-chodorkowski-wirft-putin-persoenliche-rache-gegenueber-ukraine-vor/9803630.html>, [Zugriff: 25.06.2014].

Deutsche Welle (2014): Merkel verteidigt Ausschluss Russlands aus G8. Verfügbar unter: <http://www.dw.de/merkel-verteidigt-ausschluss-russlands-aus-g8/a-17681649>, [Zugriff: 12.07.2014].

Dieter, Hans-Heinrich (2013): NATO Russland Rat. Verfügbar unter: <http://www.hansheinrichdieter.de/html/nato-russland-rat.html>, [Zugriff: 12.07.2014].

Druzhinin, Alexei. Zeit online (2014): Putin befürwortet den Friedensplan unter Bedingungen. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/2014-06/ukraine-putin-friedensplan-poroschenko>, [Zugriff: 23.06.2014].

Dus, Sergej. Radio. Stimme Russlands (2014): EAWU als Basis für Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen in der Region. Verfügbar unter: http://german.ruvr.ru/2014_05_27/ Die-EAWU-als-Basis-fur-die-Wiederherstellung-der-Wirtschaftsbeziehungen-in-der-Region-8844/, [Zugriff: 05.07.2014].

Europäischen Kommission (2014): EU führt mit Russland und Ukraine Gespräche zur Energiesicherheit. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/deutschland/press/prreleases/12439de.htm>, Guske, Claudia. [Zugriff: 18.06.2014].

Europäische Kommission (2012): Pressemitteilung. EU begrüßt WTO-Beitritt Russlands nach 18-jährigen Verhandlungen. Verfügbar unter: http://europa.eu/rapid /press-release_IP-12-906_de.htm?locale=en, [Zugriff: 04.07.2014].

Europäische Kommission (2007): Die Europäische Union und Russland: Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner. Verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf, [Zugriff: 18.06.2014].

Europäische Union. EU Verträge. Verfügbar unter: http://europa.eu/eu-law/ decision-making/treaties/ index_de.htm, [Zugriff: 08.07.2014].

Frank, Johan (2007): Die Beziehungen zwischen Russland und EU. Eine Bestandsanalyse. Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Verfügbar unter: http://www.bmlv.at/pdf_pool/publikationen/02_eu-rufrank2007.pdf, [Zugriff: 17.06.2014].

Gnauck, Gerhard, Die Welt (2010): Führt die Wahl zur neuen „orangen Revolution“? Verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article6278715/Fuehrt-die-Wahl-zur-neuen-orangen-Revolution.html>, [Zugriff: 25.06.2014].

Gollmer, Martin, Finanz und Wirtschaft (2013): Zu wenig Gas für zu viele Pipelines? Verfügbar unter: <http://www.fuw.ch/article/zu-wenig-gas-fur-zu-viele-pipelines/>, [Zugriff: 27.06.2014].

Grupp, Claus D. (2012): „aktion europa“. Verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_05/start.html, [Zugriff: 03.07.2014].

Haug, Roland (2001): Russland unter Putin. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Der Bürger im Staat, Baden-Württemberg, 51. Jg., Heft 2/3: 2-104. Verfügbar unter: http://www.buergerimstaat.de/23_01/russland_putin.pdf, [Zugriff: 11.07.2014].

Hardes, Heinz-Dieter / Uhly, Alexander / Wichert, Heiko. Fallstudien zur betrieblichen Erfolgsbeteiligung. Tipps zur Literaturrecherche. Universität Trier. Verfügbar unter: http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/VWL/APO/_4207ws0102/_recherche.html, [Zugriff: 31.08.2014].

Hones, Olga / Pohlitz, Patrick, Handel und Investition in der Praxis. Die Zollunion zwischen Weißrussland, Kasachstan und Russland – Entwicklung und Perspektiven. Verfügbar unter: http://www.roedl.com/fileadmin/user_upload/Roedl_Russia/_Aufsaetze/deutsch/JB-AuWi-2014_Roedl.pdf, [Zugriff: 06.07.2014], S. 1-4.

Hurrelmann, Achim, Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Demokratie. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/31040/demokratie-in-der-europaeischen-union-eine-bestandsaufnahme?p=all>, [Zugriff: 15.07.2014].

Kommission (2001): Memo/01/265: G7 / G8 in Genua: Verfügbar unter: europa.eu/rapid/press-release_MEMO-01-265_de.pdf, [Zugriff 31.08.2014].

Komorowski, Bronislaw (2014): Frankfurter Allgemeine. Politik. „EU muss die Tür für die Ukraine offen halten“. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/bronislaw-komorowski-im-gespraech-eu-muss-die-tuer-fuer-die-ukraine-offen-halten-12686013.html>, [Zugriff, 18. 07.2014].

Konrad Adenauer Stiftung. Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990. Verfügbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/71.4503/>, [Zugriff: 21.06.2014].

Küstner, Kai, tagesschau.de, NDR Brüssel (2014): Europarat beschließt Strafen gegen Russland. Verfügbar unter: http://www.tagesschau.de/ausland/russland-europarat_102.html, [Zugriff: 18.06.2014].

Kunze, Thomas / Bohnet, Henri (2006): Wladimir Putin – Dritte Amtszeit möglich. Länderberichte. Konrad-Adenauer-Stiftung. Verfügbar unter: <http://www.kas.de/ru-moskau/de/publications/9342/>, [Zugriff: 25.06.2014].

Lang, Kai-Olaf, Jahrbuch der Europäischen Integration (2007): Die Europapolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Verfügbar unter: <http://wissen-europa.de/fileadmin/userupload/website/Artikel/2007/Polen.pdf>, [Zugriff: 01.07.2014], S. 1-6.

Matzen, Nea, tagesschau.de. (2014): Pipeline-Projekte und der Krim-Konflikt. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/pipelines110.html>, [Zugriff: 27.06.2014].

Meyer, Gerd (2001): Russland unter Putin. Russland – auf dem Weg zur Demokratie? In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Der Bürger im Staat, Baden-Württemberg, 51. Jg., Heft 2/3: S. 12 von 2-104. Verfügbar unter: http://www.buergerimstaat.de/23_01/russland_putin.pdf, [Zugriff: 11.07.2014].

Mommsen, Margareta (2012): Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Russland. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47933/einleitung>, [Zugriff: 11.07.2014].

Ogirenko, Valentyn (2014): Zeit Online. Politik Russland legt Entwurf zur Waffenruhe vor. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/2014-06/Russland-Ukraine-Resolution>, [Zugriff: 20.06.2014].

OSCE.ORG. Organization for Security and Co-operation in Europe: (2013): Was ist die OSZE? Verfügbar unter: <http://www.osce.org/de/secretariat/35780?download=true>, [Zugriff: 21.06.2014].

Polownikow Alexander (2012): Arbeitspapier. Forschungsgruppe Russland/GUS. Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland - Motive, Entwicklungen und Perspektiven. Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Verfügbar unter: <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/con->

[tents/products/arbeitspapiere/arbapap_FG5_polownikow_zollunion.pdf](#), [Zugriff: 05.07.2014]. S. 1-43.

Rothenberg, Christian, n-tv. (2014): Heute noch Ukraine, morgen Russland. Acht Fakten zum heiklen Krim-Referendum. Verfügbar unter: <http://www.n-tv.de/politik/Acht-Fakten-zum-heiklen-Krim-Referendum-article12464341.html>, [Zugriff: 30.07.2014].

SIPRI Yearbook (2013): Armaments, Disarmament and International Security. Friedrich Ebert Stiftung. Verfügbar unter: <http://www.sipri.org/yearbook/2013/2013/fi-les/sipri-yearbook-2013-kurzfassung-auf-deutsch>, [Zugriff: 31.07.2014].

Statista. Das Statistik-Portal. Russland: Handelsbilanzsaldo von 2003 bis 2013 (in Milliarden US-Dollar). Verfügbar unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15645/umfrage/handelsbilanz-von-russland/>, [Zugriff: 30.07.2014].

tagesschau.de (2012): Projekt Erdgas-Pipeline South Stream. Verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/pipeline120.html>, [Zugriff: 27.06.2014].

The Security Council. Verfügbar unter: <http://www.un.org/en/sc/>, [Zugriff: 20.06.2014].

UN News Centre. UN Security Council action on Crimea referendum blocked. Security Council meeting on the situation in Ukraine. Verfügbar unter: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=47362#.U6S3XCgQPzg>, [Zugriff: 20.06.2014].

United Nations. Die Charta der Vereinten Nationen. Verfügbar unter: http://www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf, [Zugriff: 13.07.2014].

Von Neef, Christian / Schepp Matthias. Der Spiegel. 1/2014. Russland. Nach dem Gnadenakt. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-124188095.html>, [Zugriff: 25.06.2014].

Warschauer Pakt. Vertrag. Verfügbar unter: <http://www.documentarchiv.de/ddr/1955/warschauer-pakt.html>, [Zugriff: 28.06.2014].

Wirtschaftsblatt. Friedensplan für Ukraine die 15 Punkte: Verfügbar unter: http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa_ee/3829148/Friedensplan-fur-die-Ukraine-Die-15-Punkte, [Zugriff: 30.06.2014].

Wollgarten, Christian (2013): Der UN-Sicherheitsrat – Aufgaben und Funktion. Verfügbar unter: <http://suite101.de/article/der-un-sicherheitsrat---aufgaben-und-funktion-a116423#.U6SqOCgQPzg>, [Zugriff: 20.06.2014].

2. Weltkrieg „facts and films“ (2008): Winston Churchill. Verfügbar unter: <http://weltkrieg2.wordpress.com/2008/01/30/winston-churchill/>, [Zugriff: 31.08.2014].

9.3 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Aufbau der OSZE	33
Abbildung 2: Der europäische Binnenmarkt	47
Abbildung 3: Russischer BIP in realen Zahlen in % zum Vergl. das Jahr 1990.....	49
Abbildung 4: Ost-West-Gaspipelines in Europa.....	53
Abbildung 5: Erdgas-Pipeline South Stream	54

Curriculum Vitae

Tanja Corkovic

Geburtsdaten: 30 September 1981 in Gradiska

Staatsbürgerschaft: Kroatien, Familienstand: ledig

Schul Ausbildung

ab August 2014	Berufstätigkeit, Projektentwicklung
seit 2014	Politikwissenschaft, MA / Universität, Wien
2013-2014	Europäische Studien, MES / Postgraduate Center, Wien
2010-2013	Politikwissenschaft, BA / Universität Wien
2008-2010	Berufsreifeprüfung, Wien
2008-2013	Berufstätigkeit, Management Assistenz
2007-2008	City of Bath College / Somerset, Bath
2006- 2007	Language College in Bracknell / Wiltshire, England
1999-2005	Berufstätigkeit
1996 -1999	Handelsschule, Oberpullendorf, Bgld.
1995 -1991	zweisprachige Hauptschule / Großwarasdorf, Bgld.
1988 -1991	Volksschule / Kroatien und Großwarasdorf, Bgld.

Auslandsaufenthalte

Februar 2014	Studienreise Brüssel, European Studies
Juli-August 2013	London School of Economics and Political Science / Summer School – Schwerpunkt: International Relations “Culture and Globalisation”.
März-April 2012	Studienreise Kuba und Studium an der Universidad de la Habana
Februar 2011	Studienreise: New York, Washington D.C.
November 2010	EU – Studienreise: Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande

Sprachkenntnisse

Kroatisch (Muttersprache), Deutsch, Englisch und Burgen-
ländisch Kroatisch (exzellent), Französisch, Spanisch und
Slowenisch (Grundkenntnisse).